

Georg Lutz

Eidgenössische Wahlen 2015

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

Selects – FORS, Lausanne 2016

Lutz, Georg
Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid.
Lausanne: Selects – FORS, 2016.

Herausgeber: Selects – FORS

Das Wahlforschungsprojekt Selects sowie die Übersetzung dieser Publikation wurden unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, Projekt – Nr. 10FI14_150999.

Selects ist dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS in Lausanne angegliedert.

Selects – FORS
Université de Lausanne, Géopolis
CH-1015 Lausanne
Tel. 021 692 37 30
e-mail: selects@fors.unil.ch

www.selects.ch
www.forscenter.ch

Übersetzung: Francesco Papini (I), Marielle Larré, Catherine Bachellerie, Michel Schnarenberger (F)

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright © bei den Herausgebern.

Das Wichtigste in Kürze: Trendwende für die FDP, anhaltende Polarisierung

Die FDP festigte bei den Eidgenössischen Wahlen 2015 ihre Stellung als führende Wirtschaftspartei. Die SVP legte dank einer soliden Wählerbasis und der verbreiteten Sorge um Migration zu. GLP und BDP können hingegen nur auf eine kleine Stammwählerschaft zählen und sie wurden von der Wählerschaft 2015 kaum mit bestimmten Themen oder mit Lösungen dazu identifiziert. Dies zeigt eine Studie aus dem Wahlforschungsprojekt Selects, das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert und bei FORS in Lausanne durchgeführt wird.

SVP und FDP waren die grossen Gewinner der Eidgenössischen Wahlen 2015, verloren haben die neuen Mitteparteien GLP und BDP. Das Wahlverhalten hinter dem Resultat wurde im Rahmen des Wahlforschungsprojektes Selects zum sechsten Mal untersucht. Die Resultate zeigen: 2015 gelang es der SVP erneut viel besser als allen anderen Parteien, ihre potentielle Wählerschaft zu mobilisieren. Fast alle, die 2011 SVP wählten, gaben 2015 erneut der SVP ihre Stimme. Und wer 2011 nicht gewählt hatte, gab überdurchschnittlich oft der SVP die Stimme. Die Partei konnte davon profitieren, dass ihre Kernthemen Migration, Asyl und Flüchtlinge während den letzten zwei Monaten des Wahlkampfes mit grossem Abstand als wichtigstes Problem für die Wählerschaft galt.

FDP wird viel Kompetenz zugesprochen

Zugelegt hat 2015 die FDP. Sie hat nicht nur leicht an Stimmen gewonnen, sie hat sich vor allem zu der Partei entwickelt, bei der sich die meisten Wählenden vorstellen können, sie einmal zu wählen. Damit hat die FDP die Basis potentieller Wähler massiv erweitert. Hinzu kommt, dass sie als die Partei wahrgenommen wird, die sich am stärksten um die Wirtschaftspolitik kümmert und auf diesem Gebiet am kompetentesten ist. Die SVP wird demgegenüber nur von zehn Prozent der Wählenden als führende Wirtschaftspartei wahrgenommen. Der FDP wird auch die höchste Kompetenz in der Europapolitik zugesprochen.

Bei den beiden noch jungen Parteien BDP und GLP zeigt sich 2015 ihr noch immer wackliges Fundament. Beide Parteien haben eine kleine Stammwählerschaft und waren auf Wechselwählende angewiesen, um nicht einzubrechen. Hinzu kommt, dass die beiden Parteien von der Wählerschaft 2015 kaum mit bestimmten Themen oder mit Lösungen dazu identifiziert wurden. Zudem ist der Anteil jener, die sich vorstellen können GLP oder BDP zu wählen gegenüber 2011 deutlich zurückgegangen. Das Problem der CVP hingegen ist, dass sie vor allem Traditionswählende hat, die aber im Laufe der Zeit immer weniger geworden sind.

Bürgerliche: Diskrepanz zwischen Kandidierenden und Wählenden

Bei den Wahlen 2015 ist zudem die Polarisierung nochmals grösser geworden. Die Wählerschaft ist in den letzten 20 Jahren insgesamt nicht substantiell nach rechts oder links gerückt. Aber die Wählerinnen und Wähler der SVP sind deutlich rechter geworden, jene der FDP ein wenig rechter. Die Wählerschaft von SP und GPS ist dagegen seit 1995 linker geworden. Diese Polarisierung ist für die GPS und die SP ein Problem, weil sie weniger Ausstrahlungskraft in die Mitte haben als noch 1995. Das beschränkt ihr Wachstumspotential, da es nicht mehr linke Wählende gibt.

Beim Vergleich der politischen Positionen zwischen Wählerschaft und den Kandidierenden verschiedener Parteien zeigt sich, dass die Kandidierenden von GPS, SP und CVP auf der Links-Rechts-Achse sehr ähnlich positioniert sind wie ihre Wählerschaft. Bei der GLP, BDP, FDP und SVP sind die Kandidierenden hingegen rechter positioniert als ihre Wählerschaft. Am auffälligsten ist dies bei der GLP. Während sich die GLP-Kandidierenden in der Mitte verorten, sehen sich die GLP-Wählenden klar links der Mitte. Auch bei den Positionen zu verschiedenen Sachfragen zeigen sich vor allem bei den bürgerlichen Parteien Differenzen. So sind bei SVP, FDP, BDP und auch der GLP eine Mehrheit der Kandidierenden für eine Erhöhung des Rentenalters. Bei der Wählerschaft dieser vier Parteien ist hingegen eine Mehrheit dagegen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	<i>Das Wahlergebnis 2015</i>	1
1.2	<i>Die verwendeten Daten</i>	2
1.3	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	3
2	Die Wahlteilnahme	5
3	Der Wahlentscheid	11
3.1	<i>Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen</i>	11
3.2	<i>Wahlentscheid und Migrationshintergrund</i>	15
3.3	<i>Wählerwanderungen</i>	17
3.4	<i>Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid</i>	22
3.5	<i>Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid</i>	26
3.6	<i>Kandidatenwahl und Listenverbindungen</i>	31
3.7	<i>Traditionswahl</i>	37
4	Die Kampagnendynamik	39
4.1	<i>Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt</i>	39
4.2	<i>Die kurzfristige Präferenzänderung</i>	42
4.3	<i>Die Partei- und Themenkonjunktur</i>	44
4.4	<i>Medienberichterstattung, Gewinner- und Verliererimage und Umfragen</i>	47
5	Wählerpotentiale und ihre Ausschöpfung	53
6	Die Kandidierenden	59
6.1	<i>Der Weg zur Kandidatur</i>	59
6.2	<i>Wahlkampf: die Kosten</i>	61
6.3	<i>Wahlkampf: die Kampagnenaktivitäten</i>	64
6.4	<i>Kandidierende und Wählende im Vergleich</i>	66
7	Anhang	71
7.1	<i>Das Selects-Projekt</i>	71
7.2	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	71
7.3	<i>Die Datenbasis</i>	72
7.4	<i>Gewichtung</i>	75

Parteiabkürzungen

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	FDP.Die Liberalen
GLP	Grünliberale Partei
GPS	Grüne Partei
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1	Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2015 (in %).	1
Tabelle 2	Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2015.	1
Tabelle 3	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2015 (in %).	6
Grafik 1	Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2015 (in %).	6
Tabelle 4	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2015 (in %).	7
Grafik 2	Politisches Interesse nach Geschlecht und Alter 2015 (Anteil Personen, die sich sehr oder eher für Politik interessieren).	8
Grafik 3	Wichtigster Grund für die Teilnahme an den Wahlen 2015, insgesamt sowie nach Parteientschied.	9
Grafik 4	Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung 2015 (in %).	10
Grafik 5	Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen 2015 (in %).	12
Grafik 6	Wahlentscheid nach Geschlecht 1995-2015 (in %).	13
Grafik 7	Wahlentscheid nach Religionszugehörigkeit 1995-2015 (in %).	14
Grafik 8	Wahlbeteiligung nach Migrationshintergrund (in %).	15
Grafik 9	Wahlentscheid nach Migrationshintergrund (in %).	16
Grafik 10	Wahlentscheid 2015 nach Verhalten 2011 in % (nur Befragte, die 2015 gewählt haben).	18
Grafik 11	Mobilisierungsprozesse: Entscheid 2015 nach Verhalten 2011 (in %).	19
Grafik 12	Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2015 im Vergleich (in %).	20
Grafik 13	Links-Rechts Positionierung der Wählenden und Nicht-Wählenden 2015 (in %).	22
Grafik 14	Links-Rechts Positionierung der Wählenden grosser Parteien 1995-2015 (in %).	23
Grafik 15	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995 (in %).	25
Grafik 16	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2015 (in %).	25
Tabelle 5	Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2015 (in %).	26
Tabelle 6	Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 2015 nach gewählter Partei (in %).	27
Grafik 17	Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen nach genanntem Problem (in %).	28
Tabelle 7	Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen 2015 nach gewählter Partei (in %) für alle genannten Probleme.	29
Grafik 18	Partei, die sich um bestimmte Themen am meisten kümmert und die darin die besten Lösungen zu bieten hat 2015 (in %, nur Wählende).	31
Grafik 19	Männer/Frauen auf den Listen von jenen, die die Liste verändert haben in % (Nur Wählende).	33
Tabelle 8	Nennung von Listenverbindungen nach gewählter Partei und in Abhängigkeit davon, ob ein Listenverbindung existierte oder nicht (Nur Wählende).	35
Grafik 20	Einstellungen zu Listenverbindungen (LV, nur Wählende).	36
Tabelle 9	Wahlentscheid des Vaters bzw. der Mutter als die Wählenden jeweils 14 Jahre alt waren (in %).	38
Grafik 21	Anteil der Personen, die Angaben das Wahlmaterial bereits erhalten zu haben und Anteil der Personen, die bereits gewählt haben (in %).	39
Grafik 22	Art der Stimmabgabe 1995-2015 (in %).	40
Grafik 23	Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2015.	41
Grafik 24	Entscheidungszeitpunkt, Art der Stimmabgabe und Parteientscheid in %.	42
Grafik 25	Wahlintention im Juni/Juli und effektiv gewählte Partei in % (nur Wählende).	43

Grafik 26	Wahlabsicht in den Wochen vor dem Wahltag (ohne jene, die bereits gewählt haben) in %	44
Grafik 27	Nennung wichtigstes Problem in der Endphase des Wahlkampfes in % (nur Wählende).	45
Grafik 28	Nennung von bestimmten Themen bei Migration/Asyl/Flüchtlingen in % (nur Wählende die Migration/Asyl/Flüchtlinge genannt haben).	46
Grafik 29	Partei am kompetentesten das wichtigste Problem zu lösen nur für jene, die Migration/Asyl/Flüchtlinge nannten in % (nur Wählende).	47
Grafik 30	Wahrnehmung der Berichterstattung über die Parteien in den Medien (in %, nur Wählende).	48
Grafik 31	Wird die folgende Partei gewinnen oder verlieren? (Nur Wählende)	49
Grafik 32	Anteil der Befragten, die meinten die folgenden Parteien werden zulegen August bis Oktober 2015 (Nur Wählende).....	50
Grafik 33	Anteil der Befragten, die meinten die folgenden Parteien werden verlieren August bis Oktober 2015 (Nur Wählende)	50
Grafik 34	Anteil der Befragten, die Angaben in der letzten Zeit eine Wahlumfrage gesehen zu haben (Nur Wählende, gleitende Mittelwerte über 3 Tage).....	51
Grafik 35	Anteil der Befragten, die Angaben das die folgende Partei laut Umfrage bei den Wahlen gewinnen werde (Nur Wählende).	52
Grafik 36	Anteil der Befragten, die Angaben das die folgende Partei laut Umfrage bei den Wahlen verlieren werde (Nur Wählende).	52
Grafik 37	Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2015.....	54
Grafik 38	Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2003-2015.....	55
Tabelle 10	Verlässliches und maximales Wählerpotential sowie deren Ausschöpfungsquote 2015 und 2011 (in %).	57
Grafik 39	Anteil Kandidierende, die Angaben zu einer Kandidatur ermutigt worden zu sein (in %).	59
Grafik 40	Gruppen, Personen, die zur Kandidatur ermutigt haben (in %).	60
Grafik 41	Wie umkämpft waren Kandidaturen?	61
Grafik 42	Wie umkämpft waren Listenplatzierung?	61
Grafik 43	Höhe und Herkunft der Kampagnenmittel der Kandidierenden	63
Grafik 44	Einsatz von verschiedenen Wahlkampfmitteln der Kandidierenden 2015 (in %).	65
Grafik 45	Einsatz verschiedener Internet-Aktivitäten der Kandidierenden 2015 (in %).	65
Grafik 46	Einordnung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse 2015 in%	66
Tabelle 11	Links-Rechts Einstellungen der Wählenden und Kandidierenden 2015.	67
Tabelle 12	Zustimmung zu verschiedene politischen Sachfragen der Wählenden und Kandidierenden 2015	69

1 Einleitung

1.1 Das Wahlergebnis 2015

Die Wahlen 2015 gehörten zu den stabilsten überhaupt in den letzten Jahrzehnten. Weniger Wähleranteile zwischen den Parteien verschoben sich letztmalig 1963. Identisch mit 2011 blieb 2015 mit 48,5% auch die Wahlbeteiligung.

Trotzdem gab es 2015 einige politisch relevante Veränderungen. Nachdem die SVP 2011 einen Rückgang hinnehmen musste, konnte sie 2015 wieder an Wähleranteilen zulegen (siehe Tabelle 1). Mit 29,4 erreichte die SVP national einen Wähleranteil wie noch keine andere Partei je vor ihr seit der Einführung des Proporz 1919. Die SVP war damit die klare Gewinnerin der Wahlen 2015.

Zudem konnte auch die FDP, nachdem sie seit 1983 kontinuierlich Wähleranteile verloren hatte, erstmals seit langem wieder bei einer nationalen Wahl zulegen. Durch überdurchschnittliche Sitzgewinne verfügen SVP und FDP nun zusammen mit kleineren Rechtsparteien über eine knappe Sitzmehrheit im Nationalrat.

Konstant blieb 2015 die SP, die anderen Parteien verloren alle Wähleranteile. Einbussen erlitten die GPS, die BDP und die GLP; auch die CVP verlor erneut Wähleranteile. Bei der CVP setzte sich damit der Abwärtstrend fort, der 1983 begonnen hatte. Die Partei hat heute einen halb so grossen Wähleranteil wie Anfang der 1970er Jahre. Bei den grossen Gewinnern von 2011, der BDP und der GLP, hat der Aufstieg bereits gestoppt und die beiden neuen Parteien konnten ihre Wählerbasis nicht erweitern.

Tabelle 1 Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2015 (in %).

Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015
SVP	14.9	22.5	26.7	28.9	26.6	29.4
FDP*	20.2	19.9	17.3	15.8	15.1	16.4
CVP	16.8	15.9	14.4	14.5	12.3	11.6
BDP					5.4	4.1
GLP				1.4	5.4	4.6
SP	21.8	22.5	23.3	19.5	18.7	18.8
GPS	5.0	5.0	7.4	9.6	8.4	7.1
Übrige	21.3	14.2	10.9	10.3	8.1	8.0

Quelle: Bundesamt für Statistik. * FDP 2011 inkl. Liberale Partei.

Parallel zu den Nationalratswahlen fanden in nahezu allen Kantonen Ständeratswahlen statt. Auch bei diesen Wahlen war die Stabilität gross und nur wenige Sitze wechselten die Partei (siehe Tabelle 2). Die SP konnte im Vergleich zu 2011 nochmals zulegen und hat inzwischen so viele Ständeratssitze wie noch nie seit der Gründung des Bundesstaates 1848. Die CVP konnte ihre starke Stellung im Ständerat halten, die sie zusammen mit der FDP innehat. Die FDP konnte zwei Sitze zulegen. Konstant tief blieb die Sitzzahl der SVP. Sie kommt auf fünf Sitze im Ständerat und ist damit, gemessen an den Wähleranteilen im Nationalrat, klar untervertreten.

Tabelle 2 Sitzverteilung im Ständerat 1995 bis 2015.

Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015
SVP	5	7	8	7	5	5
FDP	17	17	14	12	11	13
CVP	16	15	15	15	13	13
SP	5	6	9	9	11	12
GPS				2	2	1
Übrige	3	1		1	4	2
Total	46	46	46	46	46	46

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Durch die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse in Nationalrat und Ständerat gibt es nun unterschiedliche Mehrheiten in den beiden Kammern. Die SVP kann im Nationalrat zusammen mit der FDP eine Mehrheit bilden, im Ständerat hingegen nicht. Im Ständerat hat dafür die CVP mit der SP oder mit der FDP zusammen eine Mehrheit. Ob und wie sich diese veränderten Mehrheiten in der kommenden Legislatur auswirken, hängt allerdings davon ab, wie willig und fähig die Parteien sind, Koalitionen im Parlament einzugehen.

Konkrete Auswirkungen hatten die Verschiebungen im Parteiengefüge auf die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates. Wohl nicht zuletzt als Folge der Parlamentswahlen mit dem Zuwachs der SVP und dem Schrumpfen der BDP erklärte die BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ihren Rücktritt. Da danach der Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz von der Mehrheit im Parlament unbestritten war, gelang Guy Parmelin im Dezember 2015 die Wahl in den Bundesrat.

1.2 Die verwendeten Daten

Diese Studie stellt erste Ergebnisse des Wahlforschungsprojektes Selects 2015 einer breiten Öffentlichkeit vor. Wir gehen in dieser Studie den beiden Grundfragen der Wahlforschung nach:

- Wer beteiligt sich aus welchen Gründen an Wahlen?
- Wer entscheidet sich aus welchen Gründen für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten?

Seit Jahrzehnten versucht die Wahlforschung, mit unterschiedlichen Modellen und Vorgehensweisen eine Antwort darauf zu erhalten, warum sich ein bestimmtes Individuum auf eine bestimmte Weise und ein anderes gänzlich anders entscheidet. Die Erforschung des Wählerverhaltens gleicht dem Zusammensetzen eines Puzzles, das nie ganz fertig wird. Diese Studie beleuchtet ausgewählte Merkmale des Beteiligungs- und Wahlverhaltens. Der Schwerpunkt liegt auf den Wahlen 2015, in ausgewählten Auswertungen gehen wir jedoch bis 1995 zurück, als das Selects-Projekt zum ersten Mal durchgeführt wurde.

Im Rahmen des Selects-Projektes 2015 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, welche die Datengrundlage für dieses Projekt bilden:

- In einer *Wahlnachbefragung* wurden binnen sechs Wochen nach der Wahl insgesamt 5'337 Stimmberechtigte durch das Befragungsinstitut DemoSCOPE per Internet oder Telefon befragt. Es handelt sich dabei um eine kantonal geschichtete Stichprobe, in der die kleinen Kantone überrepräsentiert sind sowie drei Kantone (Genf, Tessin, Zürich) zusätzlich aufgestockt wurden. Um für die ganze Schweiz repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurden die Daten gewichtet (eine detaillierte Beschreibung dazu findet sich im Anhang).
- Mit einer kombinierten *Panel/Rolling Cross-Section*-Erhebung (Panel/RCS) haben wir während der Wahlen die gleichen Personen insgesamt vier Mal online befragt. Bei der Ausgangsstichprobe für diese Befragung handelt es sich um eine nicht geschichtete, gesamtschweizerische und reine Zufallsstichprobe.
 - Die erste Panel-Befragung fand in den Wochen nach den eidgenössischen Abstimmungen vom 15. Juni 2015 statt; in dieser Welle wurden 11'009 Personen befragt.
 - Die zweite Welle erfolgte zwischen dem 17. August und dem 18. Oktober. In diesen 60 Tagen vor den Wahlen wurden täglich im Durchschnitt 120 Personen über ihre Wahl- und Beteiligungsabsicht sowie über die Bewertung der Parteien und der Kampagnen befragt. Insgesamt nahmen an dieser Befragung 7'295 Personen teil.
 - In der dritten Welle wurden alle Personen, die in der ersten Welle teilgenommen hatten, zu einem erneuten Interview aufgefordert, in dem vor allem das effektive Wahlverhalten und diverse politische Einstellungen erfragt wurden. In dieser Welle nahmen 7'601 Personen teil.

- Schliesslich fand am Tag nach den Bundesratswahlen vom 9.12. eine vierte Welle statt, in der nochmals alle, die in der dritten Welle teilgenommen hatten, zum Ausgang der Bundesratswahlen befragt wurden. An dieser letzten Umfrage nahmen 5'411 Personen teil.
- Parallel zur RCS-Befragung wurde zudem über den gleichen Zeitraum in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich eine automatisierte *Medienanalyse* durchgeführt.
- Mit der *Kandidierendenbefragung* aller 3'873 Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat, von denen 1'744 mitgemacht haben, gewinnen wir Erkenntnisse über den politischen Werdegang, die Kampagnenaktivitäten sowie die politischen Einstellungen jener Kandidaten, die ins nationale Parlament gewählt werden wollen. Diese Befragung wurde im Auftrag von Selects durch polittools.net durchgeführt, die auch für smartvote verantwortlich sind.

Die verschiedenen Befragungen sind aufeinander abgestimmt. So wurden zum Beispiel im Wortlaut identische Einstellungsfragen sowohl in der Kandidierendenbefragung als auch in der Nachwahlbefragung gestellt, um die Einstellungen vergleichen zu können.

1.3 Zur Interpretation der Ergebnisse

In die Analyse einbezogen wurden alle Parteien, die 2015 mehr als 4% der Wählerstimmen erreichten. Das sind die SVP, FDP, BDP, CVP, GLP, SP und GPS. Kleinere Parteien wurden nicht einbezogen, da bei den relativ kleinen Wähleranteilen die Fallzahlen in der Befragung zu gering sind, um sinnvolle Aussagen machen zu können.

Umfrageergebnisse sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Die Ausgangsadressen entstammen einer Zufallsauswahl aus der Bevölkerung und sind mit einem Stichprobenfehler behaftet. Hinzu kommen weitere Verzerrungen, die sich durch selektive Beteiligung bestimmter Gruppen an der Befragung ergeben.

Bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen ist deshalb immer eine grosse Sorgfalt notwendig. Alle in den Tabellen und Grafiken präsentierten Ergebnisse geben nie den realen Wert an; vielmehr liegt der reale Wert jeweils in einer Bandbreite, die man mitunter als Stichprobenfehler bezeichnet. Dieser variiert in Abhängigkeit von den in die Analyse einbezogenen Fällen sowie deren Verteilung. Bei einer Verteilung von 50:50 ist der Stichprobenfehler unter Einbezug aller 5'337 Befragten +/- 1,4%. Umfasst eine Analyse zahlenmässig weniger Fälle, wird der Stichprobenfehler schnell deutlich grösser. So ist z.B. bei der Analyse einer Sub-Population von 200 Befragten und einer Verteilung von 50:50 der Stichprobenfehler bereits +/- 7,1%. Um die Lesbarkeit der Publikation nicht zu erschweren, verzichten wir allerdings darauf, jeweils die Bandbreite anzugeben, tragen dem aber in der Interpretation der Ergebnisse gebührend Rechnung.

Unabdingbar für wissenschaftliche Forschung ist absolute Transparenz im Forschungsprozess und der öffentliche Zugang zu den Daten. Alle für die vorliegende Studie verwendeten Umfragedaten sowie eine umfassende Datendokumentation und die Originalfragebogen sind bei FORS hinterlegt und frei zugänglich unter www.selects.ch.

2 Die Wahlteilnahme

2015 ist die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Wahlen weitgehend stabil geblieben. Mit 48,5% liegt sie allerdings noch immer weit unter dem Durchschnitt für nationale Wahlen in anderen Demokratien. Verschiedene Gründe werden für die geringe Wahlbeteiligung in der Schweiz angeführt. Zum einen gibt es in der Schweiz drei bis vier Mal pro Jahr Volksabstimmungen. Damit werden die Schweizerinnen und Schweizer deutlich häufiger an die Urne gerufen als die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder – mit der Konsequenz, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selektiv beteiligen. Da man an der Urne die wichtigsten Sachfragen direkt entscheiden kann, sinkt auch die Bedeutung von Wahlen. Zum anderen war die Parteienlandschaft lange Zeit sehr stabil und Wahlen hatten in der Schweiz nach der Einführung der Zauberformel 1959 und der ritualisierten Bestätigung der Bundesratsmitglieder jeweils nach der Wahl des Nationalrates bis 2003 nie einen direkten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung. Auch heute noch ist die Regierungszusammensetzung im Vergleich zu den meisten Demokratien sehr stabil und alle grossen Parteien sind in der Regierung vertreten.

Seit den 1990er Jahren gibt es jedoch Veränderungen, die bei Wahlen mobilisierend wirken und dazu führen, dass die Wahlbeteiligung inzwischen wieder höher ist als die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung. Mit dem Aufstieg der SVP geriet das bis anhin starre Parteiengefüge in Bewegung; die Parteienlandschaft wurde stark verändert. 2011 ist mit der GLP und der BDP eine zusätzliche Konkurrenz zu den etablierten Parteien entstanden und hat den politischen Wettbewerb belebt. Auch die Regierungszusammensetzung ist nicht mehr so stabil wie zuvor. Obwohl noch immer alle grossen Parteien in der Regierung vertreten sind, so führt die „richtige“ Regierungszusammensetzung im Vorfeld der Wahlen dennoch zu grossen Diskussionen. 2003 kam es durch die ausgebliebene Wiederwahl von Ruth Metzler und 2007 von Christoph Blocher zum ersten Mal seit 120 Jahren auch zu Abwahlen.

Die Wahlbeteiligung ist nicht zufällig in der Bevölkerung verteilt, sondern unterscheidet sich nach verschiedenen sozialen Merkmalen (vgl. Tabelle 3). Ein signifikanter Unterschied bei der Wahlbeteiligung in der Schweiz besteht noch immer zwischen Männern und Frauen. 2015 haben sich 53% der Männer und 46% der Frauen an den Wahlen beteiligt.

Bei der Beteiligung gibt es grosse altersbedingte Unterschiede. Es gilt, wie bei fast allen Studien über die Beteiligung weltweit: je älter der Bürger, desto höher die Beteiligung. Für die nationalen Wahlen in der Schweiz gilt zudem, dass die Beteiligung der verschiedenen Altersgruppen über die Zeit äusserst stabil ist und es in den letzten 20 Jahren nur geringe Schwankungen gab. In der Gruppe der 18-24-Jährigen ist eine Stagnation der Beteiligung festzustellen, nachdem die Beteiligung bei den Wahlen zuvor eher gestiegen war. Der Anstieg erfolgte allerdings nicht erst bei den Wahlen 2007, sondern bereits 1999 und 2003. 2015 gab es hingegen einen positiven Trend in der Gruppe der 25-34-Jährigen.

Interessant ist ein Vergleich der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht (vgl. Grafik 1). In der Gruppe der 18-24-Jährigen sind keine Unterschiede festzustellen, die Beteiligung ist gleich tief. In den folgenden Gruppen ist stets eine kleine Differenz vorhanden, was auch die Beteiligungsunterschiede insgesamt zwischen Männern und Frauen erklärt. Grösser ist die Differenz noch bei der Gruppe der über 75-Jährigen.

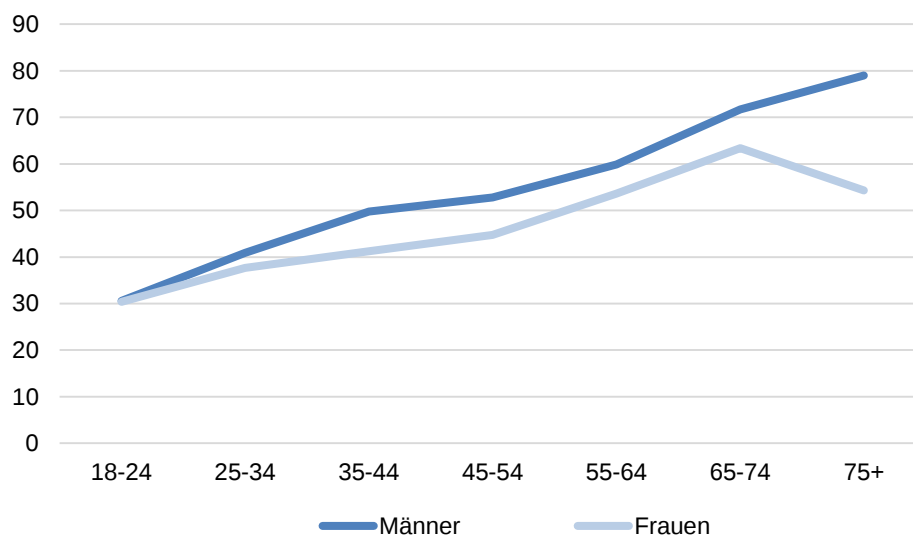
Bekannte Unterschiede existieren in Abhängigkeit von Bildung und Einkommen; diese haben sich auch 2015 nicht sehr verändert. Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen gehen bei Wahlen deutlich häufiger zur Urne als Personen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen. Auch beim Zivilstand gibt es konstante Unterschiede: Verheiratete beteiligen sich deutlich häufiger als Ledige, die Beteiligung Geschiedener und Verwitweter liegt dazwischen. Dieser Zusammenhang verschwindet allerdings, wenn man das Alter einbezieht, da junge wesentlich häufiger ledig sind als ältere Personen. Menschen, die heiraten, sind in der Schweiz sozial besser integriert, interessieren sich häufiger für Politik und beteiligen sich häufiger an Wahlen.

Tabelle 3 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2015 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011	2015
<i>Beteiligung insgesamt</i>	42	43	46	48	49	49
<i>Nach Geschlecht</i>						
Männer	46	51	53	56	52	53
Frauen	39	37	41	42	46	46
<i>Nach Alter</i>						
18-24	22	28	35	33	33	30
25-34	30	28	31	34	34	39
35-44	42	39	37	40	44	45
45-54	52	51	50	51	49	49
55-64	54	52	56	58	57	57
65-74	62	57	62	57	61	67
75+	58	56	54	60	70	65
<i>Nach höchster abgeschlossener Schulbildung</i>						
Obligatorische Schule, Anlehre	38	31	34	38	36	30
Berufslehre	38	38	42	42	43	46
Matur, Fachhochschule, Universität	51	56	55	59	57	56
<i>Nach Haushaltseinkommen pro Monat</i>						
Bis 4000	38	37	38	43	42	40
4001- 6000	39	38	42	46	47	47
6001- 8000	47	48	49	52	52	51
8001-12000	49	51	54	57	50	57
12001 und mehr	52	64	60	65	57	56
<i>Nach Zivilstand</i>						
Verheiratet	50	51	52	54	55	58
Alleinstehend	32	34	40	40	39	39
Geschieden/Getrennt	31	32	35	46	42	46
Verwitwet	45	38	46	43	49	51
<i>N</i>	6743- 7557	2816- 3257	5069- 5885	3758- 4389	3771- 4377	4550- 5256

Lesebeispiel: Bei den Männern betrug die Wahlbeteiligung 1995 46%, bei den Frauen 39%.

Grafik 1 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2015 (in %).



Lesebeispiel: Bei den jungen Männern und Frauen betrug die Wahlbeteiligung 2015 je rund 30%. (N=5256)

Auch nach politischen Einstellungen unterscheidet sich die Beteiligung stark (vgl. Tabelle 4). Personen, die sich im politischen Spektrum als links oder rechts einordnen, beteiligen sich häufiger als Personen, die sich politisch in der Mitte positionieren. Einen sehr starken Zusammenhang gibt es zwischen politischem Interesse sowie der Beteiligung bei Abstimmungen und der Teilnahme an Wahlen. Wer sich stark für Politik interessiert und in der Regel abstimmen geht, begibt sich in den meisten Fällen auch bei Wahlen an die Urne. Wer sich hingegen überhaupt nicht für Politik interessiert und nicht abstimmt, bleibt bei den Wahlen zu Hause.

Tabelle 4 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2015 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011	2015
<i>Politische Orientierung</i>						
Links (0-3)	48	49	53	57	57	59
Mitte (4-6)	41	42	42	43	42	46
Rechts (7-10)	59	53	61	60	60	55
<i>Interesse an Politik</i>						
Sehr interessiert	73	82	81	83	84	84
Eher interessiert	49	55	55	60	60	60
Eher nicht interessiert	25	24	24	25	24	25
Überhaupt nicht interessiert	7	9	9	8	12	7
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>						
0 bis 3 von 10	9	6	7	8	7	8
4 bis 6 von 10	25	29	32	35	31	29
7 bis 10 von 10	67	72	72	77	74	72
<i>N</i>	6593 - 7542	2970- 3254	5438- 5876	4104- 4380	4265- 4367	4644- 5601

Lesebeispiel: Bei jenen, die sich links einstufen betrug die Wahlbeteiligung 1995 48%.

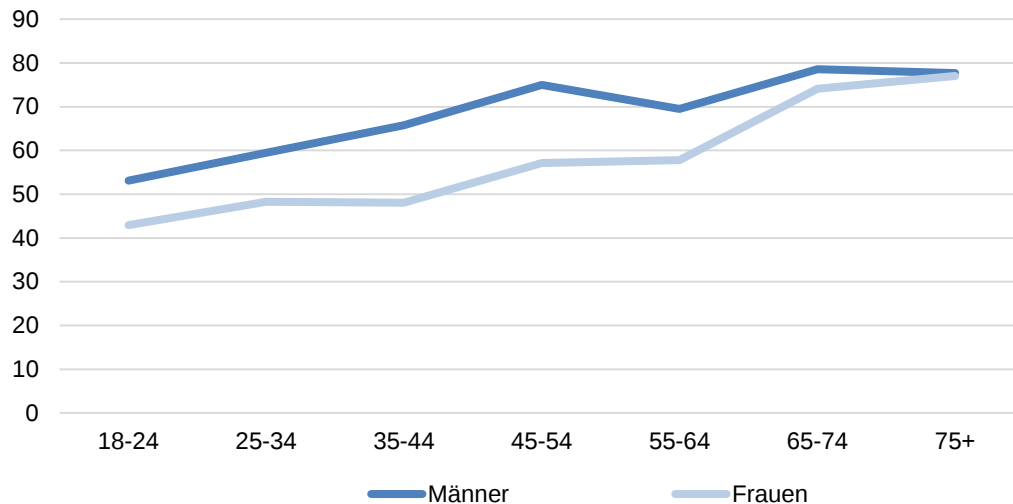
Es gibt also erhebliche Unterschiede in der Beteiligung nach politischem Interesse. Nahe-liegend ist deshalb, dass dies auch einer der Gründe für die geringere Beteiligung etwa der Frauen oder der jungen Personen ist.

Es zeigen sich folglich auch signifikante Unterschiede im politischen Interesse (siehe Grafik 2). Frauen und Junge geben weniger häufig an, sich für Politik zu interessieren als Männer und ältere Personen.

Allerdings sind bei den Frauen die Unterschiede im politischen Interesse grösser als die effektiven Beteiligungsunterschiede, d.h. Frauen gehen zwar weniger häufig wählen, aber nicht so selten, wie es ihr geringeres politisches Interesse vermuten liesse. Dafür gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder gehen auch Frauen mit geringerem politischen Interesse eher wählen als Männer oder Männer neigen dazu, ihr politisches Interesse in einer Umfrage stärker zu überschätzen als Frauen. Für die erste Interpretation spricht, dass Umfragen bei Frauen weltweit in vielen Ländern ein geringeres politisches Interesse als bei Männern feststellen, in den meisten Ländern hingegen keine Unterschiede in der Beteiligung feststellbar sind bzw. in einigen Ländern Frauen sogar häufiger zur Urne gehen als Männer.

Bei den Altersgruppen sind die Unterschiede ebenfalls markant; das politische Interesse steigt mit zunehmenden Alter an, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Allerdings gleicht es sich unter den älteren Personen stärker an – just in der Altersgruppe, in der die Beteiligungsunterschiede grösser werden.

Grafik 2 Politisches Interesse nach Geschlecht und Alter 2015 (Anteil Personen, die sich sehr oder eher für Politik interessieren).



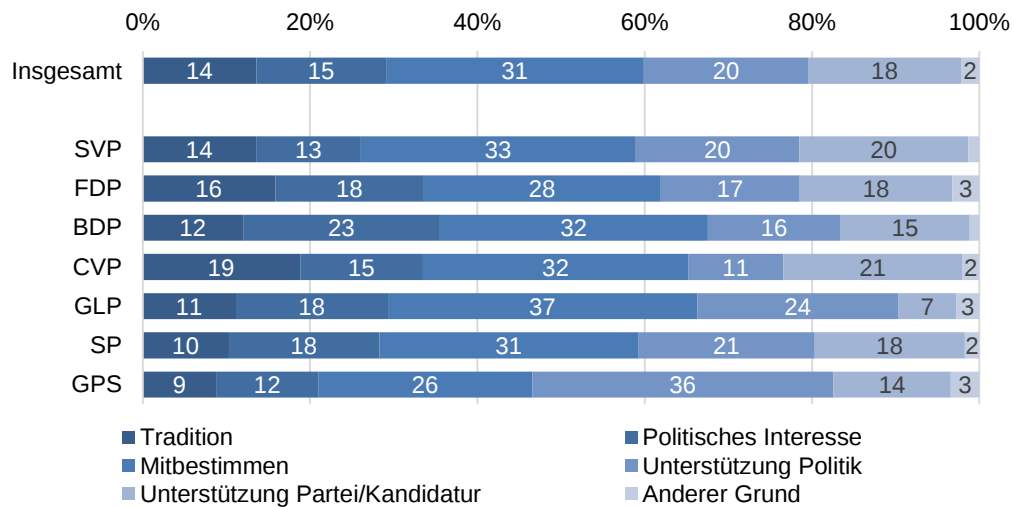
Lesebeispiel: Bei den 18-24-Jährigen gaben etwa 43% der Frauen und 52% der Männer an, sich sehr oder eher für Politik zu interessieren. (N Männer 2512, Frauen 2745).

Welche Gründe bestehen für die Wahlbeteiligung bzw. Wahlabstinenz? Die Wählenden wurden gefragt, was für sie der wichtigste Grund sei, sich an den Wahlen zu beteiligen (siehe Grafik 3).

Die meisten Personen geben an, sich zu beteiligen, weil sie mitbestimmen wollen, gefolgt vom Willen, eine bestimmte Partei/Kandidatur oder eine bestimmte Politik zu unterstützen. Nur Wenige geben an, dass sie aus Tradition an den Wahlen teilnehmen.

Dabei gibt es diverse Unterschiede nach Parteien. So ist bei der CVP der Anteil jener, die angeben, aus Tradition zu wählen, grösser als bei den anderen Parteien; dafür ist der Anteil jener am kleinsten, die wählen, weil sie eine bestimmte Politik unterstützen wollen. Bei der GLP und besonders stark bei der GPS sind jene Personen übervertreten, die wählen gehen, weil sie eine bestimmte Politik oder bestimmte Themen unterstützen wollen.

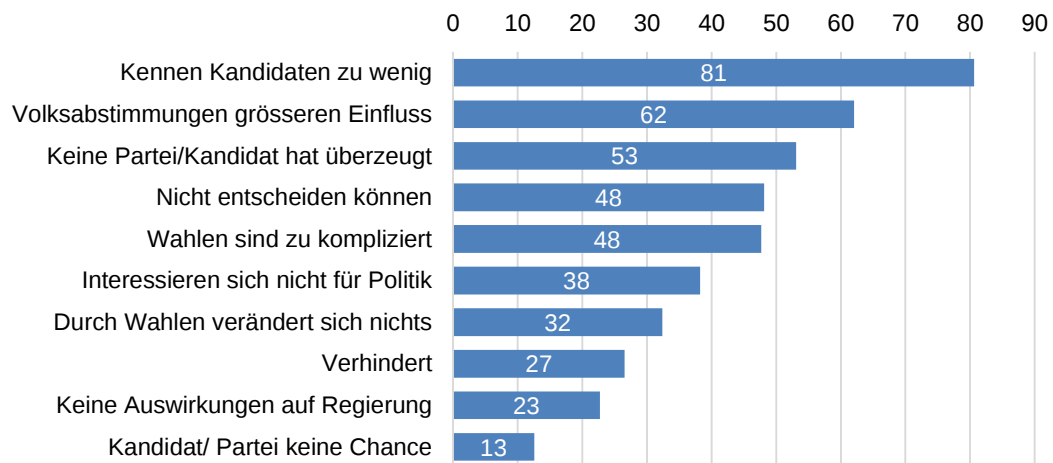
Grafik 3 Wichtigster Grund für die Teilnahme an den Wahlen 2015, insgesamt sowie nach Parteientschied.



Lesebeispiel: Insgesamt gaben 14% der Befragten an wählen zu gehen aus Tradition, 15%, aus politischem Interesse, 31% weil sie mitbestimmen wollen, 20% weil sie eine bestimmte Politik unterstützen wollen und 18% weil sie eine bestimmte Partei/Kandidatur unterstützten wollen. (N Total 3736; SVP 1094; FDP 609; BDP 153; CVP 430; GLP 172; SP 699; GPS 257.)

Den Nicht-Wählenden haben wir verschiedene mögliche Gründe vorgelegt, die für die Wahlabstinenz ausschlaggebend sein könnten. Die Befragten konnten bei jeder der Aussagen angeben, ob sie dieser zustimmen oder nicht. Insgesamt führt kaum die Politikverdrossenheit, sondern eher mangelndes Interesse an den Wahlen zur Wahlabstinenz. Am häufigsten gaben die Nicht-Wählenden an, dass sie die Kandidierenden zu wenig kannten (siehe Grafik 4). Am zweithäufigsten fand die Aussage Zustimmung, dass man mit Volksabstimmungen einen grösseren Einfluss ausüben könne. Mehr als 50% der befragten Nicht-Wählenden gaben an, dass sie keine Partei oder kein Kandidat überzeugt hatte. Je 48% meinten, dass sie sich nicht entscheiden konnten bzw. dass Wahlen zu kompliziert seien und bei 38% war das Interesse an Politik zu gering. Bei nur einem Drittel fand die Aussage Zustimmung, dass sich durch Wahlen nichts verändere und bei 23%, dass Wahlen keine Auswirkung auf die Regierungszusammensetzung hätten. Am wenigsten hatten die Nicht-Wähler den Eindruck, dass die bevorzugte Partei oder der bevorzugte Kandidat keine Chance bei den Wahlen gehabt hätte und sie darum nicht wählen gingen.

Grafik 4 Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung 2015 (in %).



Lesebeispiel: 81% der Nicht-Wählenden gab an, dass es ein wichtiger Grund für die Nicht-Wahl gewesen sei, dass sie/er die Kandidierenden zu wenig kenne. (N=1943-2274).

3 Der Wahlentscheid

Wer welche Partei warum wählt, ist die Kernfrage der Wahlforschung. Wie kommt es innerhalb desselben politischen Raumes dazu, dass ein Wähler sich für eine Partei, eine andere Wählerin sich aber für eine andere Partei entscheidet? Abschliessende Antworten darauf haben wir nicht, da wir die Gedankengänge einzelner Individuen nicht im Detail nachvollziehen können und auch die Motivationen eines solchen Entscheides zu komplex sind, als dass man sie auf einzelne Faktoren reduzieren könnte. Es ist allerdings möglich, den Parteientscheid mit verschiedenen sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen in Verbindung zu /bringen und so einen Einblick in die unterschiedliche Motivation der Wählerinnen und Wähler zu erlangen, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden.

3.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

In einem ersten Schritt wird die Wahl einer bestimmten Partei nach verschiedenen sozialen Merkmalen untersucht (siehe Grafik 5).

Zwischen Männern und Frauen sind, wie bereits 2011, kleine Unterschiede festzustellen, wobei sich die entsprechenden Grössenverhältnisse zwischen den Parteien kaum unterscheiden. Männer wählten häufiger SVP, Frauen überdurchschnittlich SP und GPS.

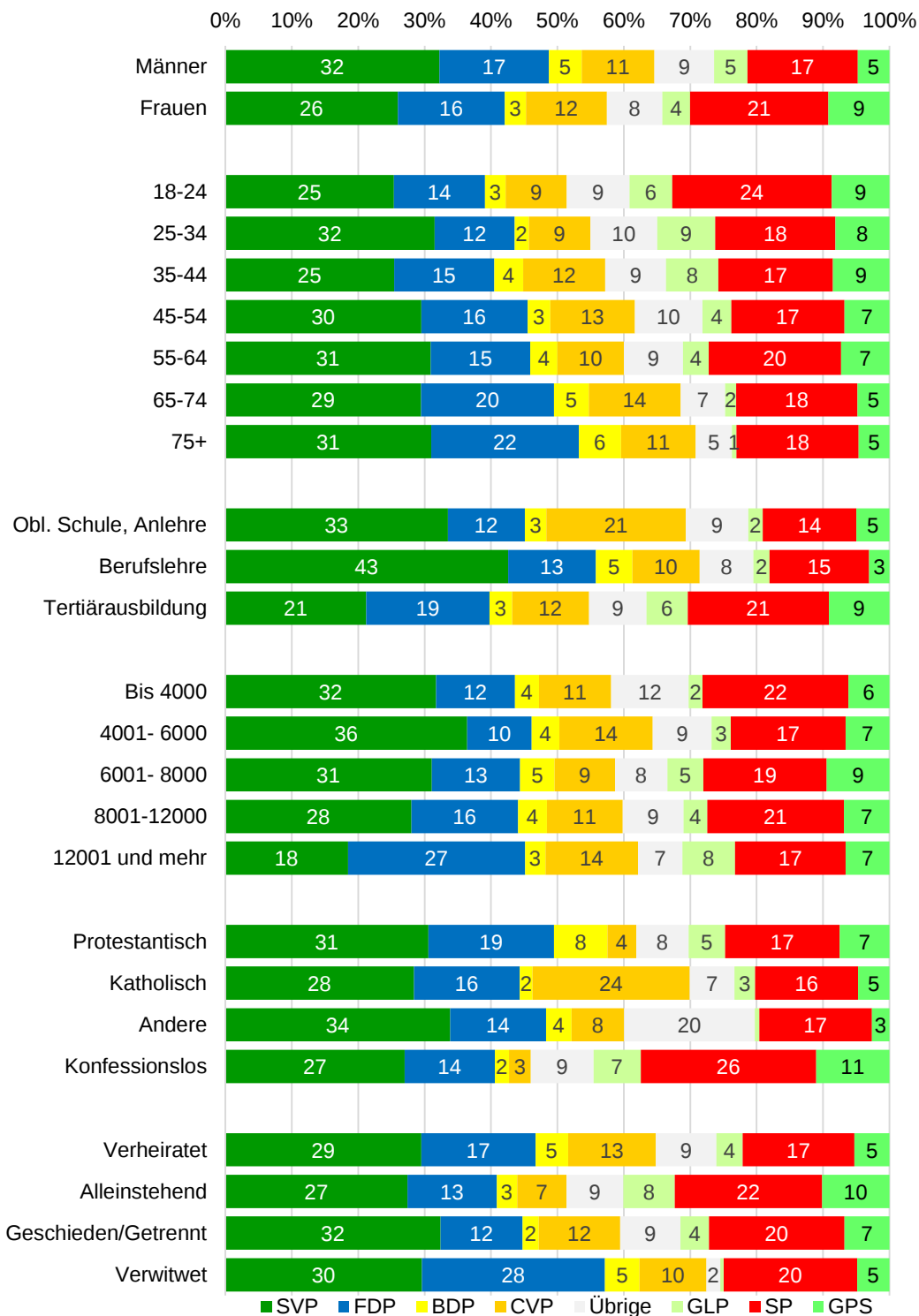
Kleine Unterschiede zeigen sich auch, wenn man das Wahlverhalten nach Alter aufschlüsselt. Die SVP ist bei allen Altersgruppen stärkste Partei. Bei der FDP steigt der Wähleranteil mit zunehmenden Alter eher an, bei GLP und GPS nehmen die Wähleranteile eher ab. Die anderen Parteien haben einen recht konstanten Anteil über alle Gruppen.

Deutlichere Unterschiede gibt es in Abhängigkeit von der höchsten abgeschlossenen Schulbildung. Die SVP ist übervertreten bei jenen, die nur die obligatorische Schulbildung besitzen und vor allem bei jenen, die eine Berufslehre absolviert haben; bei denjenigen mit höherer Schulbildung ist sie deutlich untervertreten. FDP, SP, GPS und GLP hingegen schneiden bei den höher Gebildeten überdurchschnittlich gut ab.

Die SVP ist bei allen Einkommensgruppen stärkste Partei ausser bei jenen, die über ein sehr hohes Einkommen verfügen. In der Kategorie der Personen mit einem Haushalteincome über 12'000 Fr. ist die FDP klar stärkste Partei. Bei allen anderen Parteien gibt es nur geringe Unterschiede und ihre Wähleranteile sind vergleichbar.

Bei den Konfessionen zeigt sich, dass die CVP immer noch deutlich besser unter den Katholiken verankert ist. Sie kommt hier auf einen Wähleranteil von 24%, dafür wählen nur 4% der Protestanten CVP. Umgekehrt ist es bei der BDP: Sie hatte unter den Protestanten 2011 einen signifikant höheren Wähleranteil als die CVP. SP und GPS werden überdurchschnittlich häufig von konfessionslosen Wählerinnen und Wählern gewählt.

Grafik 5 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen 2015 (in %).

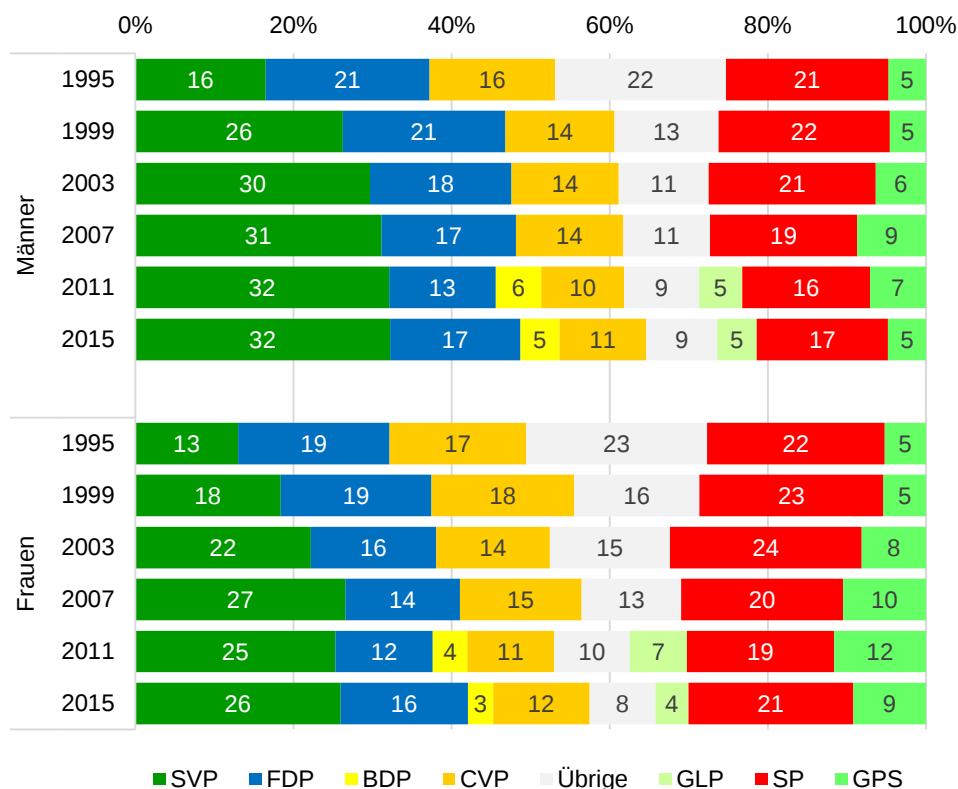


Lesebeispiel: Bei den Männer gaben 32% SVP gewählt zu haben, 17% FDP, 5% BDP und 11% CVP. (N: Männer 1960; Frauen 1790; 18-24 300; 25-34 413; 35-44 529; 45-54 792; 55-64 723; 65-74 647; 75+ 346; Obl. Schule, Anlehre 227; Berufslehre 1239; Tertiärausbildung 2186; Bis 4000 418; 4001- 6000 695; 6001- 8000 686; 8001-12000 927; 12001 und mehr 642; Protestantisch 1218; Katholisch 1395; Andere 274; Konfessionslos 848; Verheiratet 2120; Alleinstehend 915; Geschieden/Getrennt 353; Verwitwet 158).

Für ausgewählte Merkmale haben wir sodann auch den Stimmenanteil jeweils über die letzten sechs nationalen Wahlen hinweg berechnet, d.h. für den Zeitraum von 1995 bis 2015. Grafik 6 gibt die Verteilung nach Geschlecht an.

Es zeigt sich, dass der Zuwachs der SVP bei den Männern grösser war als bei den Frauen. Bei allen Wahlen lag der Wähleranteil bei den Frauen konstant einige Prozentpunkte tiefer als bei den Männern.

Grafik 6 Wahlentscheid nach Geschlecht 1995-2015 (in %).

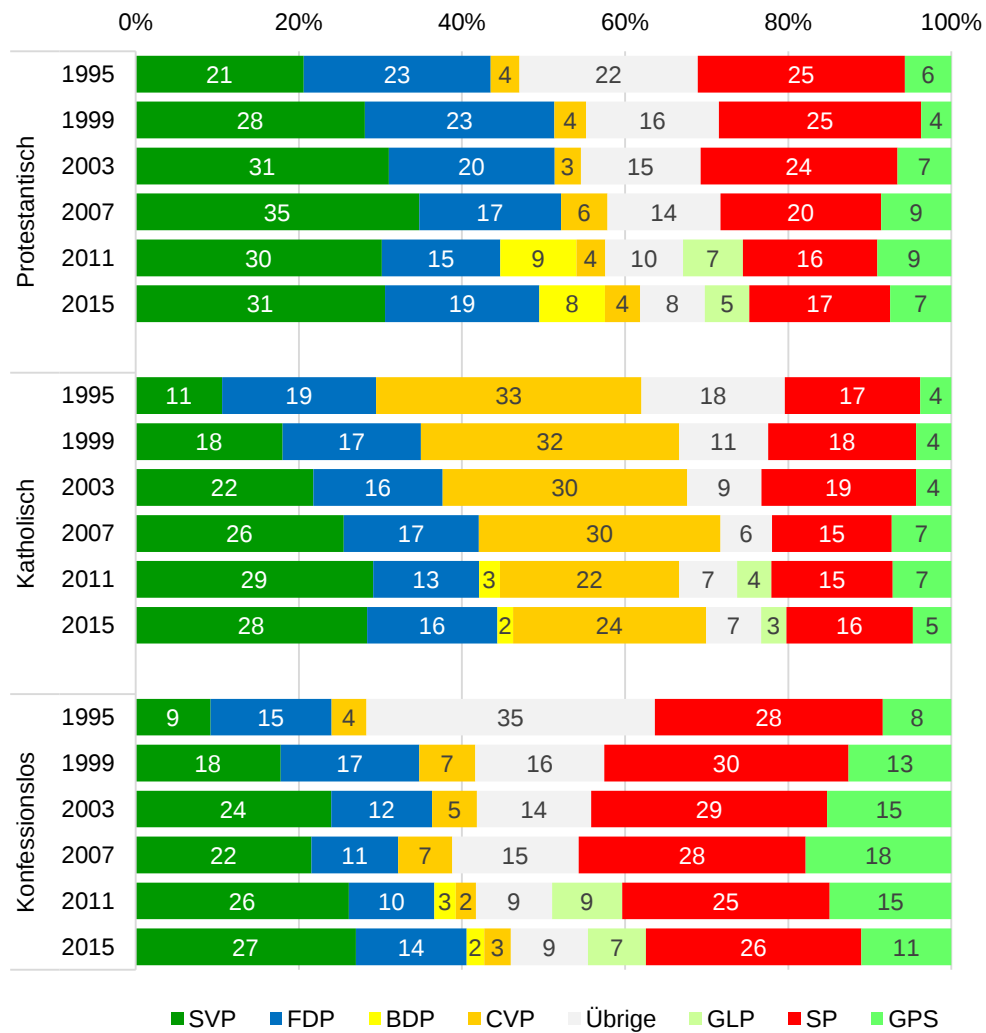


Lesebeispiel: 1995 wählten bei den Männern 16% SVP, 21% FDP, 16% CVP, 22% eine andere Partei, 21% SP und 5% GPS. (N Männer 1995 1443; 1999 691; 2003 1291; 2007 1027; 2011 1022; 2015 1960; Frauen 1995 1477; 1999 623; 2003 1298; 2007 1009; 2011 1013; 2015 1790).

Ebenfalls bemerkenswert sind die Unterschiede nach Religionszugehörigkeit (siehe Grafik 7). Dort zeigt sich, dass die CVP unter den Katholiken seit 1995 markant Wähleranteile eingebüsst hat, aber bei den Protestanten sowie bei den Konfessionslosen kaum verankert ist.

Die SVP hatte unter den Protestanten bereits 1999 einen Wähleranteil von fast 30%. Gewachsen ist sie zwischen 1999 und 2011/2015 vor allem bei den Katholiken, wo sie nun ebenfalls klar stärkste Partei vor der CVP ist. Die BDP hat bei den Protestanten wesentlich grössere Wähleranteile als bei den anderen Gruppen, während die linken Parteien SP und GPS überdurchschnittlich bei den Konfessionslosen Wähleranteile besitzen – einer immer grösser werdenden Gruppe.

Grafik 7 Wahlentscheid nach Religionszugehörigkeit 1995-2015 (in %).



Lesebeispiel: 1995 wählten unter den Protestanten 21% SVP, 23% FDP, 4% CVP, 22% eine andere Partei, 25% SP und 6% GPS. (N Protestantisch 1995 1225; 1999 581; 2003 992; 2007 776; 2011 692; 2015 1218; Katholisch 1995 1290; 1999 552; 2003 1009; 2007 742; 2011 803; 2015 1395; Konfessionslos 1995 298; 1999 139; 2003 445; 2007 382; 2011 426; 2015 848)

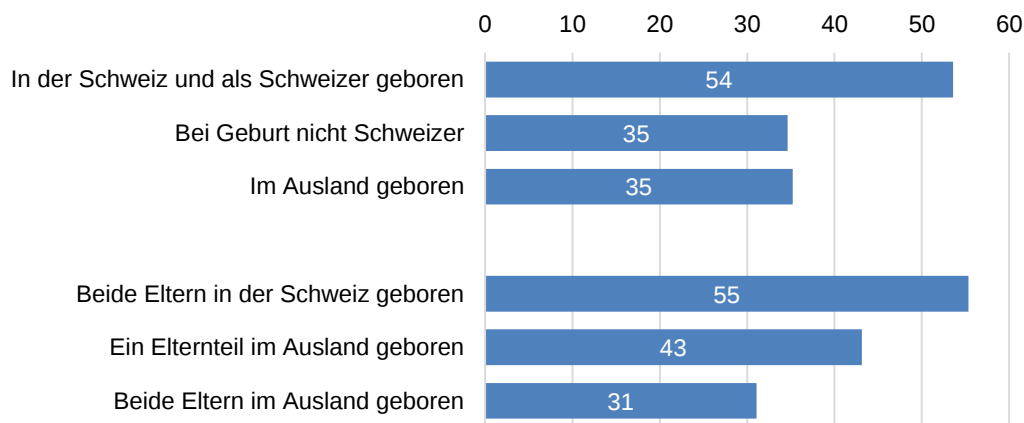
3.2 Wahlentscheid und Migrationshintergrund

Da die Schweiz seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland ist, leben dort sehr viele Personen mit Migrationshintergrund. 2015 waren über 2 Mio. Menschen in der Schweiz niedergelassen, ohne über einen Schweizerpass zu verfügen. Davon waren mehr als 1 Mio. über 18 Jahre alt und verfügte über einen C-Ausweis, war aber nicht stimmberechtigt, da in der Schweiz das Stimmrecht an die Staatsbürgerschaft gebunden ist. Jedoch haben auch unter jenen mit Schweizer Pass viele einen Migrationshintergrund. Im Rahmen von Selects 2015 haben wir verschiedene Angaben zum Migrationshintergrund erhoben. Dabei zeigt sich, dass rund 14% der Stimmberechtigten nicht in der Schweiz geboren sind, mindestens 17% der Stimmberechtigten bei der Geburt keine Schweizer Staatsbürgerschaft hatten und bei über 30% der Stimmberechtigten mindestens ein Elternteil nicht in der Schweiz geboren wurde. Nimmt man diese verschiedenen Kriterien, die den Migrationshintergrund definieren, so zeigt sich, dass rund 1/3 der 5,3 Mio. Stimmberechtigten selbst oder durch die Eltern über einen Migrationshintergrund verfügen.

Im Folgenden schlüsseln wir das politische Verhalten nach verschiedenen Kriterien von Migrationshintergrund oder danach auf, ob jemand in der Schweiz geboren wurde.

Wenig überraschend, ist die Wahlbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund (im Ausland geboren oder ohne Schweizer Staatsbürgerschaft bei Geburt) mit 35% deutlich geringer als bei Personen, die seit ihrer Geburt Schweizer Staatsbürger sind und in der Schweiz geboren wurden (siehe Grafik 8). Relevant ist auch die Frage, ob die Eltern in der Schweiz geboren wurden. Die Beteiligung ist mit 31% bei jenen am geringsten, bei denen beide Elternteile nicht in der Schweiz geboren wurden, bei jenen mit 55% am höchsten, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden. Die Sozialisation durchs Elternhaus spielt also auch bei der Beteiligung eine sehr wichtige Rolle.

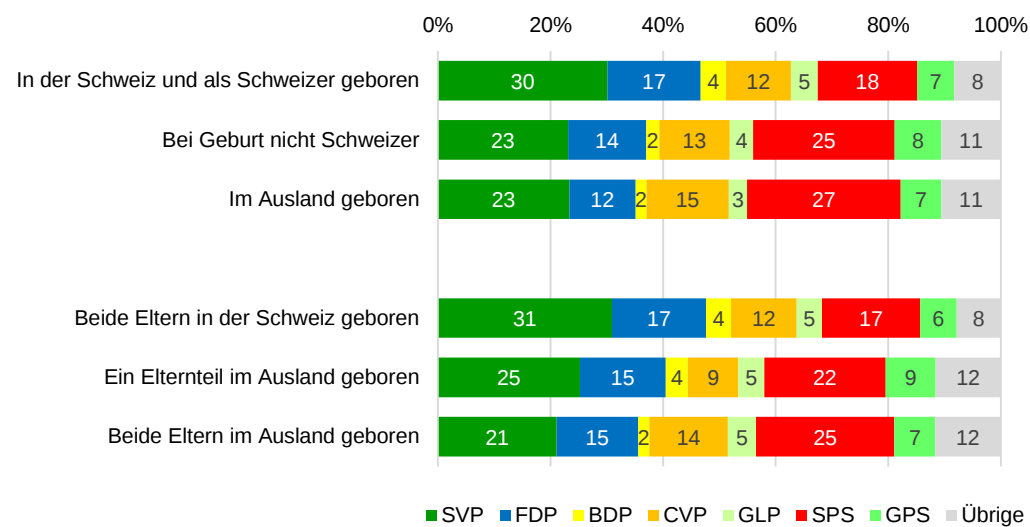
Grafik 8 Wahlbeteiligung nach Migrationshintergrund (in %).



(N In der Schweiz und als Schweizer geboren = 4051; Bei Geburt nicht Schweizer N = 896; Im Ausland geboren N = 600; Beide Eltern in der Schweiz geboren N = 3550, ein Elternteil N = 763, beide Elternteile im Ausland geboren N = 884).

Ferner gibt es bei Wahlentscheid und Migrationshintergrund Unterschiede. Die Grössenverhältnisse zwischen den Parteien verändern sich nicht grundlegend, aber Verschiebungen sind erkennbar. Die SVP ist bei Personen ohne Migrationshintergrund überdurchschnittlich vertreten; zugleich ist die SP bei Personen mit Migrationshintergrund übervertreten. Allerdings sind diese Unterschiede nicht enorm, auch bei Personen mit Migrationshintergrund ist die SVP stärkste oder zweitstärkste Partei. Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede nicht sehr markant – vor allem, wenn man in Betracht zieht, dass angesichts der teilweise geringen Fallzahlen die Strichprobenfehler gross werden.

Grafik 9 Wahleentscheid nach Migrationshintergrund (in %).



Lesebeispiel: Bei jenen, die in der Schweiz und als Schweizer geboren wurden, wählten 30% SVP, 17% FDP. (In der Schweiz und als Schweizer geboren N = 3152; Bei Geburt nicht Schweizer N = 441; Im Ausland geboren N = 300; Beide Eltern in der Schweiz geboren N = 2854, ein Elternteil N = 482, beide Elternteile im Ausland geboren N = 387).

3.3 Wählerwanderungen

Neben den Gewinnen und Verlusten der Parteien interessiert jeweils nach den Wahlen auch, welche Verschiebungen von Wählenden es zwischen zwei Wahlgängen gab. Dies zuverlässig zu bestimmen, ist schwierig, da Verschiebungen nicht nur zwischen den Parteien möglich sind, sondern auch zwischen den Wählenden und Nicht-Wählenden. Zudem verstirbt ein gewisser Prozentsatz der Stimmberechtigten innerhalb von vier Jahren und vormals nicht Stimmberechtigte werden neu stimmberechtigt, da sie das 18. Altersjahr überschreiten oder eingebürgert werden.

Diese grosse Zahl möglicher Bewegungen bringt die Möglichkeiten, mittels Umfragen solche Prozesse nachzuvollziehen, rasch an ihre Grenzen. Betrachtet man nur die sieben grössten Parteien, fasst die übrigen zusammen und nimmt zudem die Möglichkeit hinzu, nicht zu wählen, haben wir bereits 81 mögliche Wanderbewegungen (9x9). Davon wählen jeweils viele die gleiche Partei oder sie wählen zwei Mal nicht, so dass sich nur relativ wenige Befragte auf die anderen Felder verteilen.

Es kommt hinzu, dass sich die Wählenden erinnern müssen, ob und wie sie vor vier Jahren gewählt haben. Diese Frage ist gerade für Personen, die sich nur mässig für Politik interessieren, manchmal schwierig zu beantworten. Es gibt Vermutungen, dass die Befragten dazu neigen, ihr Verhalten vor vier Jahren auf ihr jetziges Verhalten zu übertragen. In diesem Fall würden die Bewegungen tendenziell unter- und die Stabilität überschätzt.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass Wählerwanderungen nicht viel mehr als Tendenzen, keinesfalls aber genau Zahlen über die Wanderbewegungen liefern. Der Stichprobenfehler ist vor allem bei den kleineren Parteien nicht selten bei 3–4%.

Die grosse Stabilität der Wähleranteile 2015 verbirgt sehr grosse Verschiebungen, sowohl zwischen Wählenden und Nicht-Wählenden als auch zwischen den Parteien. Gegen 20% der Wählenden von 2015 hatte sich 2011 nicht an der Wahl beteiligt, ein Teil davon, weil sie 2011 noch nicht stimmberechtigt waren. Von den Wählenden 2011 ging ebenfalls ein erheblicher Teil 2015 nicht an die Urne.

Von jenen, die angaben, sowohl 2011 als auch 2015 gewählt zu haben, gaben nur rund 75% an, zweimal die gleiche Partei gewählt zu haben. Betrachtet man das Ausmass der verborgenen Verschiebungen – die es auch bei früheren Wahlen gab – ist die Stabilität im Schweizerischen Parteiensystem erstaunlich. Das bedeutet: Auch bei sehr stabilem Ausgang der Wahlen ist es für die Parteien essentiell, Wahlkampf zu machen und die Stimmberechtigten zu überzeugen, sowohl zu wählen – sie also überhaupt erst zu mobilisieren – als auch den Wahlzettel für ihre Partei in die Urne zu legen.

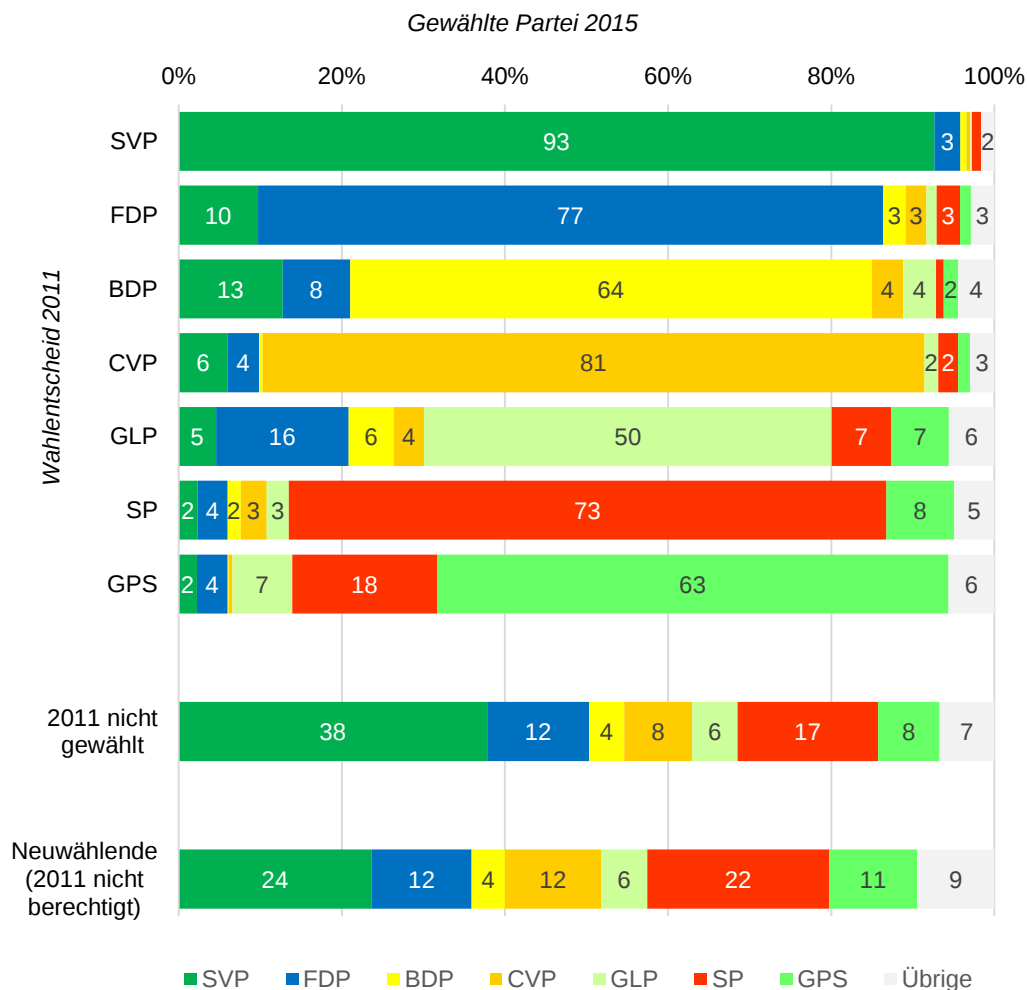
Wie relevant waren diese Wählerwanderungen für die einzelnen Parteien? In einer ersten Betrachtung geht uns darum, aufzuzeigen, was 2015 das Wahlverhalten jener war, die 2011 gewählt haben bzw. geht es um jene, die 2011 nicht zur Wahl gingen oder aber 2011 noch nicht stimmberechtigt waren. In dieser Analyse sind nur jene eingeschlossen, die 2015 auch gewählt haben.

Grafik 10 zeigt, dass vor allem die SVP über ein sehr stabiles Wählersegment verfügt. 93% jener, die 2011 die SVP wählten, haben der SVP auch 2015 ihre Stimme gegeben. Das ist der höchste Wert aller Parteien. An die anderen Parteien verlor die SVP hingegen kaum Wählerinnen und Wähler. Relativ stabil war auch die Wählerschaft der CVP, der FDP und der SP. Bei der FDP und der BDP lief ein kleiner Teil der Wählerschaft zur SVP über. Bei der FDP waren alle anderen Verschiebungen marginal. Bei der BDP ging auch ein Teil an die FDP. Die CVP verlor kaum merklich Wählende über die normalen Bewegungen hinweg an andere Parteien. Hingegen blieb nur etwa die Hälfte der Wählerschaft der GLP von 2011 auch 2015 der GLP treu. Die abwandernden Wählenden der GLP gingen sowohl nach links (SP und GPS) als auch nach rechts (vor allem zur FDP). Sehr stabil war die Wählerschaft der SP: Sie verlor einzig an die GPS einen Teil ihrer Wählerschaft von 2011. Dies ist jedoch Teil des normalen Austauschprozesses innerhalb der Linken, der bei allen Wahlen zu beobachten ist: Unter den GPS von 2011 wählte ebenfalls ein substantieller Teil der Wählerschaft 2015 SP.

Unterschiede gibt es auch bei jenen, die 2011 nicht teilgenommen haben, weil sie entweder nicht wählen gingen oder noch nicht wahlberechtigt waren. Diese Gruppen machen zusammen 20% der Wählerschaft von 2015 aus.

Überdurchschnittlich schnitt die SVP bei jenen ab, die 2011 nicht gewählt hatten. Dort erreichte die SVP einen Wähleranteil von 38%. Die anderen Parteien liegen in etwa proportional zu ihren Wähleranteilen darunter. Bei den Neuwählenden, also bei jenen, die 2011 nicht stimmberechtigt waren, ist die Verteilung hingegen vergleichbar mit dem Stimmenanteil der Parteien insgesamt.

Grafik 10 Wahlentscheid 2015 nach Verhalten 2011 in % (nur Befragte, die 2015 gewählt haben).



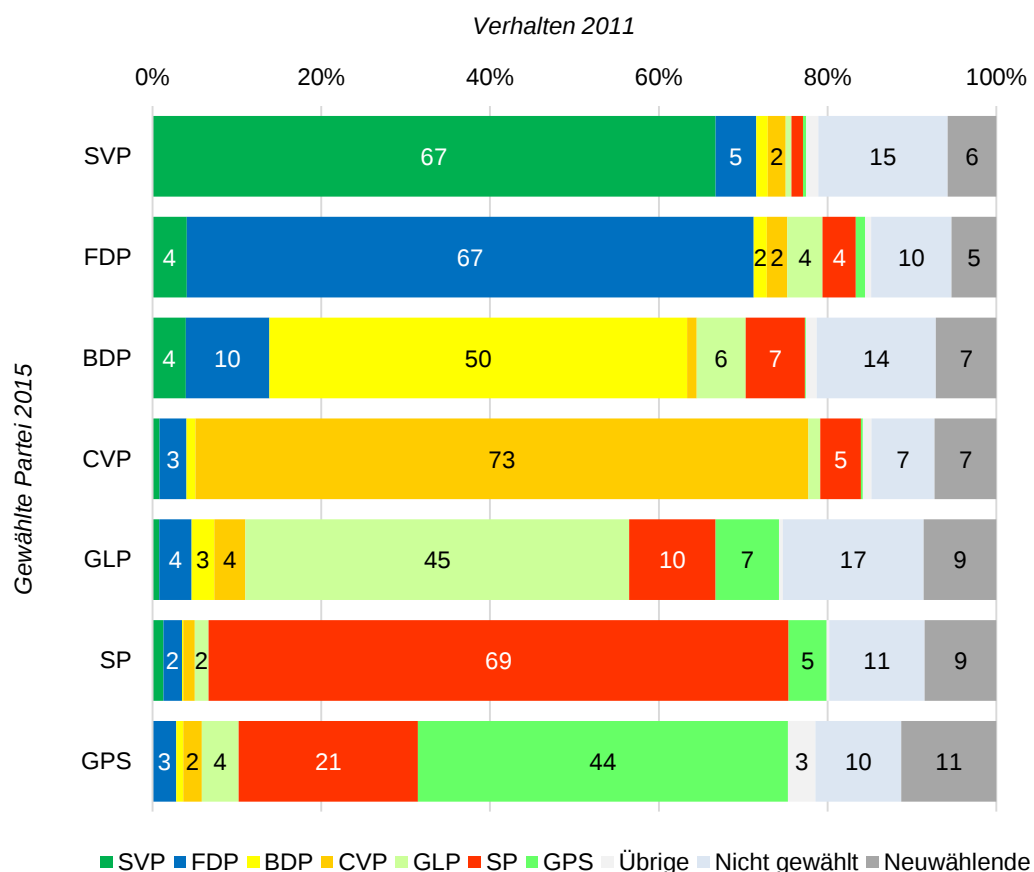
Lesebeispiel: Von jenen, die 2011 SVP gewählt haben und die 2015 wieder an den Wahlen teilnahmen, haben 93% SVP gewählt. Von jenen, die 2011 FDP gewählt haben, haben 77% erneut der FDP ihre Stimme gegeben, 10% haben hingegen SVP gewählt. (N SVP: 523; FDP: 358; BDP: 78; CVP: 257; GLP: 106; SP: 436; GPS: 119; 2011 nicht gewählt: 167; Neuwählende (2011 nicht berechtigt): 178).

Im nächsten Schritt wird nun die Betrachtungsweise umgekehrt. Die folgende Grafik 11 zeigt, wo die Stimmen der Parteien herkommen, wobei immer alle Stimmen, die eine Partei 2015 erhalten hat, 100% betragen.

Für alle Parteien ist der grösste Pool die Wählerschaft der eigenen Partei von 2011 und für alle Parteien ist die Mobilisierung von Wählenden wichtig, die 2011 noch nicht gewählt haben. Betrachtet man die einzelnen Parteien, so zeigt sich, dass für die SVP neben den eigenen Wählenden sowie einem überdurchschnittlichen Anteil Nicht-Wählender vor allem FDP-Wählende massgebend sind. Wählende anderer Parteien sind hingegen für die SVP insgesamt wenig relevant. Die FDP konnte Wählende von SVP, GLP und SP dazugewinnen; die anderen Parteien sind wenig massgeblich. Bei der BDP zeigt sich, dass ihre Wählerschaft noch wenig gefestigt ist. Nur die Hälfte dieser Wählerschaft hatte bereits 2011 BDP gewählt; die BDP konnte eher überdurchschnittlich bei ehemaligen Nicht-Wählenden mobilisieren und sie gewann auch von der FDP, der GLP und der SP dazu. Die CVP hatte 2015 die stabilste Wählerschaft, was auch bedeutet, dass sie wenig bei anderen Parteien mobilisieren konnte. Ähnlich wie die BDP ist die GLP wenig gefestigt.

Bei der SP sind es neben der eigenen Wählerschaft noch die GPS-Wählenden, die für das stabile Resultat massgebend waren. Bei der GPS ist umgekehrt der Anteil SP-Wählender sehr substantiell. Das war bereits in vorhergehenden Wahlen der Fall. Ohne diese Abwerbung von SP-Wählenden wäre der Rückgang der GPS wesentlich grösser gewesen.

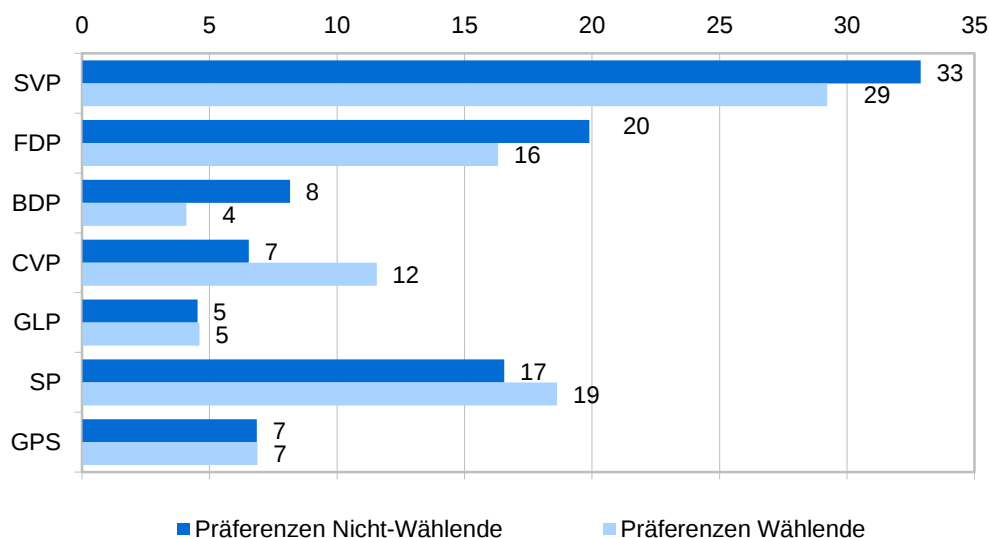
Grafik 11 Mobilisierungsprozesse: Entscheid 2015 nach Verhalten 2011 (in %).



Lesebeispiel: Von jenen, die 2015 SVP gewählt haben, haben 67% bereits 2011 SVP gewählt, 5% FDP, 15% haben 2011 nicht gewählt, 6% sind Neuwählende. (N SVP: 726; FDP: 409; BDP: 100; CVP: 287; GLP: 116; SP: 465; GPS: 170).

Eine Frage, die sich durch die niedrige Wahlbeteiligung in der Schweiz immer wieder stellt, lautet: Begünstigt die niedrige Stimmbeteiligung bestimmte Parteien? Im Rahmen von Selects erheben wir jeweils, welche Partei die Nicht-Wählenden theoretisch wählen würden. Von den Nicht-Wählenden nannten etwa $\frac{3}{4}$ eine Partei. Hierbei wird deutlich, dass sich die Nicht-Wählenden 2015 nicht fundamental von den Wählenden unterschieden (siehe Grafik 12) und eher geringe Differenzen feststellbar sind. Nicht-Wählende neigen leicht häufiger der SVP, FDP und BDP zu, dafür weniger der CVP. Bei der SP sind die Differenzen nicht signifikant.

Grafik 12 Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2015 im Vergleich (in %).



Lesebeispiel: 33% der Nicht-Wählenden hätten sich 2015 für die SVP, 20% für die FDP entschieden, wären sie denn an die Urne gegangen. Real haben 29% SVP und 16% FDP gewählt (N Wählende = 3750, Nicht-Wählende = 1070). Die Angaben der Nicht-Wählenden sind nicht gewichtet.

Als Fazit zu den Wählerwanderungen für die einzelnen Parteien lässt sich damit folgendes festhalten:

- Die grösseren Wählerverschiebungen finden grundsätzlich innerhalb der Blöcke statt. Der Austausch zwischen den beiden grossen Blöcken Links sowie Mitte-Rechts ist bescheiden. Einzig der GLP kam 2015 eine Scharnierfunktion zu.
- Der Zuwachs der SVP basiert im Wesentlichen darauf, dass die Partei eine äusserst stabile Wählerschaft hat und bei Nicht-Wählern punkten konnte, d.h. die Partei hatte erhebliche Mobilisierungsgewinne. Substantiellen Zuwachs gab es nur von ehemaligen FDP-Wählenden. Die Attraktivität von Wechselwählenden anderer Parteien war hingegen sehr gering.
- Für die FDP war ausschlaggebend, dass sie für Wählende verschiedener Parteien attraktiv war; Mobilisierung war hingegen weniger wichtig.
- BDP und GLP weisen eine wenig gefestigte Wählerbasis auf, wie es bei relativ neuen Parteien auch zu erwarten ist. Insbesondere bei der GLP gab es erhebliche Abwanderungen zu anderen Parteien; sie konnte aber auch vom Wählerzuwachs von anderen Parteien profitieren.
- Bei der CVP bestätigte sich das Bild einer verhältnismässig stabilen Stammwählerschaft. Die Partei konnte nur sehr unterdurchschnittlich Nicht-, Neu- oder Wechselwählende dazugewinnen.

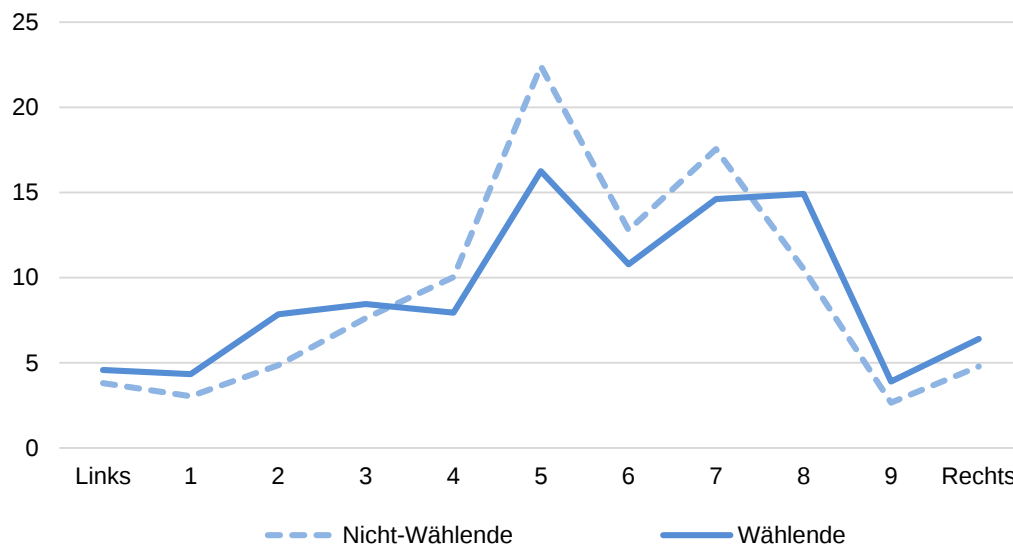
- Erhebliche Fluktuation gab es zwischen GPS und SP. Insbesondere für die GPS war es – wie auch bei früheren Wahlen – essentiell, SP-Wählende abzuwerben, um nicht einzubrechen, was auch gelungen ist.
- Die Wählenden sind auch für die Nicht-Wählenden repräsentativ. Hätten sich alle Stimmberechtigten beteiligt, würde dies kaum zu einer fundamentalen Änderung im Parteiensystem führen.

3.4 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid

Einer der zentralen Orientierungspunkte für Wählerinnen und Wähler ist ihre Einordnung auf der Links-Rechts-Achse. Die meisten Wahlberechtigten können sich selber auf einer solchen Achse einordnen, wiewohl ein Teil der Wahlberechtigten dazu neigt, sich in der Mitte zu positionieren, weil sie mit der Selbsteinstufung auf der Achse unsicher sind. Die Links-Rechts-Positionierung wird damit zu einem wichtigen Einstellungsmerkmal in der politischen Landschaft.

Insgesamt siedeln sich am meisten Wählenden in der Mitte an (vgl. Grafik 13). Unter den Wählenden liegt der Anteil der Mitte-Wählenden bei 16%, bei den Nicht-Wählenden bei 22%. Bei den Nicht-Wählenden ist dieser Anteil etwas höher; die Nicht-Wählenden sind damit moderater als die Wählenden. Rechts der Mitte ist bei Wählenden und Nicht-Wählenden ein grösserer Teil angesiedelt als Links der Mitte. An den Rändern ganz links oder rechts aussen positioniert sich nur ein kleiner Teil der Wählenden, d.h. der Anteil an Personen, die sich als links- oder rechtsextrem bezeichnen, ist gering.

Grafik 13 Links-Rechts Positionierung der Wählenden und Nicht-Wählenden 2015 (in %).

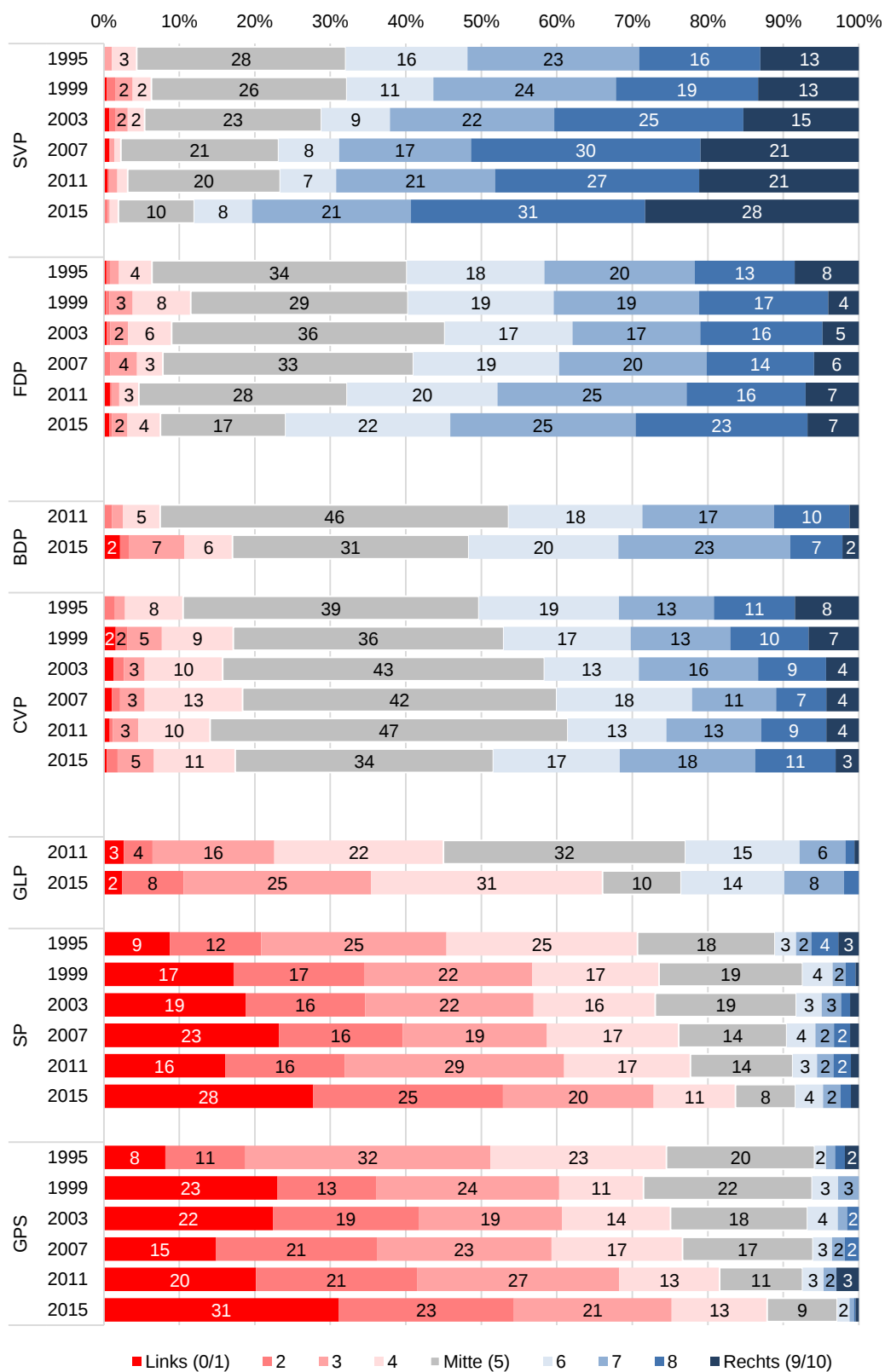


Lesebeispiel: Von den Wählenden positionieren sich rund 5% bei 0 auf einer Skala von 0-10 wobei 0 links und 10 rechts bedeutet; gut 15% positionieren sich in der Mitte. (N Wählende = 3611; Nicht-Wählende 1205).

Während der letzten 20 Jahre blieb die Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft insgesamt relativ konstant, mit einer leichten Tendenz zur Polarisierung, insbesondere innerhalb der Rechten Wählerschaft. Bei jenen, die sich rechts der Mitte positionieren, hat der Anteil jener leicht zugenommen, die sich weiter rechts und nicht moderat rechts positionieren. Auf der linken Seite ist die Stabilität in der Verteilung zwischen 1995 und 2015 grösser.

Unter der Wählerschaft sind also im genannten Zeitraum insgesamt weder ein massiver Rechtsrutsch noch eine ausgeprägte Polarisierung festzustellen, höchstens leichte Tendenzen. Das Bild verändert sich, wenn man die Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft der einzelnen Parteien betrachtet. Grafik 14 gibt wieder, wie sich die Wählenden der grossen Parteien bei den Wahlen zwischen 1995 und 2015 auf der Links-Rechts-Achse positionierten.

Grafik 14 Links-Rechts Positionierung der Wählenden grosser Parteien 1995-2015 (in %).



Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden positionieren sich 1995 13% bei 9 oder 10 auf der Links-Rechts Skala wobei 0 links und 10 rechts bedeutet; 2015 ist dieser Anteil auf 28% gestiegen.

Folgende Trends sind sichtbar:

- Auffällig ist in erster Linie, wie stark die Wählerschaft der SVP nach rechts gerückt ist bzw. zeigt sich, dass die SVP vor allem am rechten Rand Wählende hinzugewonnen hat. 1995 positionierten sich 13% der SVP-Wählenden bei 9 oder 10 auf der Links-Rechts-Achse, 2015 ist dieser Anteil auf 28% gestiegen. Ebenfalls stark gestiegen ist der Anteil jener, die sich bei 8 positionierten (von 16% auf 31%). Der Anteil der Wählenden, die sich in der Mitte einordnen, ist entsprechend sehr stark zurückgegangen.
- Bei den linken Parteien SP und GPS hingegen fand ein Linksrutsch statt. Bei beiden Parteien ist der Anteil jener, die sich zwischen 0 und 3 auf der Links-Rechts-Skala positionierten, zwischen 1995 und 2015 deutlich angestiegen. Insgesamt ist bei beiden Parteien die Wählerschaft klar links eingestellt und nur ein kleiner Teil positioniert sich in der Mitte. Zwischen den beiden Parteien gibt es zudem kaum Unterschiede in der Links-Rechts-Einordnung.
- Die Wählerschaft der FDP ist ebenfalls leicht nach rechts gerutscht; im Gegenzug ist der Anteil jener, die sich in der Mitte positionieren, eher zurückgegangen.
- Relativ konstant geblieben ist die Wählerschaft von CVP und BDP. Hier sind keine grossen Veränderungen feststellbar, wiewohl bei der BDP entsprechend nur zwei Wahlen gemessen wurden. Bei der CVP ist der Anteil der Mitte-Wählenden über die Zeit eher angestiegen.
- Die Wählerschaft der GLP 2015 ist derweil deutlich nach links gerutscht. Schon 2011 waren mehr GLP-Wählende mehrheitlich links statt rechts, 2015 hat dieser Anteil nochmals deutlich zugenommen. Der Anteil der GLP-Wählenden, die sich links der Mitte verorten, beträgt 2015 insgesamt 66%; nur 24% verorten sich demgegenüber rechts der Mitte. Der Unterschied zu SP und GPS besteht vor allen noch darin, dass der Anteil jener, die sich weit links sehen (0-1 auf der 11-er Skala), bei der GLP sehr viel geringer ist als bei SP und GPS.

Wenden wir uns nun dem Parteientscheid in Abhängigkeit von der Links-Rechts Platzierung zu. Die Grafiken 15 und 16 zeigen für die Jahre 1995 und 2015, welche Parteien die Wählerinnen und Wähler gewählt haben – je nachdem, wie sie sich selbst auf der Links-Rechts-Achse platziert haben. Die beiden Grafiken zeigen deutlich, wie sich die Parteienlandschaft der Schweiz in den letzten 20 Jahren gewandelt hat.

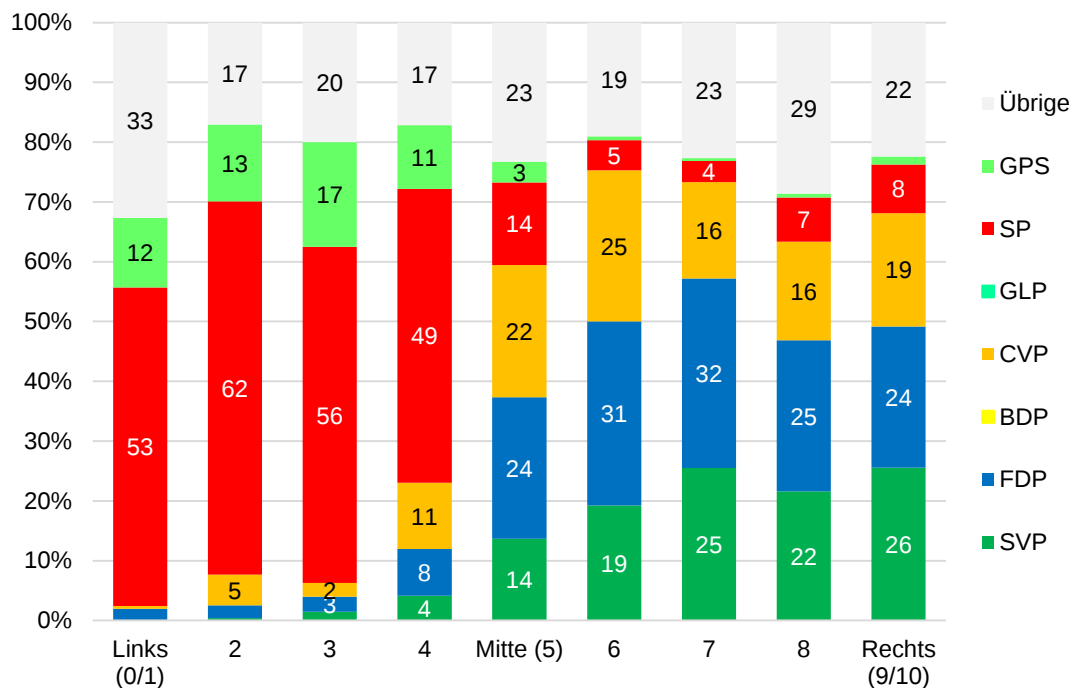
1995 gab es im bürgerlichen Lager eine Dreiteilung: SVP, FDP und CVP bewegten sich im gleichen Segment in der Mitte und rechts der Mitte. Alle bürgerlichen Parteien haben einen eher konservativen und einen liberalen Flügel. Der SVP-Wähleranteil beginnt bereits, zur Mitte hin etwas zu erodieren; dort sind FDP und CVP stärker. Auf der linken Seite dominiert die SP klar gegenüber der GPS. Deutlich sichtbar ist auch die Zersplitterung im rechten und linken Lager. Kleinparteien verfügten 1995 rechts und links über substantielle Wähleranteile.

2015, also 20 Jahre später, hat sich das Bild stark gewandelt: Die SVP dominiert sehr deutlich den rechten Rand des politischen Spektrums. Die CVP ist am rechten Rand von der SVP marginalisiert worden und auch Kleinparteien haben nur einen marginalen Wähleranteil innerhalb der rechten Wählerschaft. Die SVP hat also den rechten Kleinparteien, die es 1995 noch gab, erfolgreich das Wasser abgegraben und – nicht überraschend – sind rechte Kleinparteien inzwischen marginalisiert. Besser halten konnten sich ganz rechts die FDP. Diese und die CVP behaupteten sich auch leicht rechts der Mitte und bei den Wählenden, die sich in der Mitte positionierten.

Deutlich ist die Verschiebung innerhalb des linken Lagers zwischen SP und GPS. Der Anteil der kleineren linken Parteien ist klar zurückgegangen und die GPS hat links aussen stark zulegen können. Insgesamt hat die Linke dafür bei den moderaten linken Wählenden verloren, also bei Personen, die sich leicht links der Mitte verorten. Dies hat in erster Linie damit zu tun, dass sich viele Wählende der GLP dort ansiedeln.

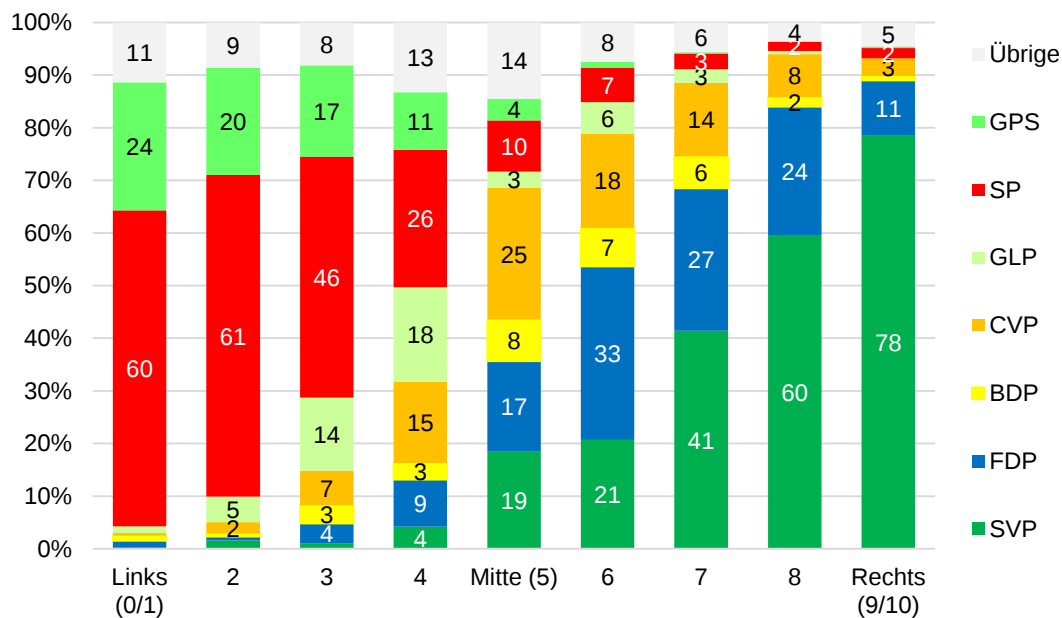
Die beiden neuen Parteien BDP und GLP haben ihre Wähleranteile klar in der Mitte, die GLP mit Ausstrahlung nach links, die BDP nach rechts.

Grafik 15 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995 (in %).



Lesebeispiel: Von jenen, die 1995 Angaben ganz links zu stehen, haben 53% SP gewählt, 12% GPS und 33% eine andere Partei (N = 2992).

Grafik 16 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2015 (in %).



Lesebeispiel: Von jenen, die 2015 Angaben ganz links zu stehen, haben 60% SP gewählt, 24% GPS und 11% eine andere Partei (N = 3009).

3.5 Problembewusstsein, Themen und Wahlentscheid

Welche Themen und Probleme die Wählerinnen und Wählern bewegen, ist für den Wahlerfolg einer Partei mindestens ebenso wichtig wie die Positionierung der Parteien zu den verschiedenen Themen. Wenn sich viele Menschen Sorgen um die Umwelt machen, ist dies für grüne Parteien am vorteilhaftesten, weil sie am ehesten als jene Parteien wahrgenommen werden, die Umweltprobleme lösen können. Wenn viele die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer oder der Asylbewerber als problematisch empfinden, nützt das am ehesten der SVP. Problembewusstsein und -wahrnehmung sind dabei allerdings nicht einfach bereits in der Bevölkerung vorhanden. Parteien haben einen wesentlichen Anteil daran, in der Bevölkerung ein Problembewusstsein zu wecken und sie kämpfen vehement darum, im Wahlkampf eigene Themen zu setzen. Dadurch ist die Problemwahrnehmung gleichzeitig sowohl ein Indikator für die Effektivität der Kampagne der Parteien als auch für die Sorgen der Bevölkerung.

Weil Themen im Wahlkampf und im Wahlentscheid so wichtig sind, nehmen sie in den Selects-Befragungen einen prominenten Platz ein und werden mit verschiedenen Fragen erforscht. Zuerst haben wir gefragt, welches Problem für die Wählerschaft am wichtigsten ist. Dies ist in Selects eine offene Frage, die wir anhand eines Codeschemas zweistufig nachkodieren. Bei den genannten Problemen erfassen wir nicht die Einstellungen dazu, sondern einzig, welche Themen den Wählenden wichtig erscheinen.

Die für 2015 seitens der Wählerschaft mit Abstand meistgenannten bzw. wichtigsten Probleme waren Migration, Asyl oder Flüchtlinge (44%). Die Themen wurden häufiger genannt als jemals zuvor in den Wahlen seit 1995 und mehr als doppelt so häufig wie 2011 (siehe Tabelle 5). Dies ist wenig überraschend, beherrschte doch die Flüchtlingskrise in Europa die Schlagzeilen während des ganzen Wahljahrs 2015.

Daneben waren die Frage der Europäischen Integration und des Verhältnisses zu Europa (13%) sowie das Politische System, Parteien und Politiker (12%) häufig genannte Themen. Wirtschaft oder Umwelt, angesichts von Fukushima und der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa wichtige Themen bei den Wahlen 2011, waren hingegen 2015 deutlich weniger präsent.

Tabelle 5 Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2015 (in %).

	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Migration/Asyl/Flüchtlinge	9	34	20	26	20	44
Europäische Integration	17	15	3	4	4	13
Politisches System, Parteien, Politiker	2	3	4	7	4	12
Sozialwerke, soziale Sicherheit	0	10	19	17	10	9
Wirtschaft	5	2	1	1	17	5
Umwelt, Energie, Klima	10	3	3	15	19	5
Arbeitsmarkt	25	13	16	6	7	3
Beziehungen zum Ausland	0	1	1	2	2	2
Gesundheitspolitik	3	6	16	3	5	1
Kriminalität, Sicherheit	1	1	2	8	3	1
Finanzen und Steuern	16	8	9	3	4	1
Andere	13	6	7	9	6	4
Total	100	100	100	100	100	100
N	3204	1364	2425	2049	2037	3581

Lesebeispiel: 1995 gaben 9% der Wählenden Migration/Asyl/Flüchtlinge als wichtigstes Problem an, 2015 waren diese 44%.

Migration wurde nicht nur insgesamt, sondern auch bei der Wählerschaft aller grossen Parteien am häufigsten genannt (siehe Tabelle 6). Dabei gab es erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der SVP nannten 2/3 der SVP-Wählenden dieses Thema als wichtigstes Problem, bei den Wählenden von BDP und CVP war es knapp die Hälfte; bei der FDP, der SP, GPS und GLP waren es 1/3 oder weniger. Bei der FDP- und BDP-Wählerschaft wurde europäische Integration überdurchschnittlich genannt, bei der GPS und der GLP Umwelt, Energie oder das Klima. Bemerkenswert ist, dass bei den SP-Wählenden Sozialwerke und soziale Sicherheit zwar überdurchschnittlich häufig genannt werden, aber insgesamt nur 13% der SP-Wählenden dies als wichtigstes Problem nannten.

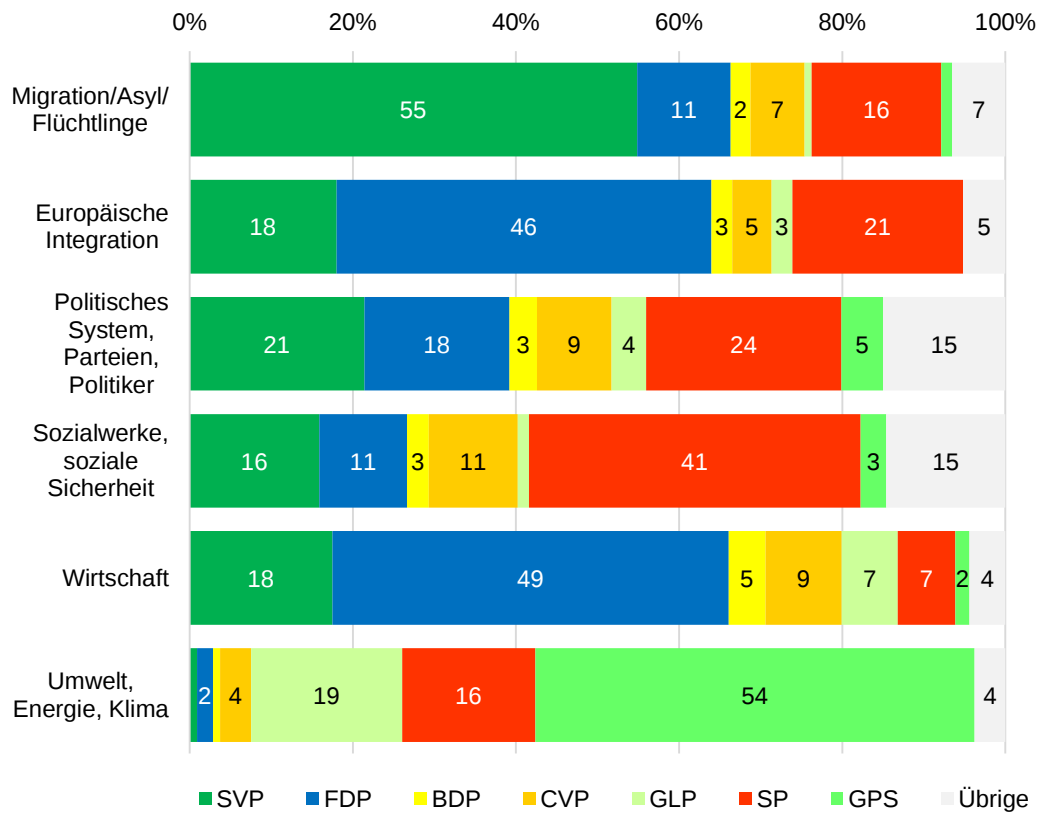
Tabelle 6 Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 2015 nach gewählter Partei (in %).

	Gewählte Partei 2015						
	SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS
Migration/Asyl/Flüchtlinge	65	36	47	45	23	33	29
Europäische Integration	8	20	21	13	16	16	6
Politisches System, Parteien, Politiker	7	13	11	9	18	14	15
Sozialwerke, soziale Sicherheit	7	5	6	8	7	13	8
Wirtschaft	3	9	4	8	8	5	3
Umwelt, Energie, Klima	1	2	5	3	16	5	27
Arbeitsmarkt	2	5	1	5	2	3	1
Beziehungen zum Ausland	3	1	1	0	1	3	2
Gesundheitspolitik	1	2	0	2	1	1	2
Andere	5	7	4	7	6	7	8
Total	100	100	100	100	100	100	100
N	1058	563	140	411	160	656	254

Lesebeispiel: 2015 gaben 65% der SVP- Wählenden Immigration/Ausländer/Asyl als wichtigstes Problem an, bei der FDP waren dies 36%.

Wir haben im Anschluss an die Frage zum wichtigsten Problem auch gefragt, welche Partei aus Sicht der Befragten am kompetentesten ist, das wichtigste Problem zu lösen. Die Parteienennung steht dabei immer in Bezug zum genannten Thema und bezieht sich immer nur auf jenen Teil der Befragten, die das Thema als wichtigstes Problem genannt hatten. Bei der Interpretation ist deshalb zu berücksichtigen, dass Themen und Parteien in vielen Fällen in einer engen Beziehung stehen. Die SVP macht mit dem Migrationsthema seit vielen Jahren Wahlkampf, darum nennen SVP-Wählende, wie oben gezeigt, dieses Problem überdurchschnittlich oft. Entsprechend ist auch der Anteil jener hoch, die angeben, die SVP sei am kompetentesten Probleme, um mit Migration/Asyl oder Flüchtlingen zu lösen.

Grafik 17 Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen nach genanntem Problem (in %).



Lesebeispiel: Von jenen, die 2015 sagten, Migration/Asyl/Flüchtlinge sei das wichtigste Themen, meinten 55%, die SVP sei am kompetentesten dieses Problem zu lösen, 11% nannten die FDP, 16% die SP (N Immigration, Ausländer, Asyl 1591; Europäische Integration 567; Politisches System, Parteien, Politiker 418; Sozialwerke, soziale Sicherheit 306; Wirtschaft 181; Umwelt, Energie, Klima 180).

Insgesamt zeigt Grafik 17, dass bestimmte Themen von den Wählenden ganz klar mit bestimmten Parteien in Verbindung gebracht werden. Wer Migration/Ausländer nennt, meint am häufigsten, die SVP (55%) sei kompetent, dieses Problem zu lösen. Wer Sozialwerke bzw. soziale Sicherheit nennt, sieht am häufigsten die SP als kompetent (41%). Jene, die Umwelt, Energie oder Klima als wichtigstes Problem erwähnen, nennen häufig die GPS (54%) oder die GLP (19%) als kompetenteste Partei. Bei Wirtschaft wird die FDP mit 49% am häufigsten genannt. Die anderen Parteien werden jeweils unterdurchschnittlich zu ihrem Wähleranteil als kompetent wahrgenommen. Bemerkenswert ist, dass die FDP bei der Beziehung zu Europa mit 46% am häufigsten genannt wurde, die SVP hingegen nur mit 18%. Bei jenen, die das politische System, Parteien oder Politiker als wichtigste Probleme sehen, gibt es hingegen keine klare Zuordnung.

Auffällig bei dieser Grafik ist auch, dass weder die CVP noch die BDP ein häufig genanntes Thema haben, mit dem sie klar identifiziert sind. Die CVP wird zwar bei allen Themen von einem kleinen Prozentsatz genannt, aber bei keinem der wichtigen Themen wird die CVP besonders häufig. Die BDP kommt bei allen wichtigen Themen nur marginal vor. Bei der GLP fällt auf, dass sie nur im Umweltbereich als kompetente Partei genannt wird, kaum aber bei andern Themen.

Im nächsten Schritt analysieren wir in Abhängigkeit davon, welche Partei jemand effektiv gewählt hat, welche Partei als am kompetentesten angesehen wird. Tabelle 7 gibt demnach wieder, welche Partei die Wählenden der SVP, FDP etc. als kompetenteste Partei sehen, um das wichtigste Problem zu lösen.

Bei der Wählerschaft der drei grössten Parteien (SVP, FDP und SP) wurde jeweils klar am häufigsten die selber gewählte Partei als kompetent für das wichtigste Problem beurteilt. Am stärksten ist die Übereinstimmung bei der SVP-Wählerschaft: 78% der SVP-Wählenden gaben an, die SVP sei die kompetenteste Partei, um ihr wichtigstes Problem zu lösen. Bei der FDP sind dies 63%, bei der SP 62%. Bei der SVP-Wählerschaft wird auch die FDP vereinzelt genannt, bei der FDP umgekehrt die SVP. Die anderen Parteien werden nur unwesentlich häufig genannt. Bei der SP-Wählerschaft sind es ebenfalls die SVP und die FDP, welche neben der eigenen Partei erwähnt werden.

Wesentlich weniger Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der eigenen Partei haben die Wählenden der anderen Parteien. Dort nennen bei allen Parteien weniger als 50% der Parteiwählenden die eigene Partei. Bei CVP und GPS beträgt der Anteil jener, die die eigene Partei als am kompetentesten ansehen, je 40% und bei der GLP 34%; bei der BDP ist der Anteil am tiefsten. Nur knapp über 30% der BDP-Wählenden nennen die BDP bei der Frage, welche Partei am kompetentesten sei, das aus der Sicht der BDP-Wählenden wichtigste Problem zu lösen.

Bei der BDP- und der CVP-Wählerschaft werden häufig die SVP, die FDP und auch die SP genannt. Bei den GLP-Wählenden sind es FDP und SP und bei der GPS-Wählerschaft vor allem die SP, welche neben der eigenen Partei noch als kompetente Partei genannt wird, um das wichtigste Problem zu lösen.

Bei der SVP ist zudem auffällig, dass nur 7% der Befragten sagten, sie wüssten nicht, welche Partei am kompetentesten sei. Dieser Anteil ist bei allen anderen Parteien deutlich höher. Bei GLP und BDP sind es fast 20% der Wählenden, die sagten, sie wüssten nicht, welche Partei am kompetentesten sei, ihr wichtigstes Problem zu lösen.

Tabelle 7 Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen 2015 nach gewählter Partei (in %) für alle genannten Probleme.

Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen												
		SVP	FDP	BDP	CVP	GLP	SP	GPS	Übrige/ andere Antwort	Weiss nicht	Total	N
Partei gewählt	SVP	78	6	1	1	0	1	0	5	7	100	1058
	FDP	11	63	0	2	1	3	1	5	15	100	567
	BDP	18	14	31	3	3	8	0	3	19	100	142
	CVP	15	13	2	40	0	7	1	6	18	100	413
	GLP	6	14	4	3	34	12	4	5	19	100	161
	SP	5	7	1	3	1	62	3	5	13	100	656
	GPS	2	1	0	3	3	31	40	6	12	100	254

Lesebeispiel: Unter den SVP-Wählenden sagten 78%, die SVP sei die kompetenteste Partei, das aus ihrer Sicht wichtigste Problem zu lösen, 6% meinten dies sei die FDP. Bei der FDP-Wählerschaft gaben 11% die SVP sei am kompetentesten das wichtigste Problem zu lösen, 63% meinten dies sei die FDP.

Zusätzlich zur Frage nach dem wichtigsten Problem haben wir zu fünf Politikbereichen erfragt, welche Partei sich aus Sicht aller Wählerinnen und Wähler am meisten um das *Thema kümmert*, und im Anschluss daran, welche Partei in diesem Bereich *am kompetentesten* ist. Die erfragten Themenbereiche waren Migrationspolitik, Europapolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, und Wirtschaftspolitik. Diese fünf Themenbereiche waren bei den Wahlen 2015 die wichtigsten Themen aus Sicht der Befragten. Der Unterschied zur Darstellung in Grafik 17 ist neben der Trennung von Themenidentifikation und Themenkompetenz, dass wir jeweils alle Wählenden dazu befragt haben, welche Partei sich am stärksten um ein Thema kümmert bzw. welche am kompetentesten ist – nicht nur jene, die ein Problem als wichtig genannt haben. Diese Erhebungen waren nicht Teil der Nachbefragung, sondern wurden in die Befragung aufgenommen, die vor den Wahlen durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse sind in Grafik 18 dargestellt. Wie in vorhergehenden Untersuchungen, zeigt sich auch hier, dass die Wählenden die Parteien sehr ausgeprägt mit bestimmten Themenbereichen identifizieren und sagen, dass eine Partei sich am stärksten um ein Thema *kümmere*. Allerdings gibt es bei verschiedenen Themen dann eine klare Differenzierung dazu, welche Partei in einem Themenbereich als *kompetent* wahrgenommen wird. Zudem ist ersichtlich, dass der Anteil jener, die „Weiss nicht“ sagen, mit 19%-28% sehr viel grösser bei den Fragen nach der kompetentesten Partei ist als bei der Frage, welche Partei sich um ein Thema kümmere.

Die SVP wird als jene Partei wahrgenommen, die sich am stärksten um Migrationspolitik kümmert. 64% der Wählenden gaben an, die SVP kümmere sich am stärksten um Migrationspolitik, 18% nannten die SP, 9% gaben „weiss nicht“ an. Die anderen Parteien sind hier kaum vertreten.

Bei der Frage nach der Kompetenz ist die SVP noch immer die am häufigsten genannte Partei, allerdings gaben nur noch 29% die SVP an. Häufiger genannt wurden dafür die SP, die CVP, die FDP; daneben gaben 23% der Befragten „weiss nicht“ an.

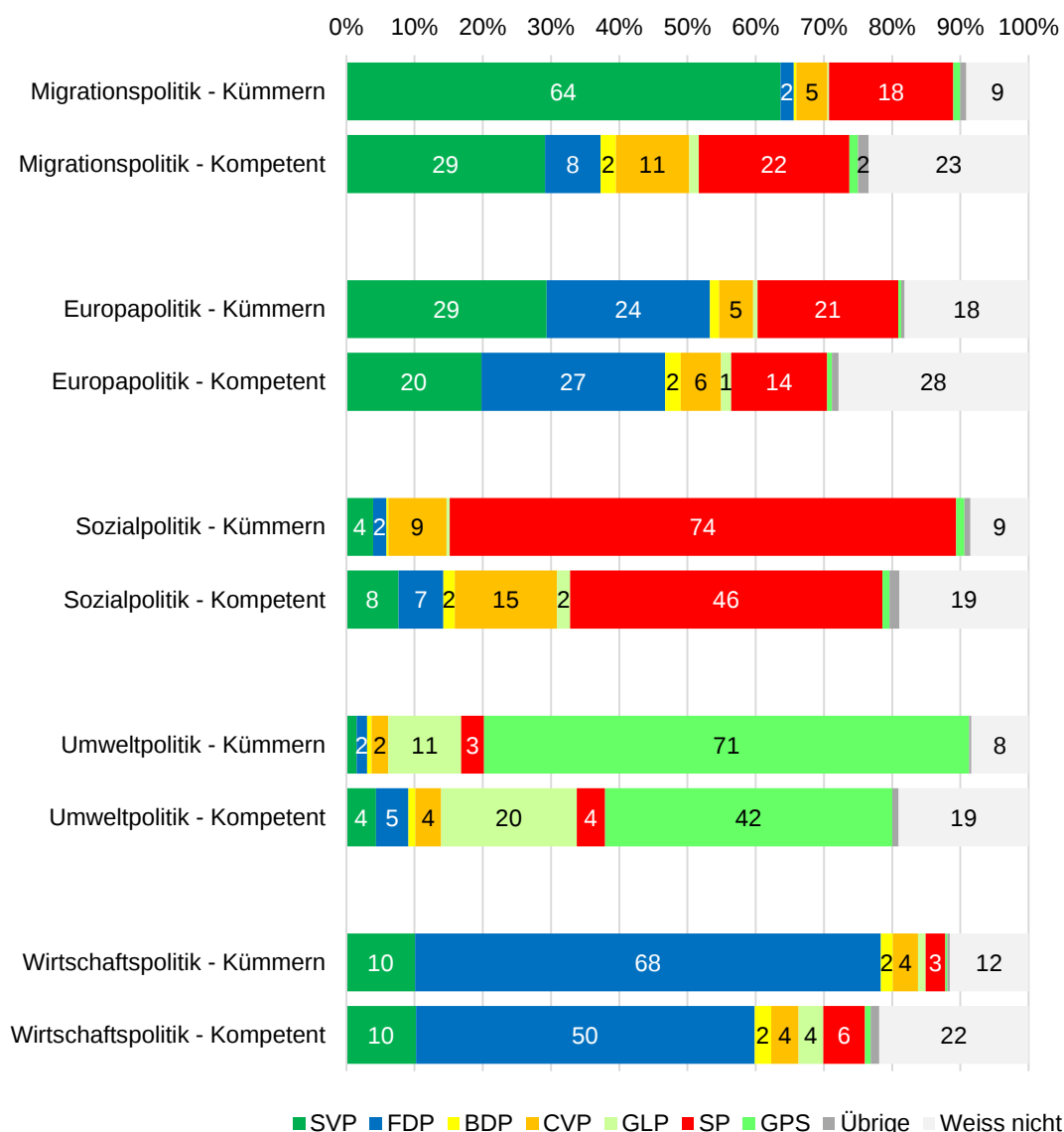
Etwas weniger ausgeprägt sind die Unterschiede bei der Europapolitik. Hier gaben die Befragten immer noch am häufigsten an, die SVP kümmere sich am meisten darum (29%), aber auch FDP (24%) und SP (21%) werden häufig genannt. Die FDP wird zudem überdurchschnittlich stark als Partei wahrgenommen, welche kompetent in der Europapolitik ist (27%); dagegen gaben nur 20% der Befragten an, die SVP sei die kompetenteste Partei in diesem Bereich. Auffällig ist zudem, dass nahezu ein Drittel der Befragten hier „weiss nicht“ angekreuzt hatte.

Sozialpolitik ist klar die Domäne der SP: Nahezu drei Viertel der Befragten sind der Meinung, die SP kümmere sich am meisten um Sozialpolitik. Von den anderen Parteien wird am zweithäufigsten die CVP genannt, die anderen Parteien werden kaum genannt. In der Sozialpolitik wird gleichfalls mit Abstand am häufigsten die SP als jene Partei genannt, die die besten Lösungen zu bieten hat.

Sehr deutlich ist, dass Umwelt- und Energiepolitik Kernkompetenzen der GPS und der GLP sind. Die GPS wird ebenso deutlich als Partei identifiziert, die sich um die Umweltpolitik kümmert wie die SP als Gruppierung, die sich um Sozialpolitik kümmert, gefolgt von der GLP. Bei möglichen Lösungen wird die GPS ebenso am häufigsten genannt, die GLP holt aber deutlich auf. Bemerkenswert ist auch hier, dass die SP selten bei der Umweltpolitik als jene Partei genannt wird, die sich darum am stärksten kümmert – und auch selten bei der Frage, welche Partei kompetent in der Umweltpolitik sei.

Insgesamt zeigt sich, dass die Polparteien SVP, SP und GPS sehr klar mit jenen spezifischen Themen in Verbindung gebracht werden, mit denen sie vor allem auch Kampagne machen. Die FDP kann in der Europa- und der Wirtschaftspolitik punkten; der CVP wird in der Sozialpolitik und der GLP in der Umwelt- eine Lösungskompetenz eingeräumt, wenn auch auf tiefen Niveau. Bei keinem Thema häufig genannt wird die BDP, weder als Partei die sich um eines der Themen kümmert noch als Partei, welche zu einem der Themen Lösungen zu bieten hat.

Grafik 18 Partei, die sich um bestimmte Themen am meisten kümmert und die darin die besten Lösungen zu bieten hat 2015 (in %, nur Wählende).



Lesebeispiel: Bei der Frage, welche Partei sich am meisten um Migrationspolitik kümmert, gaben 64% SVP an und 18% SP. Bei der Frage, welche Partei am kompetenteste ist in der Migrationspolitik, nannten 29% SVP, 8% FDP, 11% CVP und 22% SP. N = 5216 – 5307.

3.6 Kandidatenwahl und Listenverbindungen

Im Wahlsystem für den Nationalrat werden nicht nur Parteien, sondern auch Personen gewählt. In allen Kantonen erhalten die Stimmberechtigten vorgedruckte Wahlzettel mit allen Listen und Kandidierenden nach Hause zugestellt, die sich zur Wahl stellen. Sie können dann eine unveränderte Liste einwerfen oder die Liste verändern und Kandidierende kumulieren, streichen bzw. Kandidierende anderer Listen panaschieren.

Diese Möglichkeit wird auch rege genutzt. Bei den letzten nationalen Wahlen nutzen jeweils 40-45% der Stimmenden einen unveränderten Wahlzettel. Die anderen rund 55-60% änderten einen vorgedruckten Wahlzettel ab oder verwendeten einen leeren Wahlzettel. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Kantonen und auch den Listen, wie häufig Wahlzettel verändert werden.

Für die einzelnen Kandidierenden sind jene Wählenden relevant, die ihre Wahlzettel verändern. Um gewählt zu werden, müssen Kandidierende auf einer Liste stehen, die auch einen oder mehrere Sitze gewinnt. Angesichts der grossen Konkurrenz – 2015 gab es über 3'800 Kandidierende für 200 Sitze im Nationalrat – ist es jedoch für einzelne Kandidierende viel relevanter, dass sie häufiger panschiert und kumuliert und wenig gestrichen werden als ihre Mitkonkurrenten auf der gleichen Liste.

Analysen dazu lassen sich einfacher mit den Daten des Bundesamtes für Statistik vornehmen. Im Rahmen von Selects haben wir jedoch untersucht, inwiefern die Wählenden die Liste verändert haben und ob sie mehr Frauen oder mehr Männer auf ihre Liste gesetzt haben. Diese Frage ist immer wieder in Zusammenhang mit der Frage nach der Ursache der Untervertretung von Frauen im Parlament relevant. Obwohl es unter den Stimmberechtigten über 50% Frauen gibt und Frauen gegen 49% der Stimmenden ausmachen, ist der Frauenanteil unter den Kandidierenden (34,5%) und den Gewählten (32%) deutlich geringer.

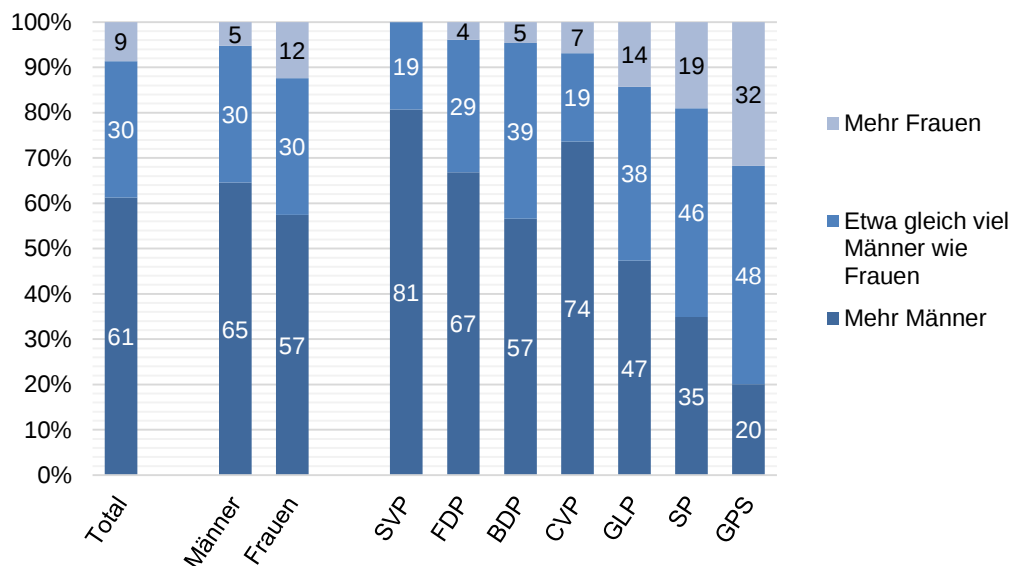
Konkret haben wir jene, die sagten, den Wahlzettel verändert zu haben – 2015 waren das in unserer Befragung gegen 60% - gefragt, ob nach der Veränderung der Liste mehr Männer, mehr Frauen oder in etwa so viele Männer wie Frauen auf der Liste gestanden hätten.

Grafik 19 gibt diesen Anteil wieder. Insgesamt gaben 60% der Befragten an, dass nach dem Ausfüllen des Wahlzettels mehr Männer als Frauen auf dem Wahlzettel gestanden hätten und nur 9% meinten, es seien mehr Frauen als Männer gewesen. Dies hiess nicht, dass Frauen systematisch von den Wählenden diskriminiert werden. Insbesondere bei bürgerlichen Parteien ist es vor allem Ausdruck davon, dass von Anfang an auf den meisten Listen mehr Männer vertreten waren und dies durch die Wählenden nicht sehr häufig korrigiert wurde. Es zeigt jedoch, dass es nur wenige Wähler gibt, die den Frauen gegenüber den Männern systematisch den Vorzug geben.

Unterscheidet man dies nach dem Geschlecht der Wählenden, so treten Unterschiede zutage. Bei den Frauen liegt der Anteil jener bei 12%, die sagen, es seien mehr Frauen auf der Liste gewesen, bei den Männern sind dies 5%. Allerdings sagen sowohl Frauen als auch Männer viel häufiger, dass am Ende mehr Männer als Frauen auf der Liste gestanden hätten.

Grösser sind die Unterschiede nach Parteien. Bei der SVP sagte niemand, dass nach Ausfüllen des Wahlzettels mehr Frauen auf der Liste standen als Männer. Dies hat im Wesentlichen damit zu tun, dass der Frauenanteil unter den Kandidierenden bei der SVP am geringsten war. Gering ist der Anteil von Listen mit Frauenmehrheit auch bei FDP, BDP und CVP. Bei der GLP gaben 14% an, es hätten am Ende mehr Frauen auf der Liste gestanden, bei der SP 19% und bei der GPS 32%. Entsprechend sinkt bei diesen Parteien auch der Anteil jener, die sagten, es hätten mehr Männer als Frauen auf der Liste gestanden, auf 47% bei der GLP, 35% bei der SP und 20% bei der GPS. Die GPS bleibt jedoch die einzige Partei, bei der die Wählenden häufiger sagten, es hätten mehr Frauen als Männer auf der Liste gestanden.

**Grafik 19 Männer/Frauen auf den Listen von jenen, die die Liste verändert haben in %
(Nur Wählende)**



Lesebeispiel. Insgesamt sagten 61% der Befragten, nachdem sie die Wahlliste verändert hatten, seien mehr Männer als Frauen auf der Liste gestanden, 30% sagten, das seien etwa gleich viele Männer wie Frauen gewesen, 9% sagten es seien mehr Frauen als Männer auf der Liste gestanden. (N Total 1794; Männer 950; Frauen 844; SVP 524; FDP 299; BDP 76; CVP 245; GLP 74; SP 317; GPS 112).

Eine zweite Besonderheit der Wahlen in der Schweiz ist die Möglichkeit der Parteien, Listenverbindungen einzugehen. Diese sind ein wichtiges Instrument für die Parteien, ihre Aussicht auf Sitzgewinne bei den Wahlen möglichst zu optimieren. Alle Parteien rechnen und verhandeln vor den Wahlen, um in einer möglichst vorteilhaften Ausgangslage zu sein. Listenverbindungen ermöglichen es den Parteien zudem auch, mehrere Listen aufzustellen, etwa mit Regionallisten oder Jungparteien, ohne dass sich diese gegenseitig konkurrenzieren. Listenverbindungen sind darum auch der wichtigste Grund dafür, dass es in der Schweiz so viele Listen und damit auch Kandidierende bei den Nationalratswahlen gibt.

Listenverbindungen sind hingegen immer wieder umstritten, da es nicht nur um rein mathematische und strategische Optimierungen geht. Da mit Listenverbindungen auch das Risiko besteht, dass die Wählenden der eigenen Partei einer anderen Partei zu einem Sitz verhelfen, gibt es zu Listenverbindungen regelmässig politische Auseinandersetzungen. So ist es politisch kaum denkbar, dass z.B. eine sehr rechte Partei mit einer sehr linken Partei Listenverbindungen eingeht und dies findet in der Realität auch nicht statt. Listen werden fast immer innerhalb politischer Blöcke geschlossen, kaum aber zwischen diesen.

Unklar ist bei den Wahlen, wie stark den Wählenden bewusst ist, was Listenverbindungen sind und wie sie wirken. Dies ist eine relevante Fragestellung, da etwa von Wahlbeobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Vergangenheit gefordert wurde, die Listenverbindungen sollten besser gekennzeichnet werden, damit den Wählenden die Konsequenzen bewusst seien. Wie stark Listenverbindungen wahrgenommen werden, ist auch für die Parteien wichtig, weil dies für sie den Spielraum erweitert bzw. einengt, politische heikle Listenverbindungen einzugehen.

Um dies zu untersuchen, haben wir bei den Wahlen 2015 erstmal verschiedene Fragen zu Listenverbindungen gestellt. Insgesamt gaben 77% der Befragten an, bereits von Listenverbindungen gehört zu haben. Dies ist ein überraschend hoher Wert. Wer von Listenverbindungen gehört hatte, wurde danach gefragt, ob er oder sie sagen könne, mit welchen anderen Parteien die von ihm/ihr gewählte Partei Listenverbindungen eingegangen sei. Hier zeigte sich, dass das Wissen darüber, welche Listenverbindungen die von ihnen gewählte Partei eingegangen sei, eher marginal war. Tabelle 8 gibt für die Wählerschaft aller

grossen Parteien jeweils an, ob Listenverbindungen genannt wurden. Da die Listenverbindungen von Kanton zu Kanton variieren, wurde für jeden Kanton einzeln analysiert, ob eine Listenverbindung existierte und es wurde untersucht, ob sie genannt wurde. Dabei gab es zwei Möglichkeiten von richtigen bzw. falschen Nennungen:

- Es gab eine Listenverbindung und sie wurde genannt bzw. nicht genannt;
- Es gab keine Listenverbindung, es wurde aber eine genannt bzw. nicht genannt.

Der erste Teil in Tabelle 8 gibt wieder, wie viele der Befragten der Parteien bei jenen Parteien und Kantonen jeweils die Listenverbindung nannten, in denen Listenverbindungen existierten. Da nur jene gefragt wurden, die auch Listenverbindungen genannt hatten und teilweise nur in wenigen Kantonen Listenverbindungen existierten, sind die Fallzahlen in einigen Fällen recht klein bzw. sind die Aussagen höchstens als Tendenzen zu verstehen. Waren weniger als 40 Befragte in einer Gruppe, wurden die Werte nicht ausgewiesen.

38% der SVP-Wählerschaft nannten eine Listenverbindung mit der FDP in den drei Kantonen, in denen effektiv eine Listenverbindung existierte. Im Kanton Aargau hingegen wurde die Listenverbindung mit der CVP nur von wenigen genannt. Die FDP-Wählenden nannten häufig Listenverbindungen mit der SVP (43%), dafür deutlich weniger häufig zu den anderen Parteien, mit denen Listenverbindungen existierten. Am meisten genannt wurden Listenverbindungen mit der CVP (25%). Nur 15% der BDP-Wählenden kannten die Listenverbindungen mit der CVP, die es immerhin in 13 Kantonen gab. Auch jene mit der GLP, die es in 10 Kantonen gab, wurde kaum genannt. Das gleiche gilt für die GLP-Wählerschaft. Nur 16% der Befragten nannten die Listenverbindungen mit der BDP; nur 12% nannten jene mit der CVP. CVP-Wählende kannten häufig die Listenverbindung mit der FDP, deutlich weniger häufig aber jene mit der GLP und der BDP. Für die SP- und die GPS-Wählenden waren die Listenverbindungen mit der jeweils anderen Partei recht häufig genannt (50% bzw. 56%). Jene zwischen SP und GLP, die es immerhin in drei Kantonen gab, wurden hingegen nur von 11% der befragten SP-Wählenden genannt.

Der zweite Teil der Tabelle weist aus, wie häufig Listenverbindungen in Kantonen genannt wurden, in denen Listenverbindungen gar nicht existierten. Dabei zeigt sich, dass es diverse Fehlnennungen gab. So meinten 26% der SVP-Wählenden, ihre Partei hätte eine Listenverbindung mit der FDP, auch wenn es keine solche gab. Immerhin 9% der FDP-Wählenden nannten Listenverbindungen mit der SVP in Kantonen, in denen es keine gab. 7% der FDP-Wählenden waren der Meinung, dass es eine Listenverbindung mit der CVP in Kantonen gebe, in denen das nicht der Fall war. Häufige Fehlnennungen gab es bei GLP-Wählenden in Bezug auf Listenverbindungen mit SP und GPS. Listenverbindungen zwischen GLP und SP sowie GPS gab es nur in einzelnen Kantonen.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass Listenverbindungen von den Wählenden nicht systematisch und flächendeckend richtig genannt werden können. Am ehesten werden jene zwischen den grossen Parteien genannt, etwa zwischen den grossen bürgerlichen Parteien oder zwischen SP und GPS. Jedoch ist auch dort in einigen Fällen zu vermuten, dass bei der Nennung von Listenverbindungen eher geraten wurde statt dass sie effektiv bekannt waren. Zumindest ist die häufigere Falschnennung von Listenverbindungen zwischen den grossen Parteien, wo es gar keine gab, ein Indiz hierfür.

Ein Grund für die eher geringe Anzahl korrekter Nennungen von Listenverbindungen könnte damit zusammenhängen, dass die effektive Stimmabgabe bei vielen Stimmberechtigten zum Befragungszeitpunkt bereits einige Wochen zurücklag. Allerdings wäre es sehr optimistisch, zu vermuten, dass Listenverbindungen beim Zeitpunkt der Stimmabgabe substantiell häufiger bekannt gewesen wären.

Tabelle 8 Nennung von Listenverbindungen nach gewählter Partei und in Abhängigkeit davon, ob ein Listenverbindung existierte oder nicht (Nur Wählende)

Listenverbindung existierte. Listenverbindung mit den folgenden Parteien genannt...

	SVP			FDP			BDP			CVP			GLP			SP			GPS		
	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N
	genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt	
Partei gewählt	SVP			38	62	147				8	92	93									
	FDP	43	57	47			12	88	94	25	75	121	12	88	56						
	BDP									15	85	119	9	91	92						
	CVP				41	59	124	22	78	183			15	85	151						
	GLP						16	84	112	12	88	98									
	SP												11	89	49				50	50	506
	GPS															56	44	202			

Listenverbindung existierte nicht. Listenverbindung mit den folgenden Parteien genannt...

	SVP			FDP			BDP			CVP			GLP			SP			GPS		
	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N	genannt		N
	genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt		genannt	nicht genannt	
Partei gewählt	SVP			26	74	635	1	99	782	4	96	689	0	100	782	1	99	782	1	99	782
	FDP	9	91	417			3	97	371	7	93	344	2	98	408	2	98	465	0	100	465
	BDP	1	99	134	4	96	103						15	85	42	1	99	134	0	100	134
	CVP	1	99	302	8	92	204	5	95	146			6	94	178	4	96	329	2	98	329
	GLP	0	100	149	6	94	141	5	95	37	3	97	51			12	88	131	12	88	139
	SP	0	100	535	1	99	535	0	100	535	1	99	535	9	91	486					
	GPS	0	100	207	1	99	207	1	99	207	0	100	207	11	89	199					

Lesebeispiel. Unter den SVP-Wählenden gaben 38% der Befragten an, dass ihre Partei eine Listenverbindung mit der FDP eingegangen sei, in jenen Kantonen, in denen es eine Listenverbindung mit der FDP gab. In jenen Kantonen, in denen es keine Listenverbindung mit der SVP gab, sagten trotzdem 26% der SVP-Wählenden, dass ihr Partei eine Listenverbindung mit der FDP eingegangen wäre.

Am Ende dieses Frageblockes zu Listenverbindungen haben wir zusätzlich diverse Einstellungen zu Listenverbindungen erhoben. Gefragt wurde jeweils, wie stark die Zustimmung zu den folgenden Aussagen war:

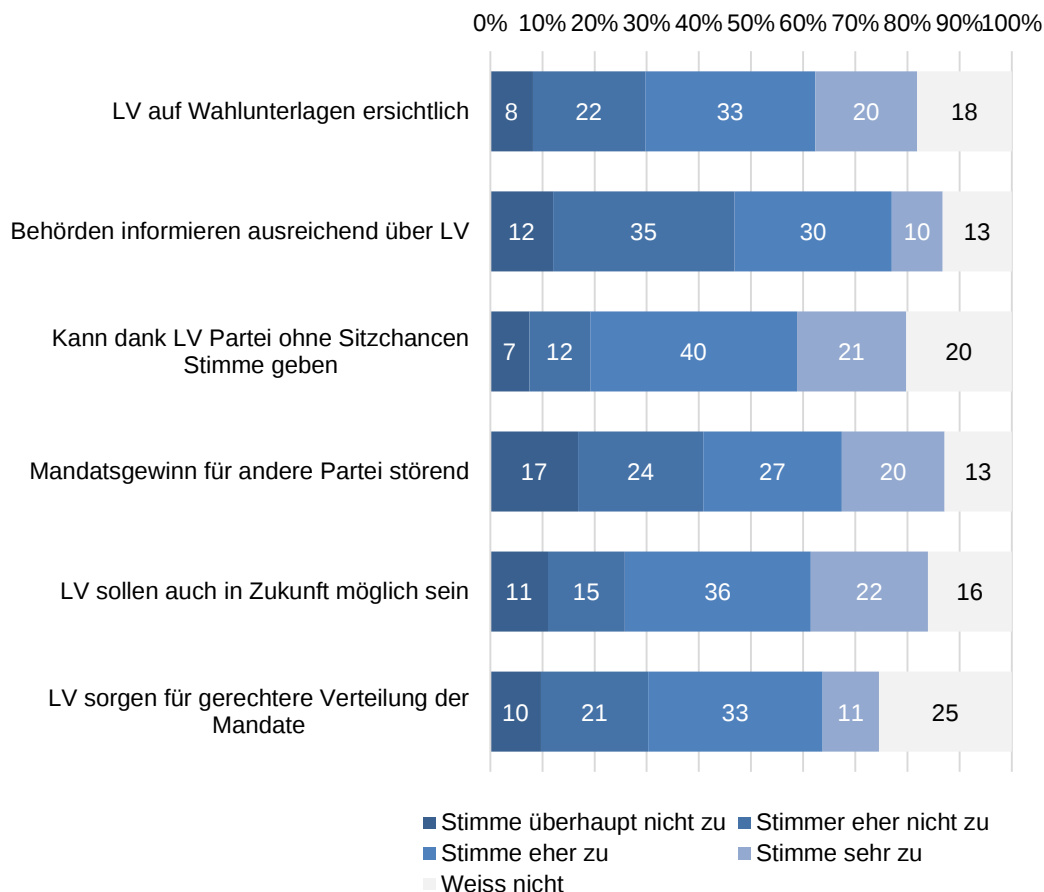
- „Auf den Wahlunterlagen war klar ersichtlich, welche Listenverbindungen zwischen den einzelnen zur Wahl stehenden Listen bestehen.“
- „Die Behörden informieren ausreichend über die Funktionsweise und Auswirkungen von Listenverbindungen.“
- „Listenverbindungen ermöglichen es mir, einer Partei eine Stimme zu geben, auch wenn diese Partei keine Aussicht auf einen Sitz hat.“
- „Es stört mich, dass wegen Listenverbindungen meine Stimme möglicherweise einer Partei, die ich gar nicht gewählt habe, zu einem Mandatsgewinn verhilft.“
- „Listenverbindungen/Unterlistenverbindungen sollen auch in Zukunft möglich sein.“
- „Listenverbindungen sorgen für eine gerechtere Verteilung der Mandate unter den Parteien.“

Grafik 20 gibt die Zustimmung dazu wieder. Es zeigt sich, dass die Befragten mehrheitlich meinten, die Listenverbindungen seien auf den Wahlunterlagen ersichtlich gewesen (53%)

stimmten sehr oder eher zu). Auch die Aussage, dass man dank Listenverbindung einer Partei ohne Sitzchancen die Stimme geben kann, fand starke Zustimmung (61% stimmten sehr oder eher zu). Ebenfalls mehrheitlich positiv wurde beurteilt, dass dank Listenverbindungen für eine gerechtere Verteilung der Mandate unter den Parteien gesorgt sei. 44% stimmten dem sehr oder eher zu, 31% stimmten dem eher nicht oder überhaupt nicht zu. Hier gab es den grössten Anteil jener, die keine Antwort gaben oder sagten, sie wüssten es nicht.

Die Mehrheit der Befragten will Listenverbindungen nicht abschaffen. 58% sagten, Listenverbindungen sollten auch in Zukunft möglich sein. Etwas kritischer beurteilt wird die Behördeninformation. Nur 40% der Befragten stimmten der Aussage zu, dass die Behörden ausreichend informierten; 47% meinten, dies sei nicht der Fall gewesen. Ebenfalls wird häufiger als störend empfunden, wenn aufgrund von Listenverbindungen einer anderen Partei als der eigentlich gewählten ein Mandatsgewinn ermöglicht wird. 47% finden dies störend, 41% stören sich nicht daran.

Grafik 20 Einstellungen zu Listenverbindungen (LV, nur Wählende)



Lesebeispiel: Der Aussage, die Listenverbindungen seien auf den Wahlunterlagen ersichtlich gewesen stimmte 8% der Wählenden überhaupt nicht zu und 22% eher nicht zu. 33% stimmten der Aussage eher, 20% sehr zu. (N = 2955).

3.7 Traditionswahl

Sozialisation in der Jugend ist auch für politische Einstellungen relevant. Übers Elternhaus werden nicht nur politisches Interesse, sondern auch grundlegende Werthaltungen weitergegeben. Im Rahmen der Selects-Nachbefragung haben wir erhoben, wie politische Sozialisation auf den Parteientscheid wirkt. Es wurde gefragt, welche Partei der Vater bzw. die Mutter gewählt hatte, als die Befragten ca. 14 Jahre alt waren.

Nicht alle konnten dazu Angaben machen. Bei der Frage nach dem Wahlentscheid des Vaters nannten 63% der Wählenden eine Partei, 5% meinten, der Vater sei damals nicht stimmberechtigt gewesen, 4% der Vater hätten nicht gewählt und 26% wussten es nicht. Bei der Frage nach dem Wahlentscheid der Mutter nannten nur 46% der Wählenden eine Partei, 15% sagten, die Mutter sei nicht stimmberechtigt gewesen, 9% gaben an, die Mutter hätte nicht gewählt und 27%, sie wüssten es nicht. Trotz diesen Unsicherheiten geben die Antworten einen Hinweis darauf, wie häufig auch der Wahlentscheid 'vererbt' wird.

Tabelle 9 gibt für die Wählenden aller grossen Parteien wieder, was ihr Vater bzw. ihre Mutter gewählt hatten. Eingeschlossen sind nur Personen, die eine Partei genannt haben. Zwischen den Parteien zeigen sich dabei erhebliche Unterschiede.

Bei den SVP-Wählenden gaben nur 39% der Befragten an, bereits ihr Vater hätte die SVP gewählt. Dieser relativ niedrige Wert ist rein numerisch zu erwarten, da die SVP in den letzten 20 Jahren ihren Wähleranteil mehr als verdoppelt hat. Demgegenüber gaben 25% an, der Vater hätte FDP bzw. 21%, der Vater hätte CVP gewählt. Nur 11% gaben an, der Vater hätte SP gewählt. SVP-Wählende kommen also zu einem grossen Teil aus bürgerlichen Haushalten, die früher FDP oder CVP gewählt hatten. Dies zeigt, dass die Gewinne der SVP in den letzten 20 Jahren in erster Linie auf Umschichtungen innerhalb des bürgerlichen Lagers zurückzuführen sind.

Bei der FDP gaben 52% an, dass ihr Vater bereits FDP gewählt hatte. 14% sagten, der Vater hätte SVP gewählt und 18% sagten, der Vater hätte CVP gewählt. Bei der BDP kommt ein grösserer Teil der Wählenden aus SVP-Haushalten. 43% der befragten BDP-Wählenden gaben an, dass ihr Vater SVP gewählt habe, die anderen nannten zu annähernd gleichen Teilen FDP, CVP und SP. Angesichts der kleinen Anzahl BDP-Wählender in der Stichprobe sind diese Angaben jedoch nur Tendenzen.

Am höchsten ist der Anteil jener, bei denen bereits der Vater die gleiche Partei gewählt hat mit Abstand bei der CVP. 73% der CVP-Wählenden gaben an, dass bereits ihr Vater CVP gewählt habe. Positiv ausgedrückt, zeigt dies, dass die CVP noch über einen hohen Anteil von stark gebundenen Traditionswählenden verfügt. Negativ ausgedrückt bedeutet es, dass die CVP wenig Ausstrahlung auf Wählende hat, die nicht aus einem CVP-Haushalt kommen.

Die GLP-Wählerschaft kommt aus Haushalten, bei denen die Väter verschiedene Parteien gewählt haben – ohne klare Schwerpunkte. Bei der Wählerschaft der SP und der GPS fällt auf, dass die Mehrheit der Befragten angab, ihr Vater hätte eine bürgerliche Partei gewählt, wobei der Anteil von Vätern, die SVP gewählt haben, kleiner ist, jener von CVP und FDP hingegen grösser. Dies kann dadurch erklärt werden, dass die SVP vor 20 Jahren noch die kleinste unter den bürgerlichen Parteien war und auch aus diesem Grund eine Nennung weniger häufig zu erwarten ist als bei CVP und FDP. Nur rund ein Drittel der Wählerschaft gab bei GPS und SP an, dass bereits der Vater die SP gewählt hätte. Während also nur ein kleiner Teil der bürgerlichen Wählenden aus linken Haushalten kommt, stammt umgekehrt ein grosser Teil der linken Wählerschaft aus bürgerlichen Haushalten.

Fragt man nach der Wahl der Mutter, so zeigt sich ein sehr ähnliches Bild wie beim Wahlentscheid des Vaters. Dies ist insofern nicht überraschend, als dass 81% der Befragten, die sowohl einen Wahlentscheid des Vaters als auch der Mutter nannten, zwei Mal die gleiche Partei nannten – über alle Parteien hinweg. Der Unterschied lag vor allem darin, dass es zum Wahlentscheid der Mutter weniger häufig eine Nennung gab.

Tabelle 9 Wahlentscheid des Vaters bzw. der Mutter als die Wählenden jeweils 14 Jahre alt waren (in%).

		Partei, die Vater gewählt hat							
		SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Übrige	Total	N
Gewählte Partei 2015	SVP	39	25	21	11	0	4	100	674
	FDP	14	52	18	11	0	5	100	419
	BDP	43	19	12	17	0	9	100	87
	CVP	5	13	73	6	0	3	100	299
	GLP	21	28	23	18	5	5	100	101
	SP	11	21	23	35	1	9	100	441
	GPS	15	26	16	32	3	8	100	172
		Partei, die Mutter gewählt hat							
		SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Übrige	Total	N
Gewählte Partei 2015	SVP	37	22	25	12	1	4	100	487
	FDP	11	43	25	18	1	3	100	298
	BDP	34	17	13	26	0	9	100	57
	CVP	2	10	70	12	0	5	100	218
	GLP	13	17	19	37	4	10	100	89
	SP	6	15	26	47	2	4	100	323
	GPS	10	20	20	36	9	4	100	133

Lesebeispiel: Von jenen, die 2015 SVP wählten, gaben 39% der Befragten an, ihr Vater hätte SVP gewählt als sie 14 Jahre alt waren, 25% sagten ihr Vater hätte FDP gewählt 21% nannten die CVP und 11% die SP.

4 Die Kampagnendynamik

Ergänzend zur Nachwahlbefragung haben wir vor der Wahl ein geeignetes Instrument eingesetzt, um die Kampagnendynamik und die kurzfristigen Änderungen im politischen Verhalten zu untersuchen: eine kombinierte Rolling Cross-Section- bzw. Panelbefragung (RCS/Panel). Insgesamt wurden in dieser Studie die gleichen Stimmberechtigten vier Mal online befragt.

Die erste Befragung mit rund 11'000 Interviews startete direkt nach den eidgenössischen Abstimmungen vom 15. Juni 2015. Die zweite Befragung begann Mitte August 2015. Danach wurden über einen Zeitraum von 61 Tagen vor der Wahl täglich, inklusive Samstag und Sonntag, im Durchschnitt rund 120 Personen befragt, womit in dieser zweiten Vorwahlbefragung insgesamt rund 7'463 Interviews durchgeführt werden konnten. All jene, die vor der Wahl befragt wurden und noch nicht gewählt hatten, wurden zudem nach der Wahl erneut zu ihrem effektiven Verhalten befragt; eine vierte Befragung fand nach den Bundesratswahlen statt. Diese Befragungen liefern zusammen mit der Nachbefragung verschiedene Hinweise über den Wahl- und Entscheidungszeitpunkt, die Veränderungen während der Endphase der Kampagne und die Bewertung von Parteien und Themen über die Zeit.

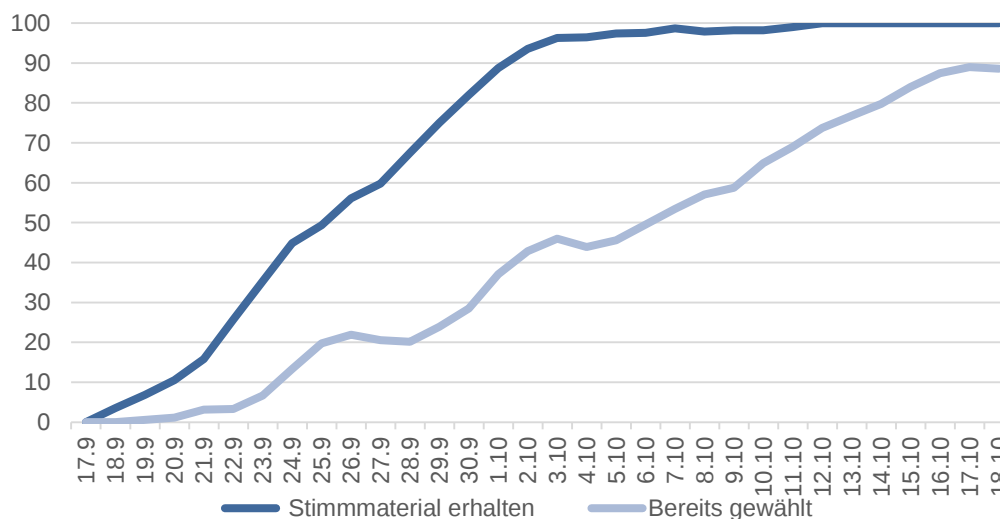
4.1 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt

Wann erhalten Personen das Wahlmaterial und wann wird effektiv gewählt? Diese Fragen sind für die Parteien und Kandidaten wichtig, um ihre Wahlkampagne planen zu können. Das Gesetz über politische Rechte in der Schweiz bestimmt, dass das Wahlmaterial spätestens zehn Tage vor der Wahl bei den Stimmberechtigten eingetroffen sein muss. Viele Kantone und Gemeinden versenden das Wahlmaterial allerdings früher.

Grafik 21 zeigt, wann die Personen das Wahlmaterial erhalten und wann sie gewählt haben. Der Anteil jener, die angaben, ihr Wahlmaterial erhalten zu haben, steigt ab Mitte der 5. Woche vor der Wahl fast linear an. Zwei Wochen vor der Wahl haben fast 100% der Stimmberechtigten ihr Wahlmaterial erhalten. Mit einer Verzögerung von einigen Tagen beginnt auch die briefliche Stimmabgabe, die dann ebenfalls nahezu linear auf ca. 90% ansteigt, den Wert der brieflichen Stimmabgabe insgesamt.

Im Ganzen verteilt sich das Eintreffen des Stimmmaterials demnach über einen Zeitraum von etwa zweieinhalb Wochen bzw. die briefliche Stimmabgabe über einen Zeitraum von etwa vier Wochen recht linear ohne spezifische Ausschläge.

Grafik 21 Anteil der Personen, die Angaben das Wahlmaterial bereits erhalten zu haben und Anteil der Personen, die bereits gewählt haben (in %).

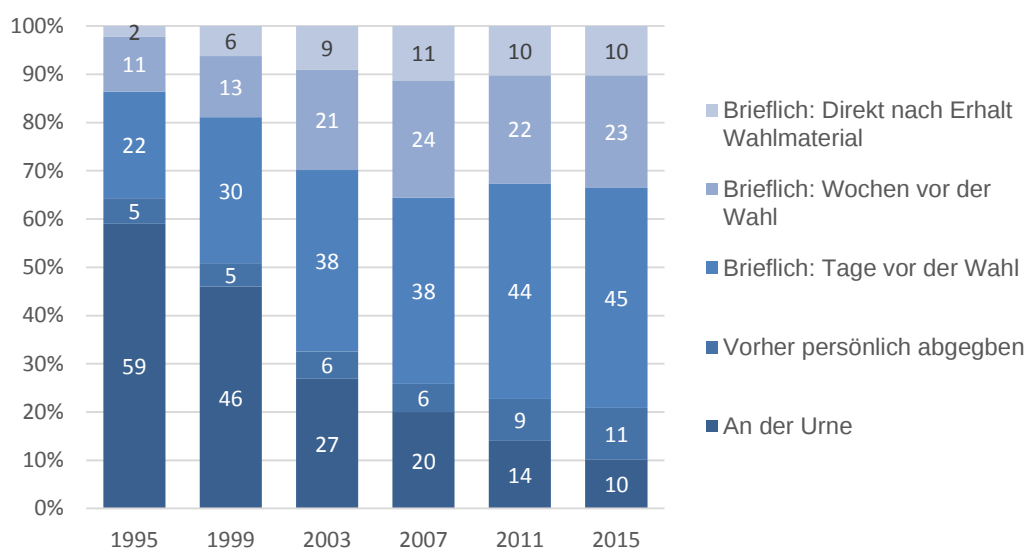


N = 2551. Gleitende Mittelwerte jeweils über 3 Tage, um Schwankungen aufgrund der kleinen Tagesstichproben auszugleichen. Beginn der Messung ab Mitte September 2015.

Wie sieht der Trend der Stimmabgabe über die Zeit aus? Dies lässt sich anhand der Rück-erinnerungsfrage über die Art der Stimmabgabe in der Nachwahlbefragung analysieren. Hier wurde jeder dazu befragt, wann und wie die eigene Stimme abgegeben wurde.

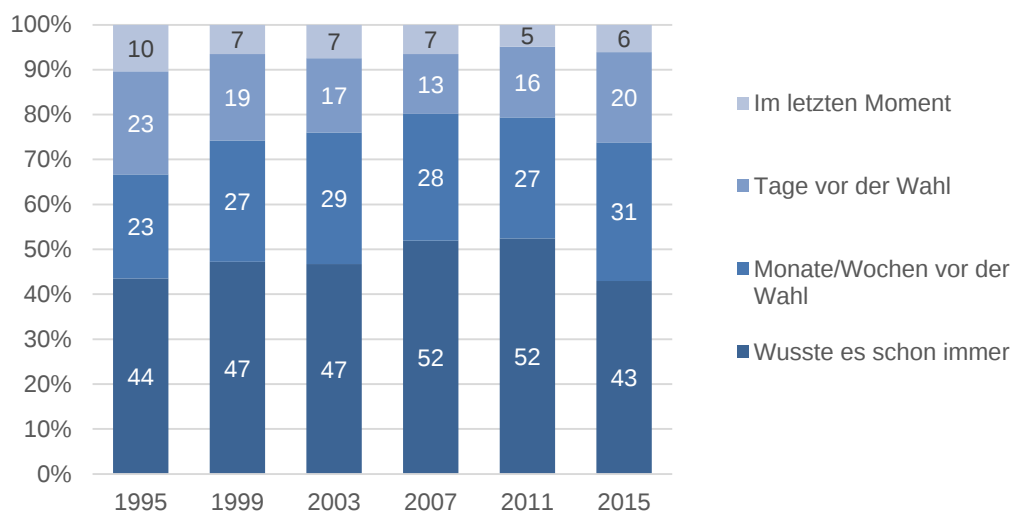
Der Trend zur brieflichen Stimmabgabe hat sich 2015 nochmals leicht verstärkt hat (siehe Grafik 22). 2015 nutzten gegen 90% der Stimmenden die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe; nur noch 10% gingen an die Urne. Der Anteil brieflich Stimmender steigt seit 1995 kontinuierlich an und ist auch gegenüber 2011 nochmals angestiegen. Von jenen die brieflich stimmen, gibt allerdings nur ein kleiner Teil die Stimme direkt nach Erhalt des Wahlmaterials ab; der grössere Teil tut dies in den Wochen vor dem Wahlwochenende. Weitere 11% nutzen die Möglichkeit, die Stimme persönlich abzugeben, wie es in vielen Gemeinden möglich ist. Vor allem in kleineren Gemeinden wird diese Form der Stimmabgabe häufig genutzt.

Grafik 22 Art der Stimmabgabe 1995-2015 (in %)..



Lesebeispiel: 1995 gaben 59% der Wählenden an, an der Urne ihre Stimme abgegeben zu haben, 5% vorher persönlich abgegeben zu haben, 2% direkt nach Erhalt des Wahlmaterials, 11% Wochen vor der Wahl, und 22% ein paar Tage vor der Wahl. N 1995=3135; 1999=1391; 2003=2723; 2007=2108, 2011=2146, 2015=3756.

Zeitpunkt und Art der Stimmabgabe bedeuten jedoch nicht, dass die Wählerinnen und Wähler erst im Moment der Stimmabgabe entscheiden. Im Gegenteil liegt der Anteil jener, die sagen, schon immer gewusst zu haben, wen sie wählen, zwischen 44%-54%. Nur ein kleiner Teil der Wählenden gibt an, sich erst im letzten Moment entschieden zu haben (siehe Grafik 23).

Grafik 23 Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2015.

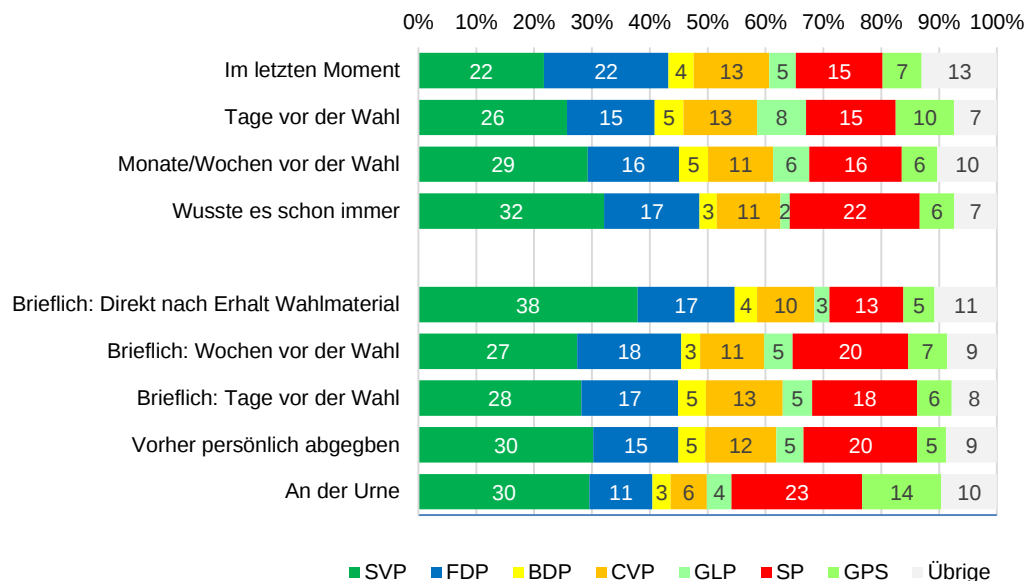
Lesebeispiel: 1995 gaben 44% an, schon immer gewusst zu haben, welche Partei sie wählen werden, 23% haben sich Wochen, 23% Tage vor der Wahl und 10% haben sich im letzten Moment entschieden. N 1995=3166; 1999=1345; 2003=2504; 2007=1996, 2011=3030; 2015=3734.

Entscheiden sich die spät Entschlossenen und die Spät-, bzw. Urnenwähler anders als die früh Entschlossenen? Grafik 24 zeigt in Abhängigkeit von der Art der Stimmabgabe und vom Entscheidungszeitpunkt, für welche Parteien sich die Befragten entschieden haben. Mit dieser Auslegung lässt sich einschätzen, ob in der Endphase bestimmte Parteien nochmals zulegen konnten bzw. verloren.

Die Unterschiede zwischen den Parteien sind insgesamt gering. Wählerinnen und Wähler, die sagten, schon immer gewusst zu haben, welche Partei sie wählen, neigen leicht überdurchschnittlich der SVP und der SP zu, weniger häufig kleineren Parteien. Bei der sehr kleinen Gruppe jener, die im letzten Moment entschieden haben, geht die Tendenz stärker zur FDP und die SVP wird weniger häufig gewählt.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn man nach Art der Stimmabgabe aufschlüsselt. Die SVP schneidet bei jenen gut ab, die sofort nach Erhalt des Stimmmaterials den Wahlzettel ausfüllten, die SP und die GPS bei jenen, die an die Urne gingen. Sie sind allerdings relative kleine Gruppen und darum nicht wahlentscheidend. Bei jenen, die dazwischen brieflich stimmten, liegen alle Parteien mehr oder weniger gleichauf.

Grafik 24 Entscheidungszeitpunkt, Art der Stimmabgabe und Parteientscheid in %.



Lesebeispiel: 2015 haben von jenen, die angeben schon immer gewusst zu haben, welcher Partei sie ihre Stimme geben, 29% SVP, 18% FDP, 4% BDP, 11% CVP, 3% GLP, 22% SP und 8% GPS gewählt. (N An der Urne 368; Vorher persönlich abgegeben 395; Brieflich: Tage vor der Wahl 1667; Brieflich: Wochen vor der Wahl 862; Brieflich: Direkt nach Erhalt Wahlmaterial 377; Wusste es schon immer 1604; Monate/Wochen vor der Wahl 1153; Tage vor der Wahl 750; Im letzten Moment 227).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass kurz vor den Wahlen 2015 keine grossen Umschichtungen stattfanden, d.h. die Wahlen wurden kaum in den letzten Tagen und Stunden gewonnen oder verloren. Die Stimmabgabe verteilt sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen und auch unter jenen, die spät wählten, wussten eine grosse Mehrheit schon vorher, wem sie ihre Stimme geben wollten. Trotzdem ist es für die Parteien entscheidend, bis zum Schluss Wahlkampf zu machen. Die Schweiz hat noch immer eine sehr stabile Parteienlandschaft; auch sehr kleine Verschiebungen haben deshalb grossen Einfluss auf die politische Dynamik nach den Wahlen.

4.2 Die kurzfristige Präferenzänderung

Die RCS/Panel-Befragung erlaubt es auch, zu untersuchen, wie stark sich Parteipräferenzen in der Endphase des Wahlkampfes ändern. Vor den Sommerferien haben wir in der RCS/Panel-Befragung alle gefragt, welche Partei sie im Herbst zu wählen gedenken. Anders als in den Vorwahlumfragen üblich, haben wir nicht gefragt, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, sondern, welche Partei die Befragten im Herbst wählen wollen. Nach den Wahlen haben wir bei den gleichen Personen in einem weiteren Interview erhoben, welche Partei sie effektiv gewählt haben. Grafik 25 gibt diese kurzfristigen Veränderungen wieder. Die Tabelle zeigt, welche Partei jene effektiv gewählten haben, die noch im Juni eine bestimmte Parteipräferenz hatten.

Der SVP gelang es am besten, ihre Wählerschaft konstant zu halten. 90% jener, die vor der Wahl eine SVP-Präferenz geäussert hatten, wählten effektiv SVP. Befragte mit SVP-Präferenz, die sich in der Endphase noch für eine andere Partei entschieden, verteilten sich auf verschiedene Parteien ohne klaren Schwerpunkt.

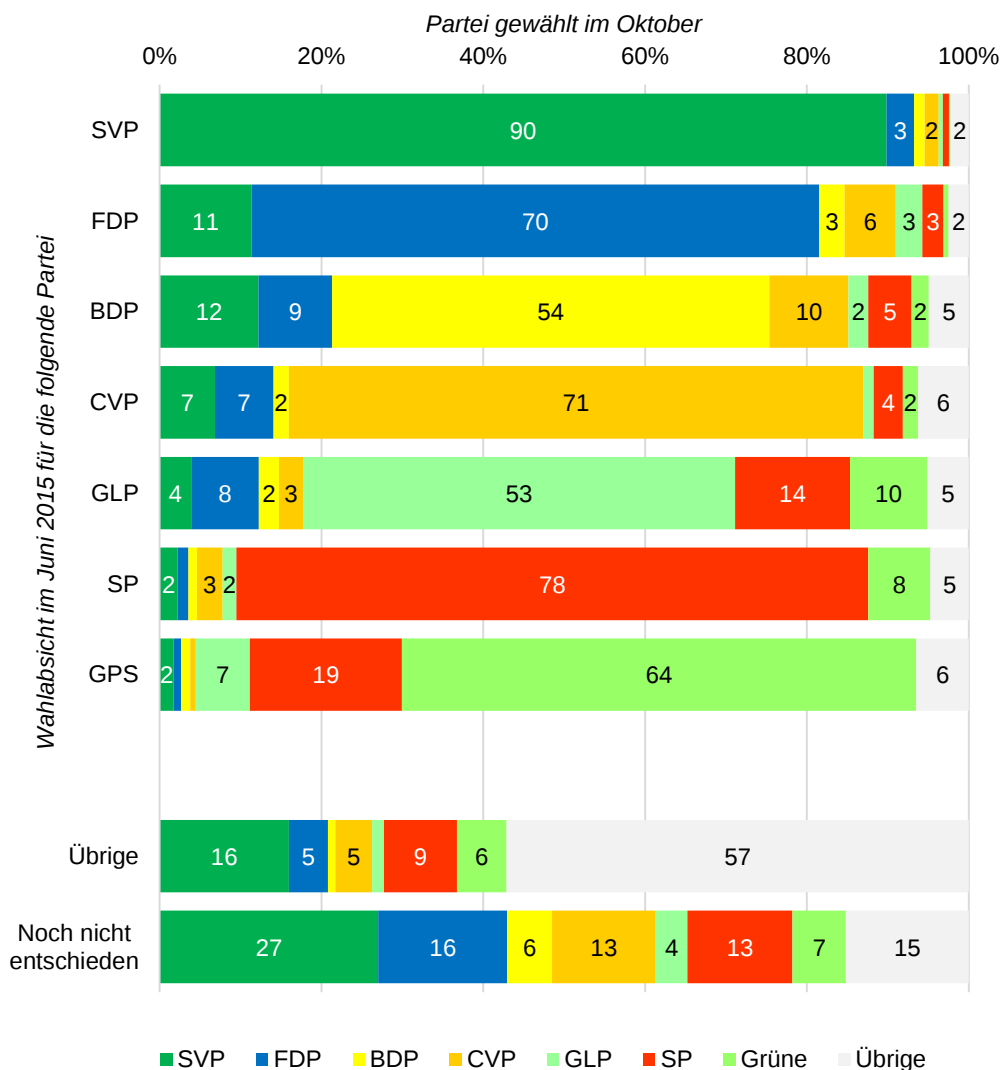
Bei den anderen Parteien lag der Anteil jener, welche die gleiche Partei wählten, die sie vor den Wahlen präferierten, teilweise deutlich niedriger. Bei FDP, CVP und SP liegt der Wert zwischen 70% und 78%, bei der GPS bei 64%, bei der BDP bei 54% und bei der GLP bei 53%. D.h. dass bei den beiden neuen Parteien BDP und GLP nur etwa die Hälfte jener,

die im Juni/Juli BDP oder GLP wählen wollten, im Oktober auch effektiv BDP oder GLP wählten.

Entsprechend sind auch die kurzfristigen Abwanderungen zu anderen Parteien grösser als bei der SVP. Unter jenen, die eine Präferenz für die FDP hatten, wählten 11% SVP, die restliche Abwanderung verteilt sich auf die anderen Parteien. Bei der BDP wanderten die Wählenden zu den anderen bürgerlichen Parteien ab, bei der CVP zu FDP und SVP. Die GLP hingegen verlor die Wählenden stärker nach links (SP und GPS) und zu einem kleineren Teil nach rechts (FDP). Bei der SP gab es eine geringfügige Abwanderung zur GPS. Noch stärker ist hingegen der umgekehrte Trend: 19% derjenigen, die im Juni/Juli angaben, GPS wählen zu wollen, wählten SP. 7% jener, die vor den Wahlen GPS wählen wollten, gaben ihre Stimme der GLP.

Jene, die keine Präferenz angeben wollten und sich noch nicht entschieden hatten – eine recht kleine Gruppe – verteilte sich in etwa gemäss den Wählerstärken auf die verschiedenen Parteien.

Grafik 25 Wahlintention im Juni/Juli und effektiv gewählte Partei in % (nur Wählende).



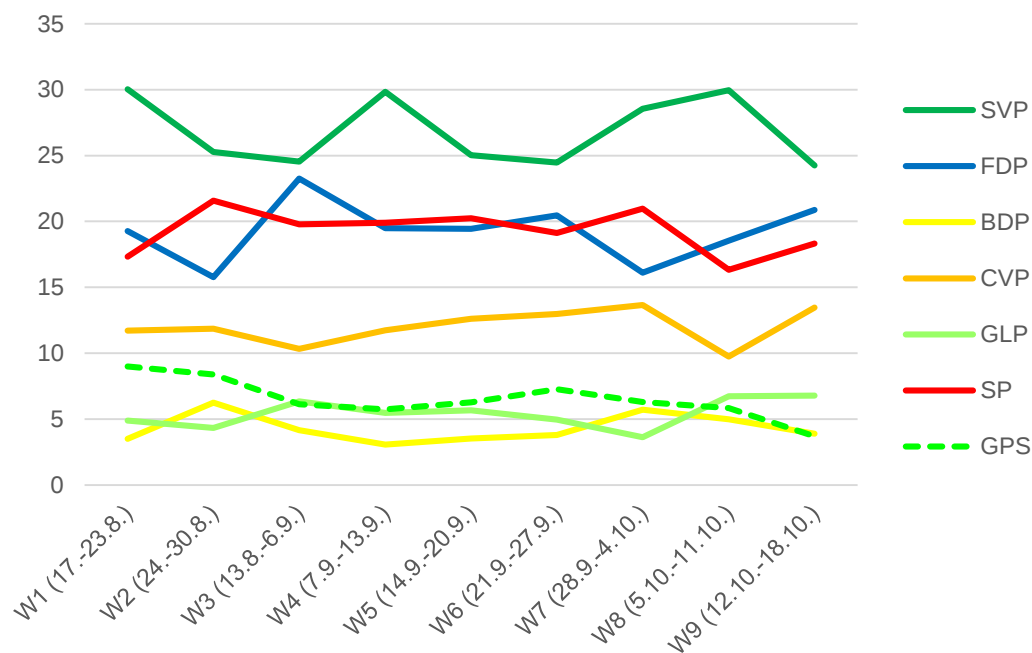
Lesebeispiel: Von jenen, die im Juni/Juli 2015 gesagt haben sie würden SVP wählen, haben 90% effektiv auch SVP gewählt, 3% haben FDP und 2% BDP gewählt. (N SVP 1517; FDP 1046; BDP 243; CVP 661; GLP 296; SP 1104; GPS 370).

4.3 Die Partei- und Themenkonjunktur

Die RCS/Panel-Befragung mit täglich durchgeführten Interviews erlaubt es auch, die Entwicklung der Meinungsbildung in den letzten neun Wochen vor der Wahl nachzuzeichnen. Aufgrund der kleinen Fallzahlen pro Tag ist es nicht möglich, genaue Tagestrends nachzuvollziehen; es ist gleichwohl realisierbar, über bestimmte markante Trends Aussagen zu machen- etwa dazu, wie sich Parteipräferenzen und Themenkonjunktur in den letzten Wochen entwickelten.

Grafik 26 gibt die Entwicklung der Parteipräferenzen in den letzten 9 Wochen vor der Wahl wieder. Dabei sind immer die Befragten einer ganzen Woche zusammengefasst, d.h. von Montag bis Sonntag. Anzumerken ist hier vor allem, dass es keine auffälligen Trends gibt. Die Fluktuationen sind in etwa innerhalb der Bandbreite, die sich aufgrund der Fallzahlen erwarten liesse und alle Parteien liegen annähernd innerhalb der Stärkeverhältnisse am Wahltag selber. Anders ausgedrückt: Keine der Parteien konnte in den letzten Wochen noch einmal markant zulegen oder musste Verluste hinnehmen; die Verhältnisse in der Endphase blieben sehr stabil bzw. sind innerhalb des üblichen Fehlerbereiches. Dies korrespondiert mit der Beobachtung, dass es in der Endphase des Wahlkampfes keine markanten Ereignisse gab, die einen substantiellen Einfluss auf das Wahlergebnis hätten haben können.

Grafik 26 Wahlabsicht in den Wochen vor dem Wahltag (ohne jene, die bereits gewählt haben) in %.

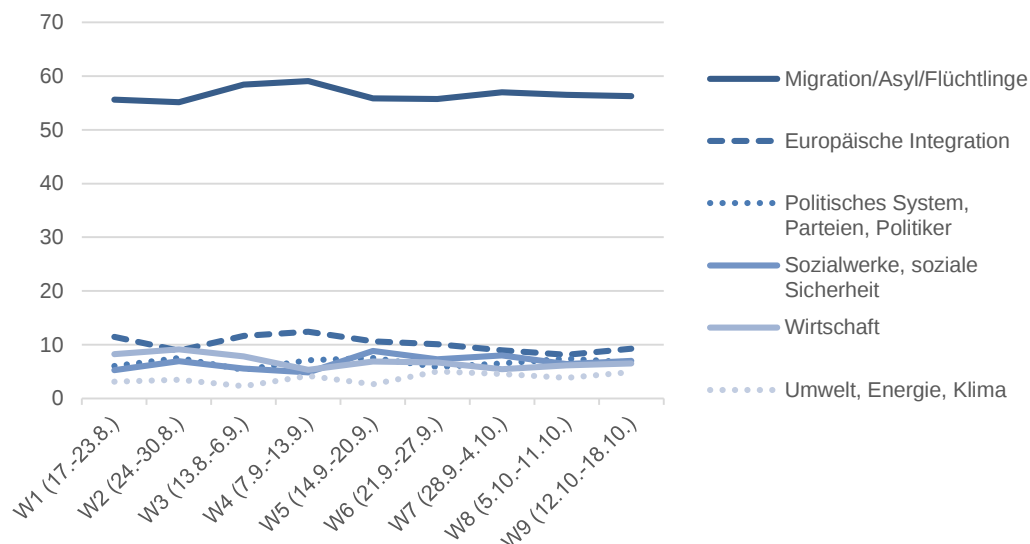


Lesebeispiel In der Woche vom 17.-23. 8. Gaben rund 30% der Befragten an, SVP wählen zu wollen, rund 29% FDP und 17% SP. N pro Woche: W1 535; W2 592; W3 595; W4 524; W5 565; W6 515; W7 397; W8 281; W9 105. } ÷ 405-544.

Die Parteien blieben also in den letzten Wochen vor der Wahl verhältnismässig stabil. Gab es grössere Verschiebungen in den wichtigsten Themen? Grafik 27 zeigt, was die Befragten als wichtigstes Problem während der letzten 9 Wochen vor der Wahl nannten. Hier zeigt sich, dass aus Sicht der Wählenden während des ganzen Wahlkampfes das Thema Migration mit Abstand das wichtigste Problem war und es auch keine klaren Trends gab.

Während des Wahlkampfes drückten sogar noch mehr Befragte ihre Sorge über dieses Thema aus als bei der Befragung nach der Wahl (siehe Tabelle 5).

Grafik 27 Nennung wichtigstes Problem in der Endphase des Wahlkampfes in % (nur Wählende).

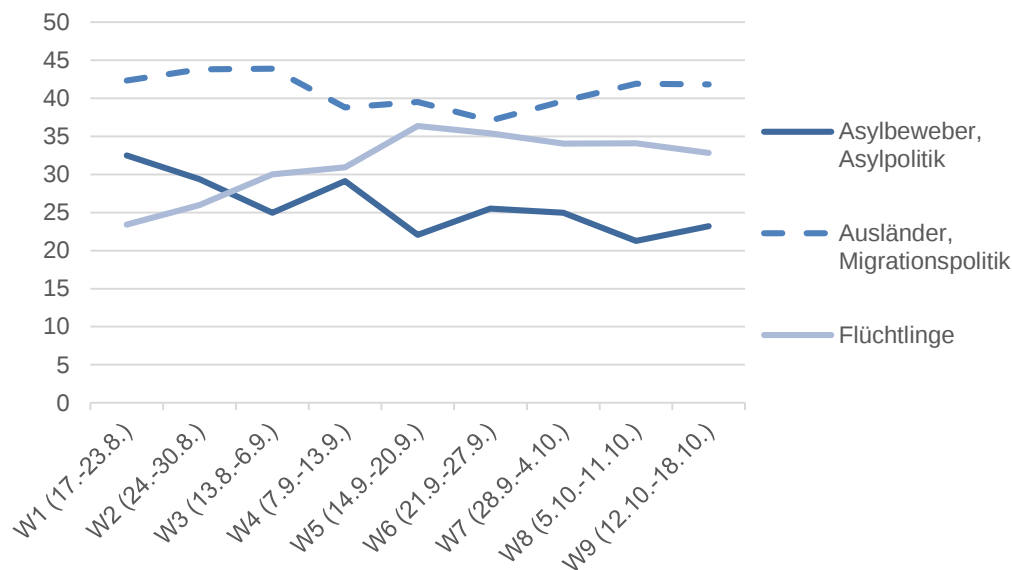


Lesebeispiel: In der Woche vom 17.-23.8. gaben rund 57% der Befragten an, Immigration, Ausländer oder Asyl sei das wichtigste Thema. (N pro Woche 537-616).

Da das Thema Migration auffällig dominant war, haben wir näher differenziert, was genau innerhalb des Themenblocks 'Migration/Asyl/Flüchtlinge' relevant war. Wir haben hier drei Sub-Kategorien unterschieden: Ausländer/Migrationspolitik allgemein, Asylbewerber/Asylpolitik und Flüchtlinge.

Am häufigsten genannt wurden jeweils Ausländer/Migrationspolitik. Der Anteil schwankt ein wenig zwischen 44% und 37%, bei den relativ geringen Fallzahlen ist dies aber nicht überzubewerten. Interessant ist hingegen, dass bei den anderen Themenbereichen eine Verschiebung stattfand, welche auch plausibel erklärbar ist. Während in den ersten Wochen Themen rund um Asylbewerber und Asylpolitik wichtiger waren, gewann ab Anfang September die Nennung von Flüchtlingen bzw. der Flüchtlingskrise die Oberhand und löste Asylpolitik/Asylbewerber als zweithäufigste Nennung ab. Hier lässt sich ein Einfluss der öffentlichen Debatte vermuten. Zwischen Juni und August war es der SVP gelungen, den Ton der Debatte im Zeichen der grossen Anzahl Flüchtlinge, die 2015 nach Europa gelangten, zugespitzt auf das Schlagwort „Asylchaos“ zu bestimmen. Anfang September, als das Bild eines ertrunkenen syrischen Jungen einprägsam das Leid der Flüchtlinge sichtbar machte, gab es in ganz Europa und auch in der Schweiz eine grosse Solidaritätswelle. Dies spiegelt sich auch in der öffentlichen Problemwahrnehmung wieder.

Grafik 28 Nennung von bestimmten Themen bei Migration/Asyl/Flüchtlingen in % (nur Wählende die Migration/Asyl/Flüchtlinge genannt haben).

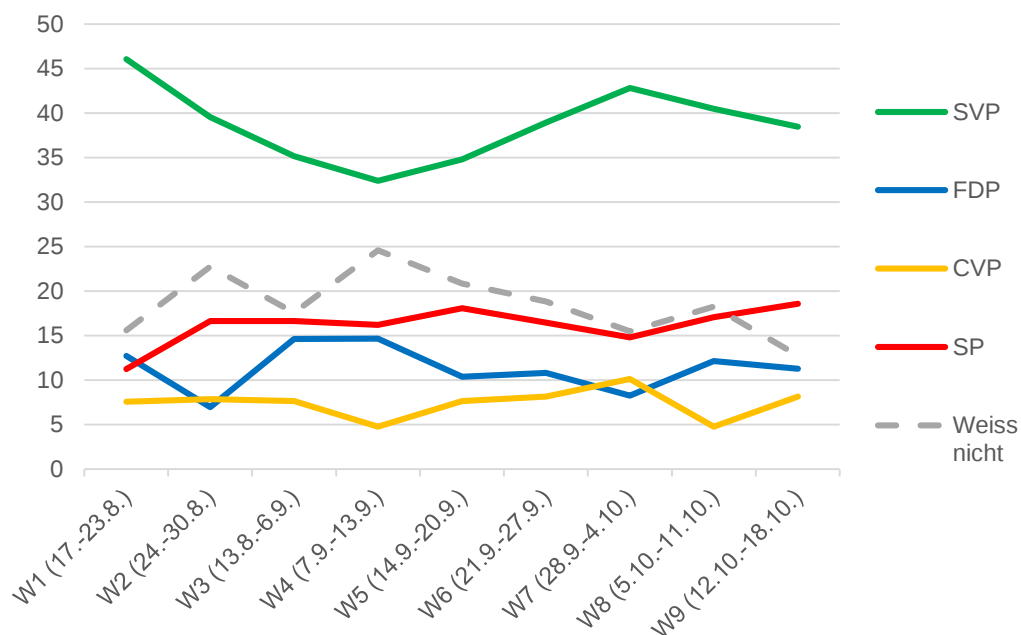


Lesebeispiel In der Woche vom 17.-23. 8. gaben rund 43% der Befragten an, das Ausländer oder Migrationspolitikallgemein das wichtigste Problem sei. (N pro Woche 305-352).

Hat diese Verschiebung in der Wahrnehmung des Themas einen Einfluss darauf, welche Partei als kompetent gesehen wird, das Problem zu lösen? Wir haben in allen Befragungen nach der Nennung des wichtigsten Problems systematisch gefragt, welche Partei aus der Sicht der Befragten am kompetentesten sei, das wichtigste Problem zu lösen.

Grafik 29 zeigt für jene, die Migration/Asyl/Flüchtlingen nannten, die kompetenteste Partei in den 9 Wochen vor dem Wahltag. Über den gesamten Zeitraum hinweg wurde die SVP am häufigsten genannt. Allerdings gab es in diesem Zeitraum deutliche Schwankungen. Der Anteil jener, welche die SVP nannten, ging von 46% Mitte August auf 32% in der Woche vom 7.-13. September zurück und stieg dann wieder an. Allerdings wurden die anderen Parteien nicht häufiger genannt. Einen Anstieg gab es eher beim Anteil jener, die sagten sie wüssten nicht, welche Partei am kompetentesten sei. Die Antwort „weiss nicht“ war mit Ausnahme der letzten Woche über die gesamte Zeit hinweg die zweithäufigste Nennung noch vor der SP und der FDP.

Grafik 29 Partei am kompetentesten das wichtigste Problem zu lösen nur für jene, die Migration/Asyl/Flüchtlinge nannten in % (nur Wählende).



Lesebeispiel In der Woche vom 17.-23. 8. gaben von jenen, die Migration/Asyl/Flüchtlinge als wichtigstes Problem genannt hatte 46% der Befragten an, die SVP sei die kompetenteste Partei dieses Problem zu lösen. (N pro Woche 317-352).

4.4 Medienberichterstattung, Gewinner- und Verliererimage und Umfragen

Für die Parteien ist es wichtig, wie sie in den Medien dargestellt und wahrgenommen werden. Wir haben in der RCS-Befragung die folgenden Fragen dazu zu den sieben grössten Parteien gestellt:

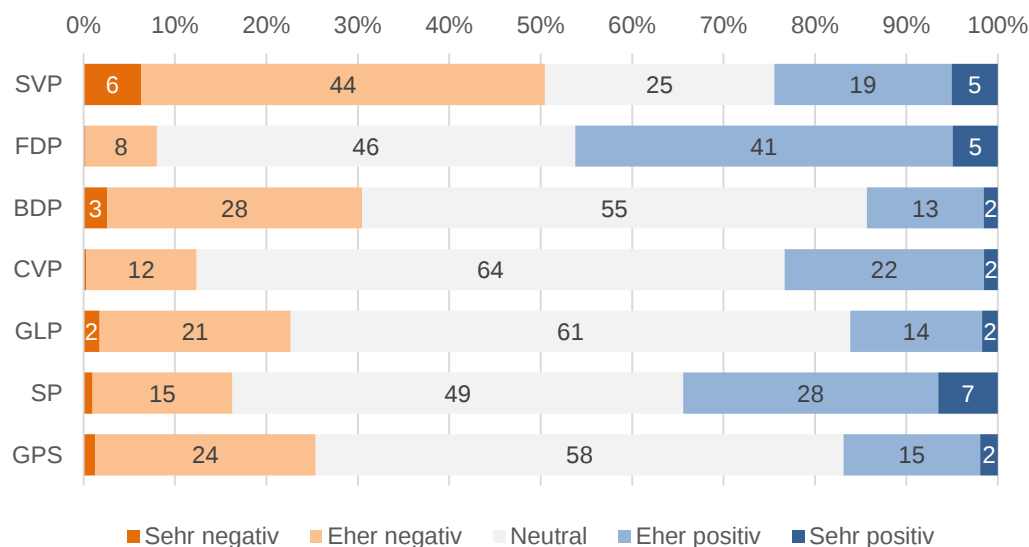
- „Nach Ihrem persönlichen Eindruck, wie berichteten die Medien im bisherigen Wahlkampf über die folgenden Parteien?“

Grafik 30 gibt die Antwortverteilung auf diese Frage wieder. Bei der SVP finden mit über 50% mit Abstand die meisten Befragten, die Partei werde sehr oder eher negativ dargestellt in der Berichterstattung der Medien. 24% finden, die SVP werde sehr oder eher positive dargestellt. Mit 25% ist bei der SVP von allen Parteien der Anteil jener am kleinsten, die meinen die SVP werde neutral dargestellt.

Bei der FDP ist hingegen der Anteil jener, die finden, die Berichterstattung in den Medien sei für die Partei negativ, am kleinsten. Als sehr negativ wird die Berichterstattung von keinem der Befragten wahrgenommen und nur 8% meinen, die FDP werde eher negativ dargestellt. Dafür ist der Anteil jener am grössten, welche die Berichterstattung über die FDP sehr oder eher positiv wahrnehmen.

Bei allen anderen Parteien ist auffällig, dass jeweils die Hälfte oder mehr der Befragten die Berichterstattung als neutral wahrnimmt, allerdings mit Nuancen zwischen den Parteien. Als stärker positiv denn negativ wird die Berichterstattung für die SP wahrgenommen und nur 16% finden, die SP werde in den Medien sehr oder eher negativ dargestellt. Bei der CVP ist der Anteil jener, die die Berichterstattung als neutral wahrnehmen, am höchsten bzw. jener, die diese positiv bewerten, leicht höher als jener, die sie negativ bewerten. Bei den anderen drei Parteien ist es umgekehrt: häufig neutral, aber eher negativ und seltener positiv ist laut den Befragten die Berichterstattung über die BDP, die GLP und die GPS.

Grafik 30 Wahrnehmung der Berichterstattung über die Parteien in den Medien (in %, nur Wählende).



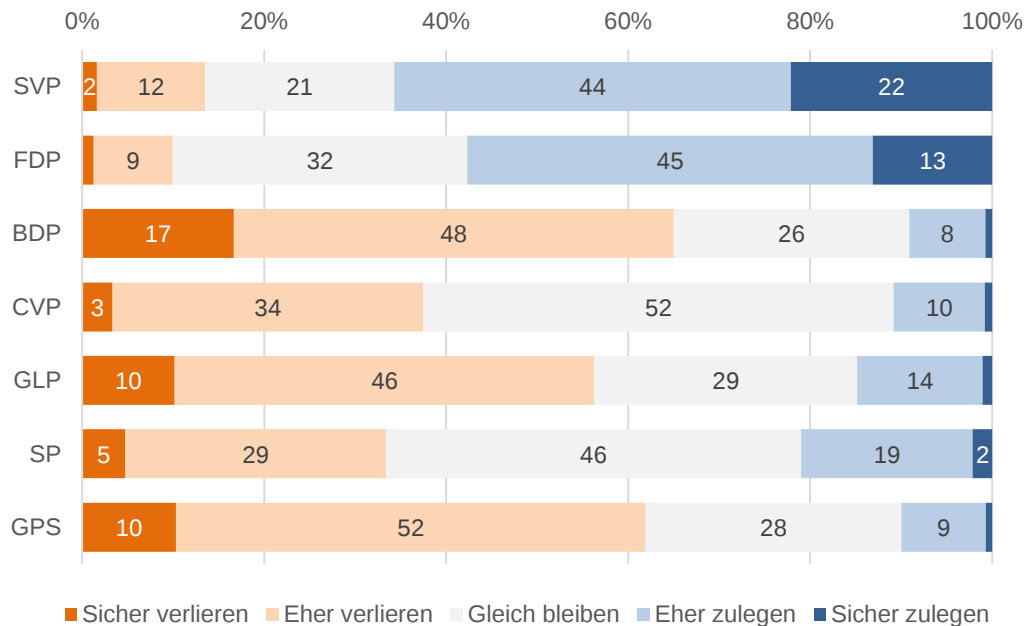
Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 6% an, die Wahlkampfberichte über die SVP seien sehr negativ, 44% meinten sie seien eher negativ. N zwischen 3570-4142.

Allerdings sind für die Parteien nicht nur die Berichterstattung und ihr Image in den Medien wichtig, sondern sie möchten gerne alle als potentielle Gewinner in der Kampagne wahrgenommen werden. Die Parteien hoffen, dass ein Gewinnerimage zusätzliche Wählerstimmen mobilisiert – und es ist für die Parteien auch einfacher, ihre Kandidierenden und Mitglieder zu einer intensiven Kampagnenmitarbeit zu motivieren, wenn für die Partei Aussicht auf Erfolg besteht. Für die Parteien, die als Verlierer wahrgenommen werden, ist es zudem wenig erbaulich, wenn sie gegenüber Medien immer wieder Auskunft geben müssen, warum es so schlecht um sie stehe.

Wir haben deshalb zum ersten Mal umfassend untersucht, wie stark die Parteien als mögliche Gewinner oder Verlierer wahrgenommen werden und für die sieben grössten Parteien gefragt: „Werden die folgenden Parteien Ihrer Meinung nach bei den nächsten Nationalratswahlen zulegen oder verlieren?“. Bei allen Parteien erklärten jeweils rund 10% der Befragten, sie könnten dies nicht sagen. Da es dabei kaum Variation gibt, haben wir diese Antworten in der Folge weggelassen.

Grafik 31 zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Ganz klar waren bei SVP und FDP die Befragten der Meinung, diese beiden Parteien würden zulegen; nur ein kleiner Teil war der Meinung, diese beiden Parteien würden verlieren.

Bei der BDP, der GLP und der GPS war die Einschätzung umgekehrt. Bei diesen beiden Parteien war die Mehrheit der Meinung, die Partei werde sicher oder eher verlieren und nur ein kleiner Teil war der Meinung, die BDP oder die GLP könnten zulegen. Bei CVP und SP ging jeweils der grösste Teil der Befragten davon aus, die Partei werde gleichbleiben. Von jenen, die eine Tendenz feststellen konnten, war die Einschätzung wesentlich häufiger negativ als positiv.

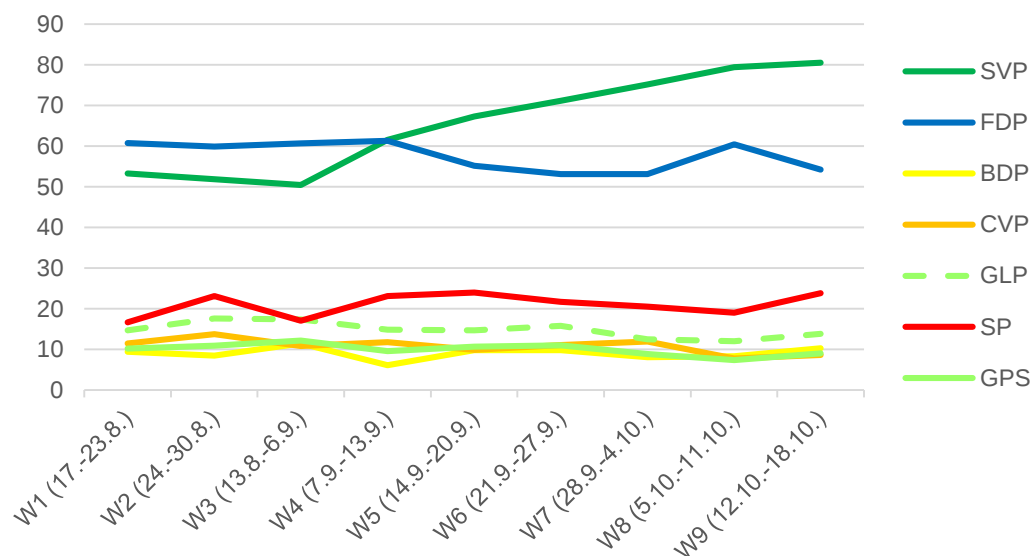
Grafik 31 Wird die folgende Partei gewinnen oder verlieren? (Nur Wählende)

Lesebeispiel: Zwischen Mitte August und dem Wahltag gaben 2% der Befragten an, dass nach ihrer Einschätzung die SVP sicher verlieren werde, 12% gaben an, dass die SVP eher verlieren würde, 21% meinten die SVP werde gleich bleiben; (N = 4542-4854. Ohne Weiss nicht.)

Es stellte sich auch die Frage, ob diese Einschätzung konstant war oder ob sie sich über die Zeit hinweg veränderte bzw. ob sie von Medien oder Parteien in der Endphase noch beeinflusst werden konnte.

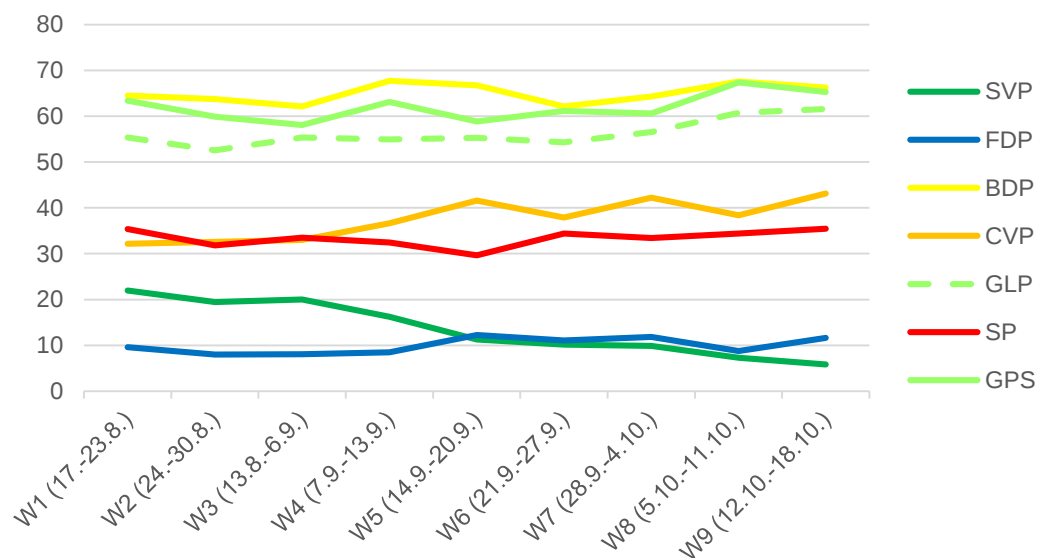
Interessanterweise ist bei der Einschätzung nur ein einziger Zeittrend feststellbar (siehe Grafik 32 und 33). Bei der Frage, ob eine Partei zulegen werde, wurde die SVP im Verlaufe der letzten 9 Wochen der Kampagne sehr viel häufiger genannt. Mitte August waren etwa 53% der Befragten der Meinung, die SVP werde zulegen; in der letzten Woche vor der Wahl stieg dieser Wert auf 81% an. Dafür ging der Anteil jener, die meinten, die SVP werde verlieren, von 20% noch im August auf unter 10% im Oktober zurück. Bei allen anderen Parteien blieben die Werte über die ganze Kampagne hinweg konstant – sowohl bei der Wahrnehmung, dass die Partei gewinnen werde (Grafik 32) als auch, dass die Partei verlieren werde (Grafik 33), d.h. die verschiedenen Parteien wurden immer in etwa gleich häufig als Verlierer oder Gewinner gesehen.

Grafik 32 Anteil der Befragten, die meinten die folgenden Parteien werden zulegen August bis Oktober 2015 (Nur Wählende)



Lesebeispiel: In der Woche vom 17.-23. August meinten fast 61% der Befragten, die FDP werde sehr oder eher zulegen (N = 469-559).

Grafik 33 Anteil der Befragten, die meinten die folgenden Parteien werden verlieren August bis Oktober 2015 (Nur Wählende)



Lesebeispiel: In der Woche vom 17.-23. August meinten fast 64% der Befragten, die BDP werde eher oder sicher verlieren (N = 469-559)

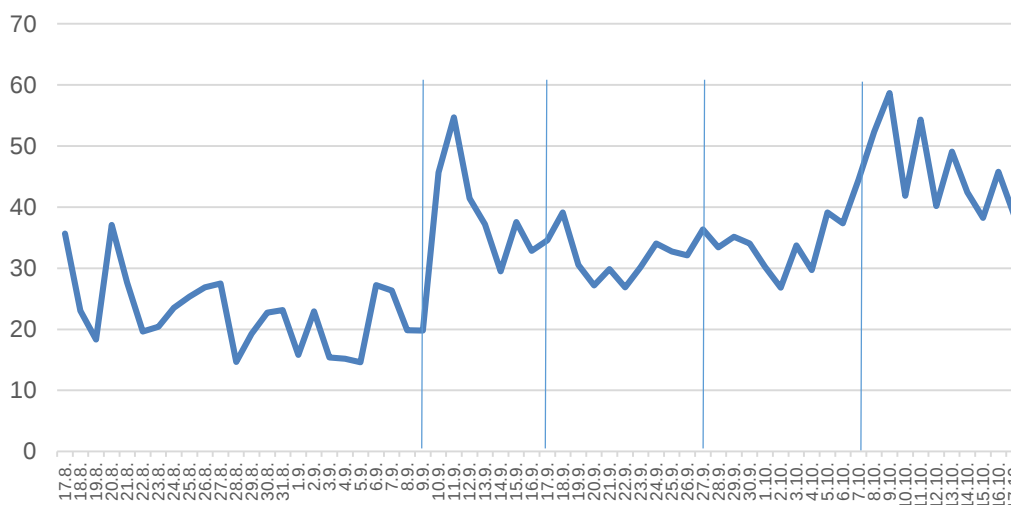
Bemerkenswert ist, dass ein Grossteil der Befragten eine quasi-prophetische Einschätzung vornimmt, welche Parteien Gewinnen oder Verlieren werden. Woher kommt diese Einschätzung? Die Grundlagen dafür können vielfältig sein. Eine wichtige Quelle sind vermutlich kantonale Wahlen, die kurz vor den nationalen Wahlen stattfanden und welche die Medien und die Befragten dann auch als nationale Trends interpretieren. Aus den im Frühling des Wahljahres stattfindenden Wahlen in Basel-Landschaft, Luzern, Tessin und Zürich gingen die FDP und die SVP gestärkt hervor; GLP, GPS und BDP verloren in all diesen

Wahlen Wähleranteile, während SP und CVP stagnierten bzw. die CVP in Tessin auch leicht verlor.

Daneben gibt es im Wahljahr auch diverse Umfragen, welche für die Wahrnehmung von Gewinnern und Verlieren relevant sein könnten. Um dies zu eruieren, fragten wir in der Erhebung zwischen Mitte August und Mitte Oktober täglich, ob die Befragten in der letzten Zeit eine Umfrage gesehen hätten. Über die gesamte Befragungszeit hinweg sagten 32% der Befragten, das sei der Fall gewesen (siehe Grafik 34). Dabei gab es aber einen Verlauf mit deutlichen Ausschlägen, die weitgehend auch effektiv den publizierten Umfragen folgten. Grosse Umfragen wurden von der SRG am 9.9. und am 7.10. publiziert. 20 Minuten publizierte am 17.9. und am 7.10. ebenfalls grosse Befragungen. Dazu gab es im Befragungszeitraum noch eine Befragung des Sonntags-Blicks, die am 27.9. publiziert wurde.

Von Mitte August bis Anfang September lag der Anteil jeweils zwischen rund 15 und 25%. In dieser Zeit wurden auch keine Befragungen publiziert. Direkt nach der Publikation des SRG-Wahlbarometers vom 9. September stieg der Anteil jener, die eine Umfrage gesehen hatten, sehr stark bzw. auf über 50% an, um danach wieder auf rund 30–35% abzusinken. Einen zweiten deutlichen Ausschlag gab es später noch kurz vor den Wahlen, als mit dem SRG-Wahlbarometer und 20 Minuten nochmals zwei Umfragen mit einer sehr grossen Verbreitung am gleichen Tag erschienen (am 7.10.). Keinen nennenswerten Ausschlag nach oben gab es nach der Publikation der Sonntags-Blick-Befragung am 27.9.

Grafik 34 Anteil der Befragten, die Angaben in der letzten Zeit eine Wahlumfrage gesehen zu haben (Nur Wählende, gleitende Mittelwerte über 3 Tage)

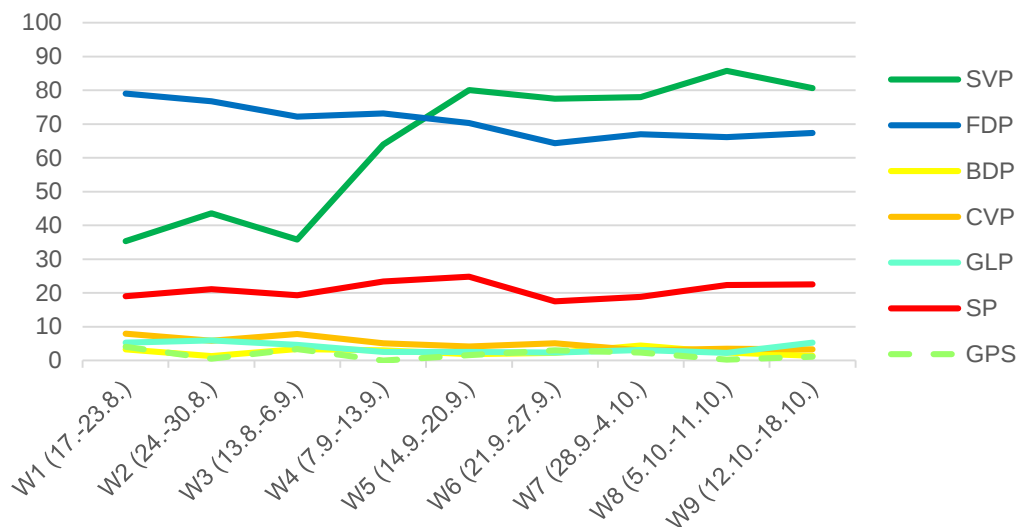


Lesebeispiel: Am 17.8. gaben 37% der Befragten an, eine Umfrage gesehen zu haben (Nur Wählende eingeschlossen, gleitende Mittelwerte jeweils über drei Tage nach dem ausgewiesenen Datum N = 162-333)

Veränderte sich die Wahrnehmung der Partei, die gewinnen bzw. verlieren werde, über die Zeit? Ähnlich wie die generelle Wahrnehmung über Gewinner und Verlierer gibt es den eindeutigsten Trend bei der SVP (siehe Grafik 35 und 36). In den ersten drei Wochen der Befragung lag der Anteil jener, die die SVP als Gewinnerin sahen, bei rund 40%. Ab der Woche vom 7.9., also als sowohl die Umfrage des SRG-Wahlbarometers als auch jene von 20 Minuten (publiziert am 17.9.) vor allem die SVP als Gewinnerin sahen, schnellte der Anteil jener, die die SVP als Gewinnerin sahen, auf über 80%, d.h. die Ergebnisse der Befragungen spiegelten sich durchaus korrekt in der Wahrnehmung der Befragten wieder. Konstant als Gewinnerin, wenngleich mit sinkender Gewinnertendenz, wurde die FDP über die ganze Zeit hinweg genannt. Ambivalent war die Meinung zur SP: Dort gingen konstant 20% der Befragten davon aus, das die SP laut Umfragen zulegen würde.

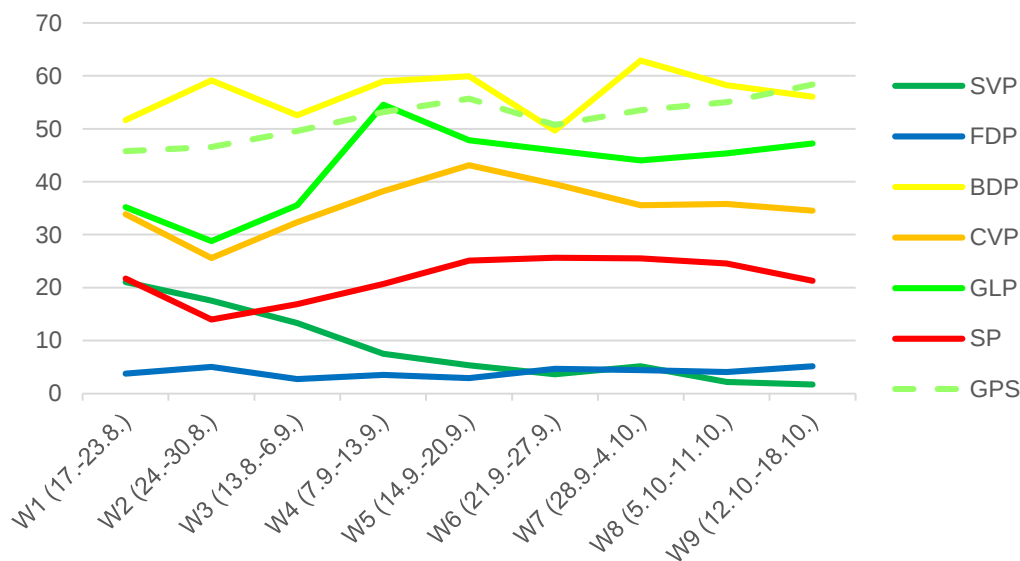
Bei den Parteien, die laut Umfrage verlieren würden, wurden bei allen drei Parteien mit über oder knapp unter 50% Nennungen konstant die BDP, die GLP und die GPS sehr häufig genannt. Auch die CVP wurde laut Umfragen häufig als Verliererin genannt, was ebenfalls konsistent mit den publizierten Befragungen war, in denen die CVP in keiner Befragung über dem Ergebnis von 2011 lag. Einen klaren Abwärtstrend gab es bei der SVP. Ab der Woche vom 14.9. nannten nur wenige die SVP als Partei, die laut Umfragen verlieren würde.

Grafik 35 Anteil der Befragten, die Angaben das die folgende Partei laut Umfrage bei den Wahlen gewinnen werde (Nur Wählende).



Lesebeispiel: In der Woche vom 17.8.-23.8. gaben 80% der Befragten an, dass die FDP laut Umfragen gewinnen werde (Eingeschlossen sind nur jene, die eine Umfrage gesehen haben; N W1 142; W2 140; W3 122; W4 185; W5 193; W6 190; W7 200; W8 296; W9 239)

Grafik 36 Anteil der Befragten, die Angaben das die folgende Partei laut Umfrage bei den Wahlen verlieren werde (Nur Wählende).



Lesebeispiel: In der Woche vom 17.8.-23.8. gaben 61% der Befragten an, dass die BDP laut Umfragen verlieren werde (Eingeschlossen sind nur jene, die eine Umfrage gesehen haben; N siehe oben Grafik 35).

5 Wählerpotentiale und ihre Ausschöpfung

Neben den effektiven Ergebnissen interessiert die Parteien jeweils auch, wie die Wählerinnen und Wähler insgesamt den verschiedenen Parteien gegenüberstehen. Um dies zu eruieren, haben wir seit 2003 in Selects eine Frage in die Umfrage aufgenommen, anhand derer sich die Beliebtheit einer Partei bzw. das Potential der Parteien abschätzen lässt.

Für alle grösseren Parteien wurden die Wählerinnen und Wähler gefragt, mit welcher Wahrscheinlichkeit (Skala von 0 bis 10) sie diese Partei jemals wählen würden, wobei 0 bedeutet, dass sie diese Partei niemals und 10 meint, dass sie diese Partei mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit wählen würden. Die Antworten auf diese Frage sind als Indikator dafür zu verstehen, wie beliebt die Parteien insgesamt sind. Sie zeigen hingegen nicht die effektive Wahlwahrscheinlichkeit an. Der Wert 5 auf der 10er Skala bedeutet nicht, dass die Wahlwahrscheinlichkeit 50% beträgt. Weniger als 5% jener, die auf der 10er Skala bei einer Partei den Wert 5 angaben, haben eine Partei effektiv gewählt. Erst bei einer deklarierten Wahlwahrscheinlichkeit von 8 oder mehr wählen über 30% auch diese Partei.

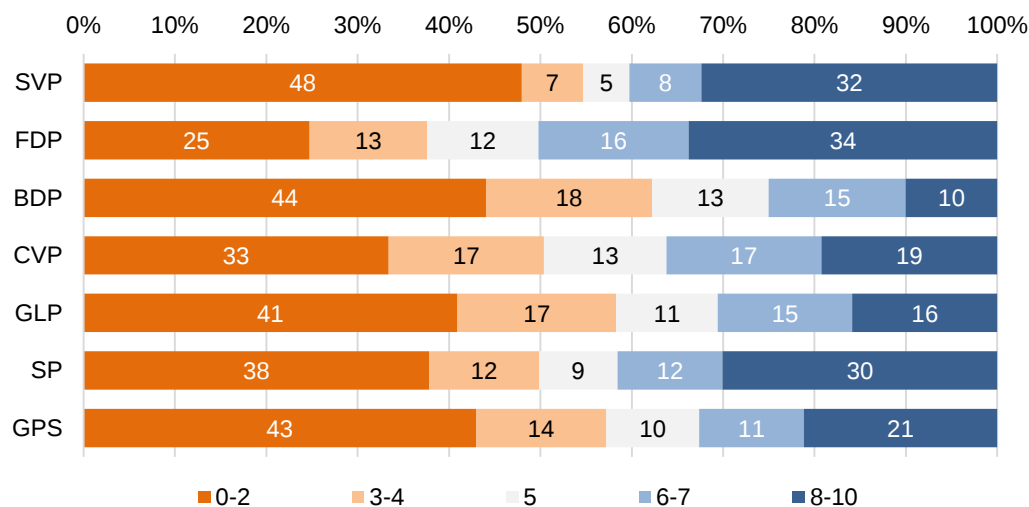
Grafik 37 gibt die Verteilung der Antworten auf diese Wahrscheinlichkeiten wieder. Am auffälligsten ist die polarisierte Verteilung bei der SVP im Vergleich zu den anderen Parteien. 48% der Wählerinnen und Wähler geben bei der SVP einen sehr tiefen Wert an, d.h. sie können sich nicht vorstellen, SVP zu wählen. Weitere 7% geben an, dass sie diese Partei nur mit geringer Wahrscheinlichkeit (3-4) wählen würden. Umgekehrt ist die SVP bei 32% der Wählerinnen und Wähler sehr beliebt; diese geben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit an, SVP zu wählen (8-10). Die SVP ist also jene Partei, die mit Abstand am stärksten polarisiert und bei einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler keine Sympathien genießt. Diese Polarisierung ist auch die Ursache dafür, dass die SVP bei Majorzwahlen so grosse Schwierigkeiten hat. Sie ist zwar stärkste Partei, aber gleichzeitig auch diejenige, bei der sich die meisten Personen nicht vorstellen können, sie zu wählen.

Am niedrigsten ist der Anteil jener, die sich nicht vorstellen können, die Partei zu wählen, bei der FDP. Nur 25% attestieren eine sehr geringe Wahlwahrscheinlichkeit (0-2) bzw. 13% eine geringe (3-5). Die FDP hat demgegenüber den höchsten Anteil an Wählenden, die sich vorstellen können, die FDP zu wählen.

Die SP hat mit 30% einen ähnlich hohen Anteil an Wählenden wie FDP und SVP, die eine sehr hohe Wahlwahrscheinlichkeit ausweisen, SP zu wählen (8-10) und 12% können sich noch vorstellen, die Partei zu wählen (6-7). Jedoch ist auch bei der SP die Mittekategorie unterdurchschnittlich. Sie gehört damit zu den Parteien, die relativ stark polarisieren.

Vergleichsweise hohe Anteile an Personen, die sich nicht vorstellen können, die Partei zu wählen (0-2 und 3-4), haben BDP, GLP und GPS. Bei allen drei Parteien gibt die Mehrheit der Befragten eine Wahlwahrscheinlichkeit von unter 5 an. Bei der BDP kommt noch hinzu, dass der Anteil jener, die eine hohe (8-10) oder moderate (6-7) Wahlwahrscheinlichkeit haben, unter allen ausgewiesenen Parteien am geringsten ist. Bei GLP und GPS liegt dieser Anteil etwas höher.

Grafik 37 Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2015.



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 48% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie ist SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 7% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 32% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch ist (8-10). Nur Wählende, N=3495-3694.

Da die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit bei den letzten vier Selects-Studien gestellt wurde, lassen sich interessante Vergleiche über die Zeit ziehen. Grafik 38 gibt die Verteilung der Wahlwahrscheinlichkeiten aller Parteien zwischen 2003 und 2015 wieder.

Bei der SVP gibt es keine grossen Veränderungen; die Partei polarisierte bereits 2003 stark und dies hat sich bis 2015 nicht geändert. Der Anteil jener, bei denen die SVP beliebt oder unbeliebt ist, blieb weitgehend gleich.

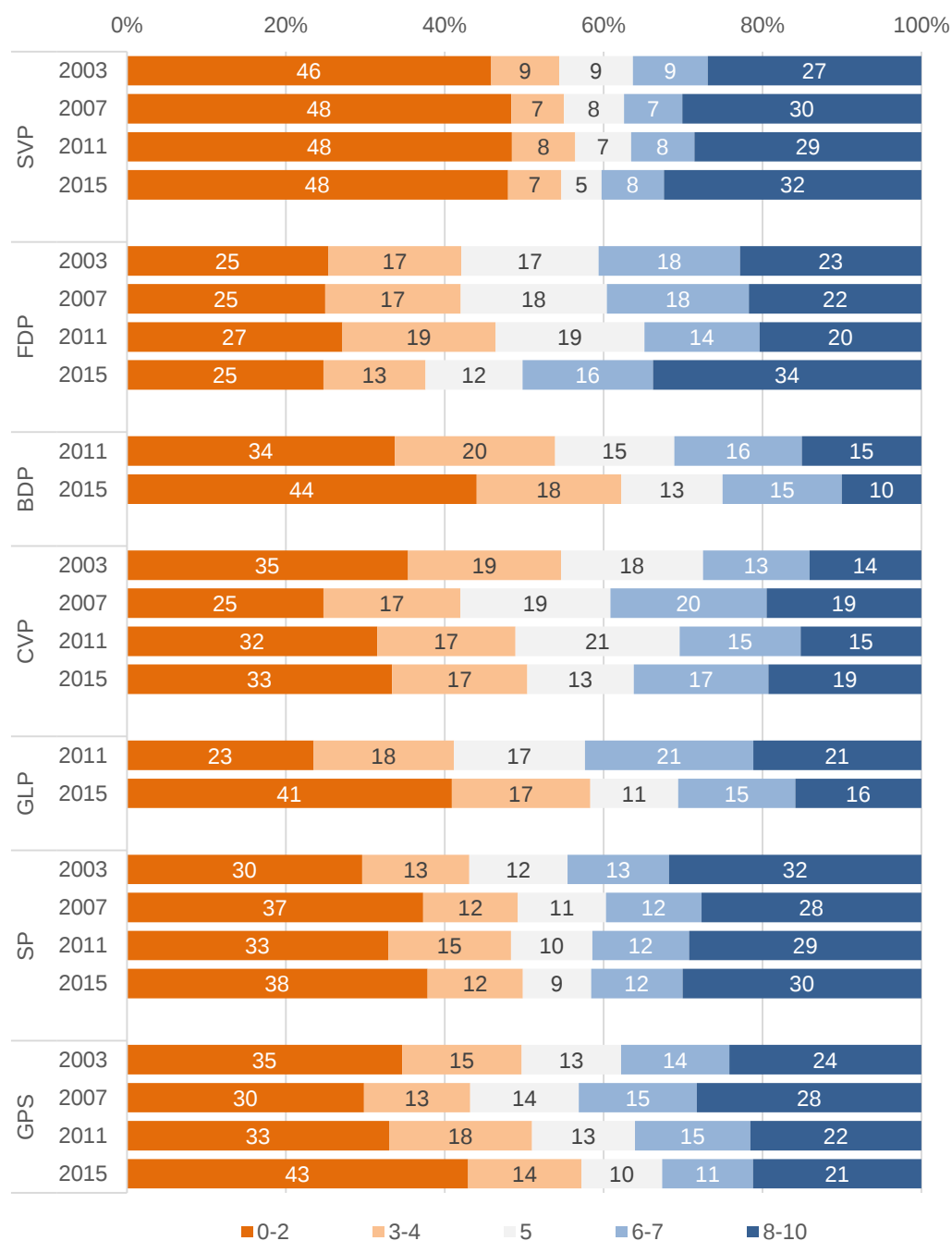
Grosse Veränderungen gab es hingegen 2015 bei der FDP. Hier hat sich der Anteil jener deutlich erhöht, die sich sehr gut vorstellen können, die FDP zu wählen. Zudem ist bei der FDP gegenüber 2011 der Anteil jener zurückgegangen, die sich nicht vorstellen können, FDP zu wählen. D.h. die FDP befindet sich in der Parteienlandschaft wieder in einer wesentlich vorteilhafteren Ausgangslage, als dies noch 2011 der Fall war.

Bei der BDP und der GLP, den beiden grossen Gewinnern von 2011, ist derweil Umgekehrtes zu beobachten: Ein deutlicher Einbruch ist in der Wahrscheinlichkeit feststellbar, die Partei zu wählen. Besonders für die GLP ist dies sehr markant. Die Partei hatte 2011 eine sehr breite Unterstützung. 2015 ist der Anteil jener, die sich nicht vorstellen können, GLP zu wählen (0-4), von 43% auf 58% gestiegen. Dieser Anteil war 2015 nur bei der BDP leicht grösser.

Auch für die GPS ist der Anteil jener, für welche die Partei 2015 unwählbar ist (0-4), gegenüber 2011 und 2007 markant gestiegen (von 51% auf 57%). Der Anteil jener, die eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit angeben, GPS zu wählen (4-10), ist dafür von 37% auf 32% gesunken.

Eher stabil waren CVP und SP über die ganze Zeit hinweg. Bei der CVP ist ein Anstieg an Wählenden zu beobachten, die eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit haben, CVP zu wählen. Dafür ist der Anteil jener gestiegen, die sich nicht vorstellen können, CVP zu wählen. Auch die SP ist für etwas mehr Personen unwählbar geworden (38% bei den Wahlen 2015), aber der Anteil an Personen, die sich vorstellen können, die Partei zu wählen, ist bei den letzten drei Wahlen konstant geblieben.

Grafik 38 Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2003-2015.



Lesebeispiel: 2003 gaben 46% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie ist SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 9% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 27% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch ist (8-10). Nur Wähler; (N 2003=2651-2672; 2007 2063-2072; 2011 2058-2172; 2015 3495-3694).

Die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit ermöglicht es, das Wählerpotential der verschiedenen Parteien abzuschätzen und zu eruieren, wie gut die Parteien ihr Potential ausgeschöpft bzw. wie viele der potentiellen Wählenden die Partei auch effektiv gewählt haben. Wir haben für die folgende Auswertung jeweils drei Gruppen gebildet. Von jenen, die bei einer Partei die Wahlwahrscheinlichkeit von 0-4 nannten, haben nur einzelne eine Partei auch gewählt, bei 5-7 sind es im Schnitt schon 10% und bei 8-10 über 50%. Aus diesen Eckdaten berechnen wir folgende Indikatoren:

- *Verlässliches Wählerpotential.* Anteil der Wählerinnen und Wähler, die angaben, dieser Partei mit einer Wahrscheinlichkeit von 8 bis 10 ihre Stimme zu geben. Die Annahme dabei ist, dass eine Partei all diese Wähler potentiell für sich gewinnen könnte.
- *Ausschöpfung I.* Anteil jener des verlässlichen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.
- *Maximales Wählerpotential.* Anteil aller Wählerinnen und Wähler, die angaben, dieser Partei mit einer Wahrscheinlichkeit von 8-10 ihre Stimme zu geben (verlässliches Wählerpotential) plus die Hälfte der Wählerinnen und Wähler, die angaben, mit einer Wahrscheinlichkeit von 5-7 diese Partei zu wählen.
- *Ausschöpfung II:* Anteil jener des maximalen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.

Tabelle 10 gibt die verschiedenen Indikatoren für die Jahre 2015 und 2011 wieder. In der zweiten Spalte mit dem verlässlichen Potential bei den Wahlen 2015 zeigt sich, dass die SVP zusammen mit der SP und der FDP über das grösste Potential verfügt. Alle drei Parteien haben ein verlässliches Wählerpotential von 30% oder mehr. Deutlich darunter liegen CVP und GPS, die über ein verlässliches Wählerpotential von rund 20% verfügen. Noch einmal deutlich darunter liegen GLP (16%) und vor allem BDP mit nur 10% verlässlichem Potential.

Gegenüber 2011 stieg das verlässliche Potential der FDP damit deutlich (von 22% auf 34%) und bei der SVP ein wenig an (von 28% auf 33%). Stabil blieb das verlässliche Potential bei der SP und der GPS; zurück ging es klar bei der GLP und vor allem bei der BDP.

Enorme Unterschiede gab es auch 2015 bei der Ausschöpfung des Potentials. Die SVP bleibt, wie bei allen Wahlen zuvor, klare Spitzenreiterin: 81% der Wählerschaft, die eine starke Neigung zur SVP haben, wählten schlussendlich auch SVP. Der SVP ist es im Vergleich zu allen anderen Parteien also erneut sehr viel besser gelungen, die Wähler, die zu ihr neigen, auch dazu zu bringen, sie zu wählen. Dieser Spitzenwert hat sich gegenüber 2011 nicht verändert. Ebenfalls über 50% Ausschöpfung verzeichnen CVP und SP; hier sind die Veränderungen gegenüber 2011 gering. Der FDP gelang es 2015 weniger gut als noch 2011, ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler abzuholen. Dies ist vor allem damit erklärbar, dass die FDP ihr potentielles Wählerreservoir markant ausbauen konnte.

Um 30% beträgt die Ausschöpfung bei GLP, BDP und GPS. Nur ein kleiner Teil der Wähler, die dem Vernehmen nach eine hohe Neigung zu den beiden Parteien haben, konnten von den Parteien mobilisiert werden. Bei den beiden grünen Parteien GPS und GLP liegt dies vor allem daran, dass sie eine hohe Überschneidung mit anderen Parteien haben.

Tabelle 10 Verlässliches und maximales Wählerpotential sowie deren Ausschöpfungsquote 2015 und 2011 (in %).

<i>2015</i>	<i>Verlässliches Wählerpotential</i>	<i>Ausschöpfung I</i>	<i>Maximales Wählerpotential</i>	<i>Ausschöpfung II</i>	<i>N</i>
SVP	33	81	39	64	3'627
FDP	34	44	48	26	3'564
BDP	10	35	24	11	3'441
CVP	19	52	34	24	3'537
GLP	16	28	29	28	3'515
SP	30	59	40	38	3'566
GPS	21	31	32	17	3'542

<i>2011</i>	<i>Verlässliches Wählerpotential</i>	<i>Ausschöpfung I</i>	<i>Maximales Wählerpotential</i>	<i>Ausschöpfung II</i>	<i>N</i>
SVP	28	81	35	74	3'010
FDP	22	56	39	37	2'990
BDP	15	27	31	18	2'918
CVP	16	58	34	35	2'995
GLP	21	24	40	14	2'958
SP	30	54	41	45	3'001
GPS	21	37	35	24	3'003

Lesebeispiel: Die SVP verfügt 2015 über ein verlässliches Wählerpotential von 33%. Von diesen haben 81% auch SVP gewählt. Das maximale Potential liegt bei 39%, welches sie zu 64% ausgeschöpft hat, d.h. 64% davon haben auch SVP gewählt.

Beim maximalen Potential fällt auf, dass die FDP inzwischen zur beliebtesten Partei aufgestiegen ist. Fast 50% der Wählenden können sich vorstellen, FDP zu wählen. Die FDP hat 2015 entsprechend den grössten Sprung nach vorne gemacht. Dahinter folgen SP und SVP mit je 40%. Bei CVP, GPS und GLP liegt der Anteil bei ca. 30%. Hier fällt auf, dass vor allem die GLP eingebrochen ist: Der Anteil jener, die sich vorstellen können, GLP zu wählen, fiel von 40 auf 29%. Schlusslicht ist auch hier die BDP, welche auf ein maximales Wählerpotential von 24% kommt.

Bei den Ausschöpfungsraten sind die Verhältnisse ähnlich wie beim verlässlichen Wählerpotential, nur auf tieferem Niveau. Bei der SVP wählten 64% jener, die sich vorstellen könnten, SVP zu wählen, effektiv auch SVP. Dies ist weiterhin ein Spitzenwert unter allen Parteien. Die Ausschöpfungsraten sind bei der SP noch 38%, bei CVP, FDP und GLP 24-28%. Nochmals deutlicher tiefer ist die Ausschöpfung des maximalen Wählerpotentials bei der GPS (17%). Hier liegt die Erklärung in der hohen Überlappung des Wählerpotentials mit der SP. Am niedrigsten ist die Ausschöpfung bei der BDP: Nur ca. 11% der Wählenden, die sich vorstellen konnten, BDP zu wählen, haben letztlich auch BDP gewählt.

Was lässt sich hieraus für den Zustand der einzelnen Parteien ableiten? Am erfreulichsten dürften diese Befunde für die FDP sein: Nach jahrzehntelangem Sinkflug hat die Partei nicht nur Wähleranteile gewonnen, es ist ihr darüber hinaus vor allem auch gelungen, die Basis ihrer potentiellen Wähler deutlich zu verbreitern. Die Herausforderung für die nächsten Jahre besteht darin, potentielle in effektive Wählende umzuwandeln.

Bei der SVP ist, wie auch bei vorhergehenden Wahlen, die überragende Mobilisierung der potentiellen Wählerschaft auffällig. Zudem konnte die SVP die Zahl der potentiellen Wählenden leicht ausbauen. Bei der SVP zeigt sich gleichwohl auch die Verwundbarkeit. Gelingt es ihr in Zukunft nicht mehr, so zu mobilisieren wie bei allen letzten Wahlen, ist die Fallhöhe gross. Stabilität gibt der Partei allerdings die Tatsache, dass die SVP inzwischen über eine vergleichsweise treue und stabile Anhängerschaft verfügt und weniger als andere Parteien von Abwanderung betroffen ist.

Bei der SP fällt vor allem die Stabilität gegenüber 2011 auf: Sowohl ihr Wählerpotential als auch die Ausschöpfung blieben relativ stabil. Das gleiche gilt für die GPS, die leicht an Ausstrahlungskraft, aber stärker an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat.

Die CVP hat weiterhin im Vergleich zu den anderen Traditionsparteien ein strukturelles Problem. Sie verfügt zwar immer noch über eine relativ gute Stammwählerschaft, doch ist

ihr Wachstumspotential geringer als jenes der beiden anderen bürgerlichen Parteien SVP und FDP. Die CVP verfügt über ein deutlich geringeres Wählerpotential als die FDP, obwohl sie in der Mitte positioniert ist, wo es eigentlich die meisten Wählenden gibt.

Ungemütlicher ist die Situation für BDP und GLP. Beide Parteien sind faktisch noch immer im Aufbau begriffen, doch ist ihr Wählerpotential 2015 zurückgegangen. Es ist den beiden Parteien in den letzten vier Jahren nicht gelungen, ihre Verankerung in der Wählerschaft auszubauen. Dass die Ausschöpfung im Gegenzug eher besser geworden ist, wird dabei für diese beiden Parteien nur ein schwacher Trost sein.

6 Die Kandidierenden

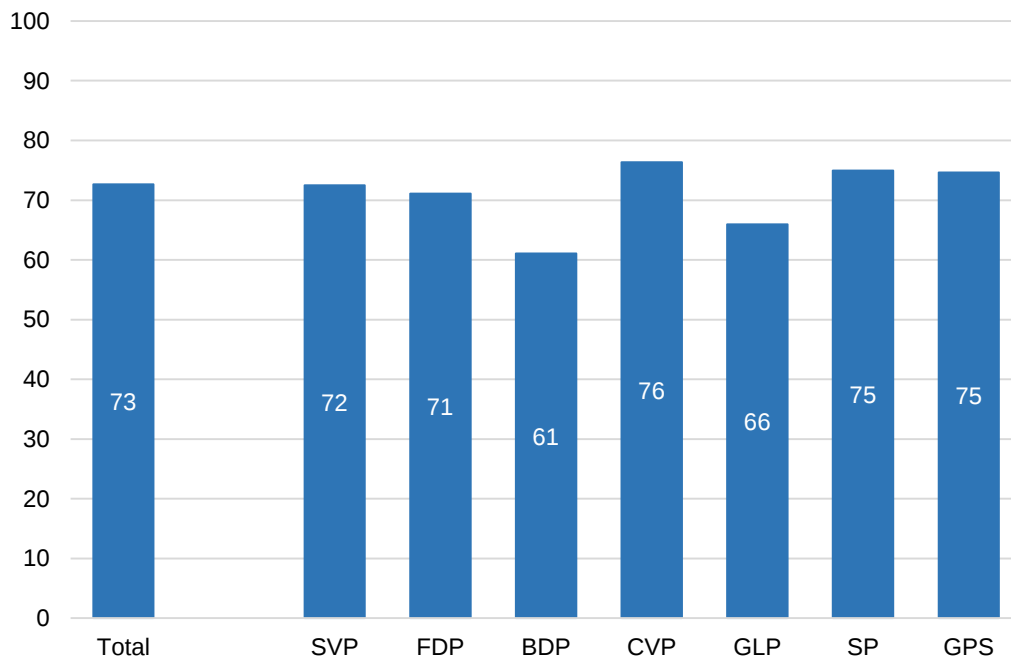
Neben den Wählerinnen und Wählern werden anlässlich der nationalen Wahlen seit 2007 im Rahmen eines international vergleichenden Projektes auch sämtliche National- und Ständeratskandidierenden befragt. Dies erlaubt es, zusätzlich zur Wahlbefragung Einblicke in die Wahlkampfaktivitäten sowie die politischen Positionen der Kandidierenden in der Schweiz zu gewinnen. Von den 3'802 Kandidierenden für den Nationalrat hat knapp die Hälfte teilgenommen (45%). Wir haben die Kandidierenden über ihre Wahlkampfaktivitäten, ihre Einstellung zur Demokratie und zu verschiedenen politischen Themen befragt.

6.1 Der Weg zur Kandidatur

Während auf lokaler Ebene regelmässig beklagt wird, es sei schwierig, geeignete Kandidierende für politische Ämter zu finden, ist dies auf nationaler Ebene nicht der Fall. 2015 gab es erneut eine Rekordzahl von mehr als 3'800 Kandidaturen für einen der 200 Sitze im Nationalrat.

Angesichts der geringen Wahlchancen stellt sich die Frage, weshalb so viele überhaupt kandidieren. Dazu fragten wir alle Kandidierenden, ob sie von bestimmten Personen oder Gruppen zu einer Kandidatur ermutigt worden sind oder ob dies ausschliesslich die eigene Entscheidung gewesen sei. Die Mehrheit der Kandidierenden gab dabei in allen Parteien an, dass sie zu einer Kandidatur ermutigt worden seien (siehe Grafik 39). Dieser Anteil ist einzig bei der GLP und der BDP etwas geringer als bei den grösseren Parteien.

Grafik 39 Anteil Kandidierende, die Angaben zu einer Kandidatur ermutigt worden zu sein (in %).

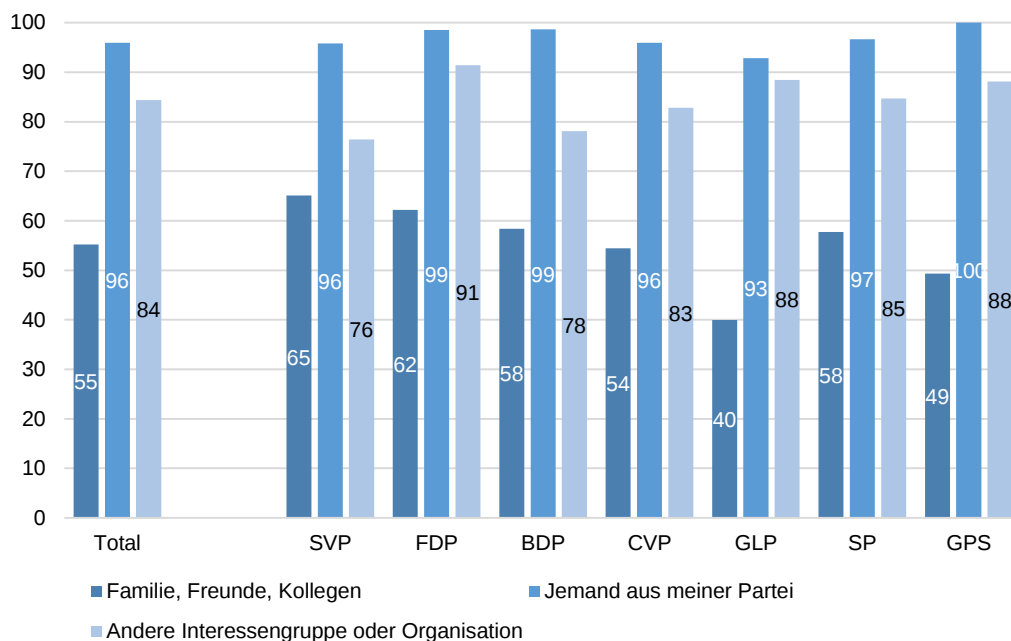


Lesebeispiel: 73% der Kandidierenden gab an, dass sie zu einer Kandidatur ermutigt worden seien. Bei den Kandidierenden der SVP waren diese 72% (N Total 1669; SVP 191; FDP 196; BDP 101; CVP 196; GLP 158; SP 214; GPS 167)

Im Anschluss wurden jene, die ermutigt worden waren, dazu befragt, von wem sie ermutigt worden waren. Mehrfachnennungen waren möglich. Fast alle Kandidierenden aller Parteien (96%) gaben an, dass jemand aus der Partei sie zu einer Kandidatur ermutigt habe.

Für die Rekrutierung der Kandidierenden spielen die Parteien somit eine wichtige Rolle. Am zweithäufigsten wurden Interessengruppen genannt: 84% aller Kandidierenden gaben an, dass sie von einer Interessengruppe oder Organisation zu einer Kandidatur ermutigt worden waren. Bei Kandidierenden aller Parteien war dies eine wichtige Ermutigung für die Kandidatur. Am wenigsten wichtig waren Familie, Freunde oder Kollegen, obwohl auch 55% aller Kandidierenden sagten, sie seien aus dem privaten Umfeld zu einer Kandidatur ermutigt worden.

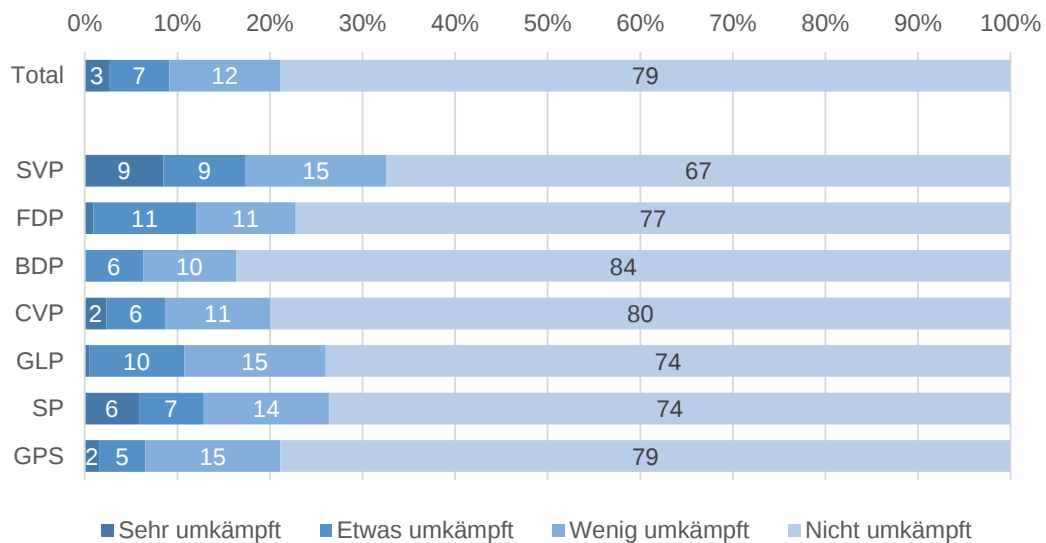
Grafik 40 Gruppen, Personen, die zur Kandidatur ermutigt haben (in %).



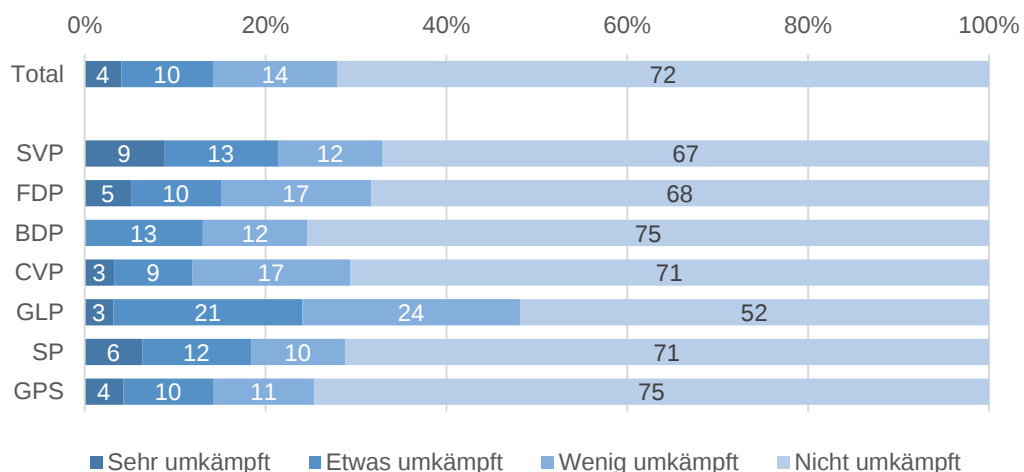
Lesebeispiel: 96% der Kandidierenden gab an, dass sie von jemandem aus der Partei zu einer Kandidatur ermuntert worden seien. 84% gaben an, eine Interessengruppe oder Organisation hätte sie ermuntert, 55% sagten, das sei jemand aus dem privaten Umfeld (Familie, Freunde, Kollegen) gewesen. (N Total 1212; SVP 138; FDP 139; BDP 62; CVP 150; GLP 104; SP 161; GPS 125).

Wie groß war der Wettbewerb um diese Kandidaturen in der Selbstwahrnehmung der Kandidierenden? Wir fragten alle Kandidierenden, wie umkämpft ihre Kandidatur war. Zudem fragten wir, ob die Platzierung auf der Liste umkämpft war. In einigen Kantonen und Parteien werden die Listen alphabetisch aufgestellt, in anderen ist die Festsetzung der Reihenfolge auf der Liste sehr umstritten und Gegenstand aufwändiger Prozeduren bzw. interner Streitigkeiten, da die Kandidierenden der Meinung sind, ein guter Listenplatz garantiere ein gutes Ergebnis.

Die beiden folgenden Grafiken geben die Antworten der Kandidierenden wieder. Es zeigt sich, dass sowohl die Kandidaturen selbst als auch die Listenplatzierung mehrheitlich als nicht umkämpft wahrgenommen werden. 79% der Kandidierenden sagten, ihre Kandidatur sei nicht umkämpft gewesen; 72% meinten, auch die Listenplatzierungen seien nicht umkämpft gewesen. Grosse Unterschiede zwischen den Parteien zeigen sich hier nicht. Bei der SVP ist eine leichte Tendenz zu stärker umkämpften Kandidaturen feststellbar, aber auch bei der SVP gaben zwei Drittel der Befragten an, die Kandidatur sei nicht umkämpft gewesen. Bei der GLP scheint demgegenüber das Gerangel um gute Listenplätze eher überdurchschnittlich gewesen zu sein.

Grafik 41 Wie umkämpft waren Kandidaturen?

Lesebeispiel: 3% der Kandidierenden gab an, dass ihre Kandidatur sehr umkämpft gewesen sei, 7% meinten die Kandidatur sei etwas umkämpft gewesen, 79% meinten ihre Kandidatur sei nicht umkämpft gewesen (N Total 1643; SVP 187; FDP 195; BDP 99; CVP 194; GLP 158; SP 213; GPS 166).

Grafik 42 Wie umkämpft waren Listenplatzierung?

Lesebeispiel: 4% der Kandidierenden gab an, dass ihre Listenplatzierung sehr umkämpft gewesen sei, 10% meinten die Listenplatzierung sei etwas umkämpft gewesen, 72% meinten ihre Listenplatzierung sei nicht umkämpft gewesen (N Total 1643; SVP 187; FDP 195; BDP 99; CVP 194; GLP 158; SP 213; GPS 166).

6.2 Wahlkampf: die Kosten

Eine wichtige Ressource im Wahlkampf für die Kandidierenden ist Geld. In der Schweiz werden grosse Summen in die Politik investiert – nicht nur für Abstimmungen, sondern auch für Wahlen. Ein Teil der Ausgaben wird von den Kandidierenden für ihre individuellen Wahlkämpfe genutzt. Die folgenden Zahlen basieren ausschliesslich auf den Selbstdeklarationen der Kandidierenden. Wir haben sie gefragt, wie gross die Ausgaben insgesamt seien und welcher Prozentsatz davon aus Beiträgen der Partei, aus Spenden und aus eigenen Mitteln komme. Wie verlässlich die Angaben sind, ist unklar. Wir haben allerdings keine Anzeichen dafür, dass die Kandidierenden systematisch falsche Angabe machen,

da sowohl die Teilnahme an der Befragung als auch die Beantwortung einzelner Fragen freiwillig ist.

Insgesamt ergeben sich durch Kandidierende getätigte Wahlkampfausgaben von 29 Mio. Franken. Davon entfallen rund 7,0 Mio. auf die FDP, 5,7 Mio. auf die CVP, 5,2 Mio. auf die SVP, 3,3 Mio. auf die SP, 2,1 Mio. auf die GPS, 1,3 Mio. auf die GLP und 1 Mio. auf die BDP. Auf die Kandidierenden kleinerer Parteien entfallen weitere rund 3,3 Mio. Franken an Wahlkampfausgaben.

Umgerechnet bedeutet dies, dass die Kandidierenden für den Nationalrat im Durchschnitt pro Stimmberechtigtem rund 5.50 Franken ausgaben bzw. bei einer Stimmbeteiligung von 49% rund 11.35 Franken pro Wählendem. Nimmt man noch die Wahlkampfausgaben der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien sowie der Verbände hinzu, steigt dieser Betrag nochmals auf mindestens das Doppelte. Pro Kopf ist dies durchaus vergleichbar mit Wahlen in den USA; die Ausgabenhöhe in Deutschland liegt derweil darunter. In den USA gaben 2012 alle Kandidierenden für die Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen zusammen 2,8 Mrd. \$ aus; dies waren pro eingetragenen Wahlberechtigtem ca. 12 \$ bzw. pro 22 \$ pro Wählendem. Davon floss ein substantieller Teil in Fernsehwerbung, die in der Schweiz nicht erlaubt ist. In Deutschland gaben die Parteien 2013 ca. 151 Mio. € für die Bundestagswahlen sowie für die drei Landtagswahlen aus. Das sind etwa 2 € pro Wahlberechtigtem bzw. 3 € pro Wählendem und damit deutlich weniger.

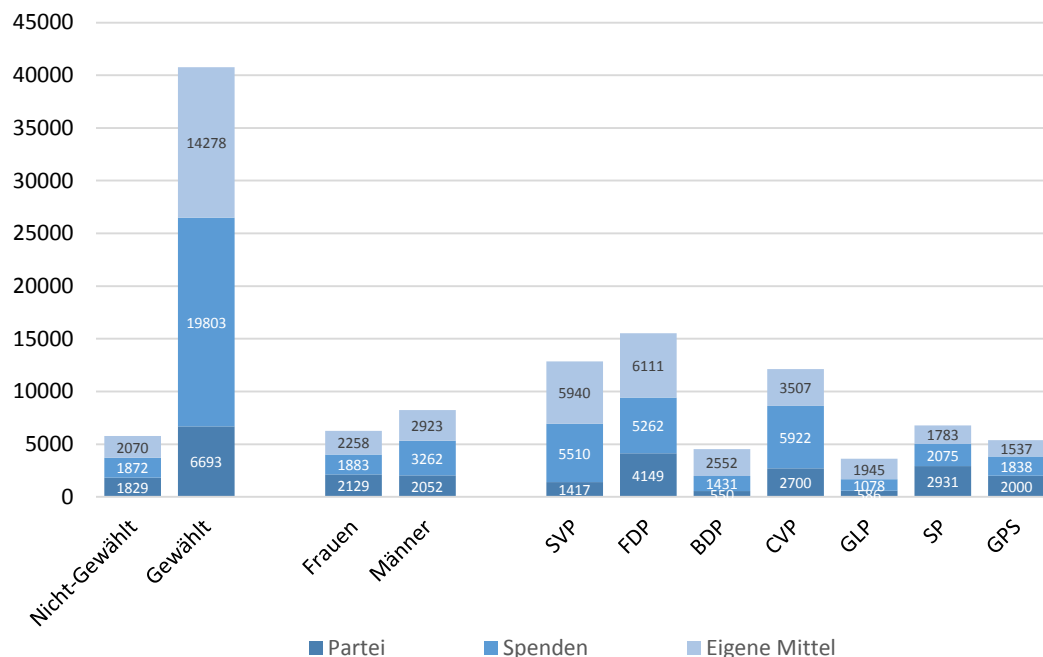
2015 gaben die Kandidierenden jeweils durchschnittlich 7'500 Franken für den Wahlkampf aus. Dies ist etwas weniger als noch 2011, was am Wahrscheinlichsten damit erklärbar ist, dass es 2015 nochmals deutlich mehr Kandidierende gab, die aber zusammen nicht mehr in den Wahlkampf investierten.

Eine Bestätigung dafür liefert der Vergleich der Ausgaben der Gewählten und Nicht-Gewählten. Nicht-Gewählte investierten im Durchschnitt rund 5'800 Franken in ihren persönlichen Wahlkampf und damit im Durchschnitt deutlich weniger als noch 2011, als die Ausgaben 7'000 Franken betrugen, Gewählte gaben hingegen fast 40'000 Franken, also etwa ebenso viel wie noch 2011.

Signifikante Unterschiede sind zwischen Frauen und Männern feststellbar. Männer gaben fast 2'000 Franken mehr aus als Frauen. Unterschiede gab es auch zwischen den Parteien. SVP-Kandidierende investierten im Durchschnitt 12'800 Franken. Bei FDP-Kandidierenden lag der Schnitt bei 15'500 Franken und damit deutlich höher als bei den FDP-Kandidierenden. 2011 war das Verhältnis zwischen SVP- und FDP-Kandidierenden noch umgekehrt. Bei der CVP lagen die Ausgaben bei rund 12'100 Franken pro Kandidierendem, bei der SP bei rund 6'800 Franken. Geringer waren die Ausgaben bei der GPS (5'400) bzw. der BDP (4'500) und am geringsten bei der GLP (3'600).

Dass diese Grössenverhältnisse so unterschiedlich sind, hängt damit zusammen, dass bei den kleineren Parteien die Zahl der Kandidierenden mit Erfolgsaussichten gleichsam geringer ist als bei den grossen Parteien. Kandidierende mit geringen Erfolgsaussichten haben zudem geringere Anreize, in den Wahlkampf zu investieren. Hinzu kommt, dass es den Kandidierenden kleinerer Parteien wohl schwerer fällt, Ressourcen zu mobilisieren als den Kandidierenden der grossen Parteien.

Grafik 43 Höhe und Herkunft der Kampagnenmittel der Kandidierenden



Lesebeispiel: 2015 gaben die Nicht-Gewählten 1829 Franken aus Parteimitteln für den Wahlkampf aus, 1872 Franken aus Spenden und 2070 steuerten sie aus eigenen Mitteln bei. N Nicht-Gewählte 1422; Gewählte 74; Frauen 520; Männer 977; SVP 172; FDP 178; BDP 96; CVP 171; GLP 156; SP 194; GPS 151).

Bei allen Parteien lagen die Ausgaben der Kandidierenden niedriger als noch 2011. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die Zunahme der Jugendlisten 2015 sein. In fast allen Kantonen traten 2015 fast alle Parteien mit Jugendlisten an. Diese Listenkategorie nahm nochmals deutlich zu. Da auf den Jugendlisten allerdings die Wahlchancen minimal sind, weil 2015 keine einzige Jugendliste einen Sitz erreicht hat, sind auch die Anreize einzelner Kandidierender gering, viel Geld auszugeben.

Werden die Jugendlisten nicht betrachtet, so steigen bei den Kandidierenden aller Parteien die Ausgaben. Auf den Hauptlisten gaben die Kandidierenden der SVP im Durchschnitt 18'500, jene der FDP 25'900, bei der CVP 18'000, der SP 9'600, der GPS 8'200, der BDP 5'400 und bei der GLP 4'700 Franken aus.

Neben der Höhe der Ausgaben wurde auch ermittelt, woher das Geld kommt. Für die Kandidierenden gibt es grundsätzlich drei Geldquellen: Die Partei, die dem Kandidierenden Mittel für den persönlichen Wahlkampf gibt, Spenden von Privaten und Institutionen sowie eigene Mittel der Kandidierenden. Die Kandidierenden gaben an, dass etwas mehr als ein Drittel der Wahlkampfgelder aus ihrem Privatvermögen stammten. Bei den Nicht-Gewählten ist der Anteil gegenüber den Gewählten etwas höher, wobei die bei in absoluter Betrachtung dennoch viel mehr aus der eigenen Tasche bezahlten. Die Gewählten investierten rund 14'300 Franken der Wahlkampfkosten aus der eigenen Tasche. Unterschiede gibt es zwischen Männern und Frauen: Erstere geben rund 700 Franken mehr aus. Auch zwischen den Parteien sind die absoluten Unterschiede sehr gross. FDP-Kandidierende investieren je rund 6'100 Franken an eigenen Mitteln in den Wahlkampf, bei der SP ist es weniger als die Hälfte dessen. Bei der SP liegt der Anteil des privaten Vermögens damit bei knapp 30%. Bei der BDP macht das eigene Geld den Grossteil der Ausgaben aus, weil die anderen Quellen vergleichsweise bescheiden sind.

Ein sehr hohes Spendenvolumen können die Gewählten aufweisen. Die Gewählten gaben an, dass etwa 20'000 Franken das Wahlkampfbudgets aus Spenden stammen. Bei den

Parteien gelingt es den SVP-Kandidierenden in absoluter Hinsicht mit durchschnittlich 5'500 Franken am besten, Spenden zu sammeln, wobei nicht unterschieden wird ist, ob es sich um private oder um institutionelle Spenden (Firmen, Organisationen) handelt. Auch jeder FDP-Kandidat sammelt noch fast 5'300 Franken an Spenden für den Wahlkampf. Die wenigsten Spendengelder gibt es für die beiden grünen Parteien GLP und GPS sowie die Kandidierenden der BDP.

Sehr grosse Unterschiede gibt es auch bei den Zuwendungen der Partei. Am höchsten sind diese bei FDP und SP. Bei der SP sind die Parteigelder auch der höchste Anteil der Ausgaben überhaupt, was bei den anderen Parteien nicht der Fall ist. Woher die Mittel für die Partei kommen, ist hingegen nicht ausgewiesen. Es lässt sich vermuten, dass die Unterschiede mit unterschiedlichen Regeln und Gewohnheiten über innerparteiliche Geldflüsse in Zusammenhang stehen.

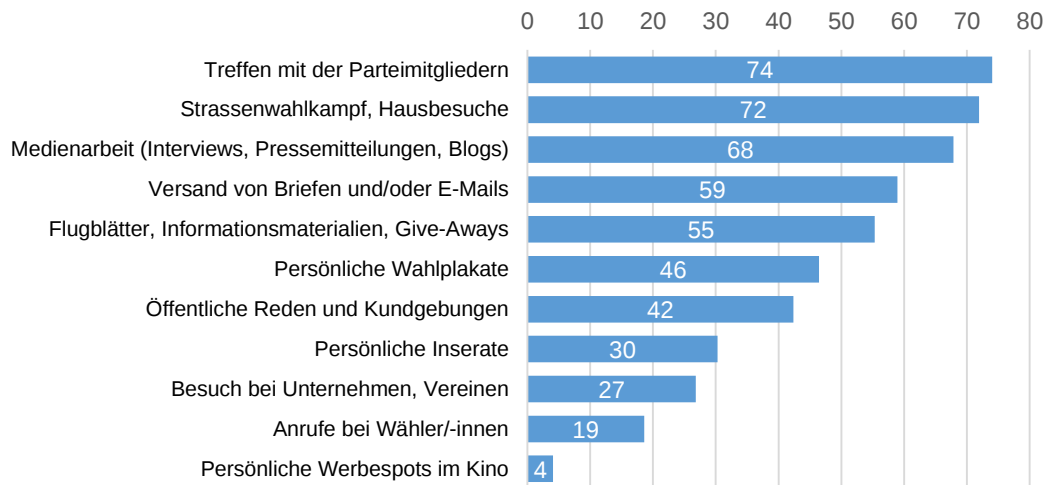
6.3 Wahlkampf: die Kampagnenaktivitäten

Da die Kandidierenden, um gewählt zu werden, viele Stimmen für sich sammeln müssen, sind auch die Anreize hoch, eine aktive Kampagne zu führen. Viele Kandidierenden setzen denn auch eine Vielzahl von Wahlkampfinstrumenten ein.

Welche Instrumente genutzt werden, gibt Grafik 44 wieder. Eingesetzt wurden am häufigsten Parteianlässe und Treffen mit Parteimitgliedern, gefolgt von Strassenwahlkampf. 72% der Befragten gaben an, auf der Strasse den persönlichen Kontakt mit den Wählenden gesucht zu haben. Viele der Kandidierenden gaben an, Medienarbeit gemacht zu haben. Ebenfalls beliebt sind der Versand von Briefen und/oder E-Mails für persönliche Werbung. Persönliche Plakate hatten 46% der Kandidierenden. Gegen 30% schalteten persönliche Inserate. Wenig genutzt wurden persönliche Telefonanrufe oder persönliche Werbespots. Letztes hat dies vor allem damit zu tun, dass Politikwerbung in elektronischen Medien nicht erlaubt ist und so für diese Art von Werbung nur Kinos oder soziale Medien wie YouTube oder Facebook nutzbar sind.

In der Nutzung der traditionellen Wahlkampfinstrumente gibt es zwischen den Parteien nur wenige Unterschiede, daher verzichten wir darauf, diese hier auszuweisen. Ein Unterschied ist allerdings sehr auffällig: Während Telefonanrufe bei Wählenden bei den meisten Parteien eine sehr untergeordnete Rolle spielen, geben 85% der SP-Kandidierenden an, dass sie Telefonanrufe durchgeführt hatten. Die Partei setzte im Wahlkampf sehr stark auf dieses Instrument, das in der Schweiz bisher wenig verbreitet war, um die Wählerschaft zu mobilisieren – und offenbar war auch ein Grossteil der Kandidierenden bereit, dabei mitzuarbeiten.

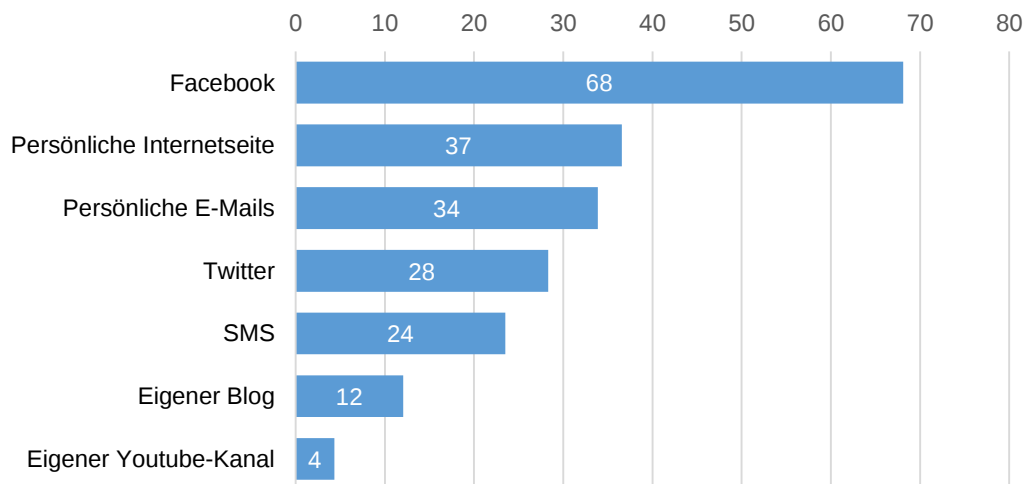
Grafik 44 Einsatz von verschiedenen Wahlkampfmitteln der Kandidierenden 2015 (in %).



Lesebeispiel: 2015 gaben 74% der Kandidierenden an, sich während dem Wahlkampf mit Parteimitgliedern getroffen zu haben. (N = 1648).

Zusätzlich zu den traditionellen Instrumenten wird auch die Aktivität in den sozialen und elektronischen Medien für die Kandidierenden immer wichtiger. Wir haben die Kandidierenden deshalb gefragt, ob und wie sie das Internet für ihre Aktivitäten nutzen. Grafik 45 zeigt, wie häufig dies der Fall war. Mit Abstand am beliebtesten ist dabei Facebook: 68% der Kandidierenden gab 2015 an, Facebook für den Wahlkampf genutzt zu haben. Eine persönliche Internetseite hatten 37%, E-Mails verschickten 34%. Twitter hingegen steht gegenüber Facebook klar zurück. Nur 28% der Kandidierenden gab an, Twitter genutzt zu haben. Einen eigenen Blog hatten 12%, einen YouTube-Kanal nur 4%.

Grafik 45 Einsatz verschiedener Internet-Aktivitäten der Kandidierenden 2015 (in %).



Lesebeispiel: 2015 gaben 68% der Kandidierenden an, Facebook für den Wahlkampf genutzt zu haben. (N = 1648).

6.4 Kandidierende und Wählende im Vergleich

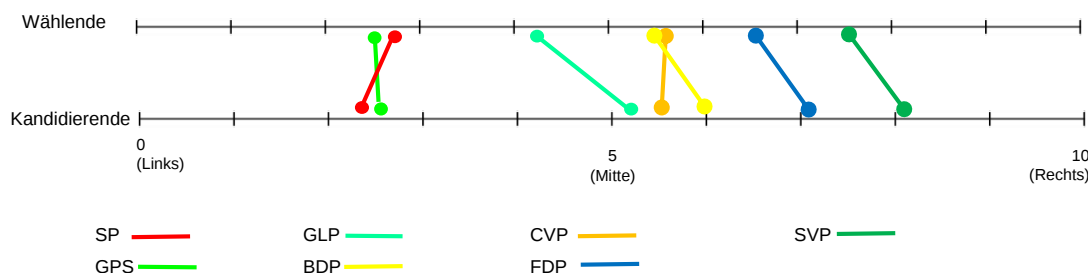
Eine Anforderung an repräsentative Demokratien besteht darin, dass die gewählten Volksvertreter die Bevölkerung repräsentieren. Dies ist trotz direkter Demokratie auch in der Schweiz von Belang. Politik wird wesentlich durch die Parteien im Parlament mitbestimmt und gestaltet. Deshalb ist es interessant, inwiefern Politiker und Parteien die politischen Einstellungen ihre Wählerinnen und Wähler widerspiegeln.

Wir haben im Rahmen von Selects sowohl den Wählenden als auch den Kandidierenden verschiedene gleichlautende Fragen gestellt, um Vergleiche zwischen Kandidierenden und Parteien zu ermöglichen.

Ein erster Vergleich besteht in der Einordnung der Kandidierenden und der Wählenden auf der Links-Rechts-Achse. Grafik 46 gibt den Mittelwert der Wählenden und der Kandidierenden der sieben grössten Parteien auf der Links-Rechts-Achse wieder.

Hinsichtlich der beiden linken Parteien SP und GPS ist die Positionierung sehr ähnlich, sowohl der beiden Parteien untereinander als auch im Vergleich der Wählenden und Kandidierenden. Grössere Abweichungen gibt es bei der GLP. Dort ordnen sich die Wählenden deutlich linker ein als die Kandidierenden, die sich im Durchschnitt in der Mitte sehen. Sehr grosse Übereinstimmung gibt es bei der CVP zwischen Kandidierenden und Wählenden. Beide Gruppen reihen sich im Durchschnitt leicht rechts der Mitte ein. Bei den drei anderen bürgerlichen Parteien ist zu beobachten, dass die Kandidierenden in allen Fällen rechter als die Wählenden stehen, wobei in der SVP die Kandidierenden und Wählenden am rechten sind, bei der BDP leicht rechts der Mitte und bei der FDP dazwischen.

Grafik 46 Einordnung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse 2015 in%



(Mittelwerte aller Kandidierenden, bzw. Wählenden, die eine Partei gewählt haben; N und Werte siehe Tabelle 11).

Wir haben die Wählenden nicht nur gefragt, wie sie sich selbst einschätzen, sondern auch, wie sie die Partei auf der Links-Rechts-Achse positionieren würden. Umgekehrt haben wir die Kandidierenden gefragt, wie sie die Wählerschaft der eigenen Partei einordnen würden. In Tabelle 11 sind die Mittelwerte der Selbstpositionierung der Kandidierenden und der Wählenden abgebildet, die auch in der Grafik 46 oben abgebildet sind; zudem wird dargestellt, wie die Wählenden die Kandidierenden im Durchschnitt einordnen und wo die Kandidierenden die Wählenden ihrer Partei verorten.

Hierbei zeigen sich einige interessante Unterschiede. So sehen die Wählenden der GPS die eigene Partei in etwa so positioniert wie sie selbst, die SP-Wählenden verorten die eigene Partei hingegen deutlich linker als sich selbst. Auch die SP-Wählenden sehen die SP linker als die GPS. Relativ grosse Übereinstimmung unter den Wählenden gibt es bei der GLP und der CVP. Bei BDP, FDP und SVP sehen die Wählenden sich selbst deutlich weniger rechtsstehend als die gewählte Partei. Vor allem bei der SVP wird die Partei von den SVP-Wählenden markant weiter rechts eingestuft als die SVP-Wählenden sich selbst sehen.

Bei den Kandidierenden fällt auf, dass sie ihre Wählerschaft ähnlich einstufen wie sich selbst. Nur bei den linken Parteien sehen die Kandidierenden ihre Wählerschaft stärker in der Mitte, als sie sich selber einstufen. Diese Differenz ist bei der SP ausgeprägter als bei der GPS. Bei allen anderen Parteien ist die Übereinstimmung sehr gross bzw. sind die Differenzen in der Selbsteinschätzung der Kandidierenden wie auch die Einschätzung über die Partei so klein, dass sie nicht ins Gewicht fallen.

Am auffälligsten bei diesen Vergleichen ist insgesamt die unterschiedliche Einschätzung der Kandidierenden und der Wählerschaft bei der GLP. Die GLP-Wählenden sehen sich selbst wie auch die Partei links der Mitte, die Kandidierenden der GLP aber sehen sowohl sich selbst als auch ihre Wählerschaft in der Mitte ~~mit leichtem Rechtsdrall~~.

Tabelle 11 Links-Rechts Einstellungen der Wählenden und Kandidierenden 2015.

		GPS	SP	GLP	CVP	BDP	FDP	SVP
Wählende	Selbstpositionierung	2.4	2.7	4.2	5.7	5.6	6.6	7.7
	Positionierung eigene Partei	2.2	1.9	4.4	5.7	6.0	7.0	8.8
	<i>N</i>	247	683	166	408	141	575	1029
		GPS	SP	GLP	CVP	BDP	FDP	SVP
Kandidierende	Selbstpositionierung	2.5	2.3	5.2	5.6	6.0	7.1	8.1
	Positionierung eigene Wählenden	2.8	3.0	5.1	5.7	6.1	7.1	8.3
	<i>N</i>	110	139	108	125	77	112	113

Lesebeispiel: Die Wählenden der GPS sehen sich bei 2,4 auf der Links-Rechts Achse, die von 0-10 geht. Die Partei schätzen die GPS-Wählenden im Durchschnitt bei 2.2. ein.

Zusätzlich haben wir neben der Links-Rechts-Einordnung auch die Einstellungen zu verschiedenen aktuellen Sachthemen erfragt. Dabei sind wir wie folgt vorgegangen: Den Wählenden haben wir jeweils eine Auswahl jener Fragen vorgelegt, welche die Kandidierenden auch in smartvote beantwortet haben. Dabei war es nicht möglich, alle Fragen, die smartvote den Kandidierenden stellte, auch den Wählenden vorzulegen; Selects beschränkte sich vielmehr auf die folgenden acht Fragen, bei denen man jeweils mit ja, eher ja, eher nein, oder nein antworten konnte:

- „Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?“
- „Finden Sie es richtig, dass der Bund die ausserfamiliäre Kinderbetreuung finanziell unterstützt?“
- „Die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind für die Schweiz verbindlich. Finden Sie dies richtig?“
- „Im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels hat das Parlament den Bau einer zweiten Röhre beschlossen. Befürworten Sie dies?“
- „Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dies?“
- „Soll die Einbürgerung von Ausländer/innen der dritten Generation erleichtert werden?“
- „Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeland sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?“
- „Soll das Bankgeheimnis im Inland gegenüber schweizerischen Steuerbehörden aufgehoben werden?“

Die Antworten der Wählenden der sieben grössten Parteien wie auch jene der Kandidierenden dieser Parteien sind in Tabelle 12 dargestellt. Die Werte geben jeweils wieder, welcher Anteil der Wählenden bzw. der Kandidierenden den verschiedenen Aussagen jeweils mit 'ja' oder 'eher ja' beipflichtete. In der dritten Kolonne ist jeweils die Differenz zwischen Kandidierenden und Wählenden aufgezeigt.

Bei einigen Fragen gibt es erhebliche Differenzen zwischen den Kandidierenden und ihren Wählenden.

Bei der SVP befürworteten 67% der Kandidierenden eine Erhöhung des Rentenalters; bei den SVP-Wählenden sind dies nur 30%, d.h. eine deutliche Mehrheit lehnt dies ab. Grosse Differenzen gibt es auch bei der Frage, ob die Schweiz Entscheide des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes als verbindlich akzeptiert. Dies finden nur 7% der SVP-Kandidierenden, aber 31% der SVP-Wählenden richtig. Ebenfalls gibt es erhebliche Differenzen bei der Frage des Atomausstieges. Nur 7% der SVP-Kandidierenden wollen den Ausstieg aus der Atomenergie, jedoch ist eine knappe Mehrheit der SVP-Wählenden dafür. Auch in Einbürgerungsfragen oder der Frage nach dem Bankgeheimnis sind die SVP-Kandidierenden wesentlich konservativer als ihre Wählerschaft eingestellt. Am stärksten ist die Übereinstimmung der SVP bei der Zustimmung zur zweiten Gotthardröhre und bei der Ablehnung, Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufzunehmen.

Bei der FDP sind bei der Frage zur Erhöhung des AHV-Rentenalters ebenfalls klare Unterschiede feststellbar. 92% der Kandidierenden befürworten eine Erhöhung, aber nur 45% der Wählenden. Daneben gibt es vor allem bei der Frage nach dem Atomausstieg bis 2029 und beim Bankgeheimnis Differenzen, bei denen die Wählenden klar stärker für den Atomausstieg und für die Aufhebung des Bankgeheimnisses sind als die Kandidierenden. Bei den anderen Fragen sind die Differenzen etwas kleiner, d.h. Kandidierende und Wählende stimmen besser überein. Interessant ist jedoch, dass eine Mehrheit der Kandidierenden gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten ist – bei der FDP-Wählerschaft betrifft dies eine knappe Mehrheit. Auch ist eine knappe Mehrheit der FDP-Kandidierenden gegen die finanzielle Unterstützung von ausserfamiliärer Kinderbetreuung; bei den Wählenden ist die Mehrheit dafür.

Bei der BDP gibt es ebenfalls bei der Erhöhung des Rentenalters unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse zwischen den Kandidierenden, die mehrheitlich dafür sind, und den Wählenden, die mehrheitlich dagegen sind. Auch bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung sind die Ansichten unterschiedlich. Eine deutliche Mehrheit der Kandidierenden ist dafür, eine knappe Mehrheit der Wählenden ist dagegen. Abweichende Mehrheiten gibt es ferner beim Bankgeheimnis im Inland: Zwei Drittel der Kandidierenden wollen es beibehalten, unter den Wählenden aber ist eine knappe Mehrheit für eine Aufhebung des Bankgeheimnisses im Inland.

Bei der CVP fällt die Differenz bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung am stärksten auf: Fast alle Kandidierenden sind für eine finanzielle Unterstützung; bei den Wählenden ist nur eine knappe Mehrheit dafür. Wie bei der FDP, sind die Ansichten zum Atomausstieg bei der CVP zwischen Wählenden und Kandidierenden unterschiedlich. 29% der CVP-Kandidierenden sind für einen Ausstieg bis 2029; bei den CVP-Wählenden sind dies 68%. Auch beim Bankgeheimnis sind die Wählenden weit offener als die Kandidierenden. Die CVP-Wählerschaft lehnt die Aufhebung des Bankgeheimnisses im Inland nur knapp ab.

Bei der GLP fallen die Differenzen bei der Erhöhung des Rentenalters auf. 89% der Kandidierenden sind dafür, aber nur 49% der GLP-Wählerschaft. Unterschiedliche Mehrheiten sind bei der Frage zur zweiten Gotthardröhre feststellbar: 13% der GLP-Kandidierenden waren für eine zweite Gotthardröhre, bei den Wählenden waren es nach den Wahlen 51%. Bei der GLP sind zwei Drittel der Wählenden für die Abschaffung des Bankgeheimnisses im Inland, bei den GLP-Kandidierenden sind nur 31% dafür.

Grössere Übereinstimmungen als bei den anderen Parteien gibt es in vielen Fragen zwischen den Wählenden und den Kandidierenden der linken Parteien GPS und SP. Nur in einem Fall sind unterschiedliche Mehrheiten zu beobachten. Bei der SP spricht sich eine

knappe Mehrheit der Wählenden für eine zweite Gotthardröhre aus, während die Kandidierenden fast alle dagegen sind. Auch ist unter den Wählenden die Akzeptanz eines höheren Rentenalters sowohl bei SP als auch bei den GPS-Wählenden mit über 30% klar höher als bei den Kandidierenden, die dies mehrheitlich ablehnen. Demgegenüber ist bei den SP- und GPS-Wählenden die Aufhebung des Bankgeheimnisses im Inland etwas weniger gut verankert als bei den Kandidierenden der beiden Parteien.

Tabelle 12 Zustimmung zu verschiedene politischen Sachfragen der Wählenden und Kandidierenden 2015

	SVP			FDP			BDP			CVP		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Erhöhung Rentenalter für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)	67	30	37	92	45	47	65	39	26	45	41	4
Finanzielle Unterstützung für ausserfamiliäre Kinderbetreuung.	17	35	-18	44	57	-13	85	46	39	91	55	36
Verbindlichkeit Urteile des EGMR für die Schweiz	7	31	-24	76	62	14	86	66	20	89	62	27
Bau zweite Gotthardröhre	95	79	16	94	83	11	91	82	9	89	79	10
Ausstieg aus der Atomenergie 2029	5	51	-46	14	58	-44	52	76	-24	29	68	-39
Erleichterte Einbürgerung Ausländer/innen dritter Generation	19	43	-24	60	78	-17	71	71	0	82	72	10
Aufnahme Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten	6	18	-12	39	53	-14	53	57	-4	74	58	16
Aufhebung Bankgeheimnis im Inland	2	29	-27	8	32	-25	33	55	-22	18	41	-23
N	265	1007-1079		234	560-601		139	143-152		218	387-421	

	GLP			SP			GPS		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Erhöhung Rentenalter für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)	89	49	40	7	31	-24	15	33	-18
Finanzielle Unterstützung für ausserfamiliäre Kinderbetreuung.	86	70	16	99	81	18	98	80	18
Verbindlichkeit Urteile des EGMR für die Schweiz	94	91	4	99	84	15	99	88	11
Bau zweite Gotthardröhre	13	51	-37	9	53	-44	1	26	-25
Ausstieg aus der Atomenergie 2029	95	90	5	99	90	9	100	98	2
Erleichterte Einbürgerung Ausländer/innen dritter Generation	95	87	8	99	94	5	100	95	5
Aufnahme Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten	89	69	20	99	84	15	99	86	13
Aufhebung Bankgeheimnis im Inland	31	66	-35	95	72	23	94	77	17
N	208	156-169		236	632-686		178	226-253	

Lesebeispiel: Bei der SVP sagten 67% der Kandidierend ja oder eher ja zu einer Erhöhung des Rentenalters. Bei den Wählenden der SVP sagten hingegen nur 30% der Befragten ja oder eher ja zu einer Erhöhung des Rentenalters.

7 Anhang

7.1 Das Selects-Projekt

Selects ist ein seit 1995 bestehendes Wahlforschungsprojekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten an Schweizer Universitäten getragen wird und seit 2008 bei FORS in Lausanne angegliedert ist. Mit Selects ist es der Wahlforschung in der Schweiz seit 1995 gelungen, sowohl eine hohe Kontinuität zu wahren als auch immer wieder neue, innovative Fragestellungen einzubeziehen und zusätzlich die Schweizer Wahlforschung national und international zu vernetzen.

Diese internationale Vernetzung ist unter anderem durch die Beteiligung an international vergleichenden Studien sichergestellt. Zum einen ist das die „Comparative Study of Electoral Systems (CSES)“, an der sich die Schweiz seit den 1990er Jahren beteiligt. Selects ist seit 2007 auch an einem international vergleichenden Projekt beteiligt, dem „Comparative Candidate Survey (CCS)“. Im Rahmen von CCS sind nach den Wahlen 2015 zum dritten Mal sämtliche Kandidierenden für den National- und Ständerat befragt worden.

Der Einbau neuer innovativer Fragestellungen erfolgt bei Selects in einem strukturierten Prozess. Forschende aus dem In- und Ausland hatten rund ein Jahr vor der Wahl die Möglichkeit, Module mit Vorschlägen für neue Fragen einzureichen. Elf von 18 eingereichten Modulen wurden nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren aufgenommen und ganz oder teilweise in einem oder mehreren Erhebungen eingefügt. Abschliessend entschied die Selects-Kommission über alle Fragebogen.

2015 wurde die Befragung zum grössten Teil vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert (Projekt-Nr. 10FI14_150999). Zusätzliche Unterstützung kamen aus den Kantonen Genf, Tessin und Zürich, welche die Aufstockung der Stichprobe in diesen Kantonen auf über 800 Interviews finanzierten, um kantonale Analysen durchführen zu können.

Georg Lutz, der Autor dieser Studie, ist seit 1. Januar 2008 Selects-Projektleiter und zudem seit 2011 assoziierter Professor ad personam an der Universität Lausanne.

Die wissenschaftliche Verantwortung des Selects-Projektes liegt bei der Selects-Kommission, die zwischen 2008 und 2015 von Pascal Sciarini (Universität Genf) präsidiert wurde. Weitere Mitglieder waren von 2012 bis 2015 Peter Farago (FORS), Romain Lachat (Universidad Pompeu Fabra, Barcelona), Andreas Ladner (IDHEAP Lausanne), Lionel Marquis (Universität Lausanne), Peter Moser (Statistisches Amt des Kantons Zürich), Peter Selb (Universität Konstanz), Madeleine Schneider (Bundesamt für Statistik), Marco R. Steenbergen (Universität Zürich), Isabelle Steffen-Stadelmann (Universität Bern) und Barbara Perriard (Bundeskanzlei).

An der Durchführung des Projektes waren diverse weitere Personen beteiligt. Die operative Verantwortung für das Selects-Projekt lag bei Nicolas Pekari (FORS). Zudem haben bei der umfangreichen Datenerhebung folgende Personen in verschiedenen Projektphasen mitgearbeitet: Alessandro Giardini, Ursina Kuhn, Annika Lindhom, Patricia Milbert, Fiona Müller, Michael Ochsner, Riccardo Primavesi, Flurina Schmid und Marina Shkapina. Ohne ihre Unterstützung und den enormen Einsatz wären all die Erhebungen nicht möglich gewesen.

7.2 Zur Interpretation der Ergebnisse

Auch so genannte repräsentative Umfragen sind nicht repräsentativ in dem Sinne, dass sie eine 1:1-Spiegelung der Wirklichkeit darstellen. Alle Antworten der zufällig ausgewählten Personen unterliegen einem Stichprobenfehler und von den zufällig ausgewählten Personen können nicht alle befragt werden, weil sie entweder nicht erreichbar sind oder nicht an der Befragung teilnehmen wollen. Damit sind jene, die befragt werden können, nicht zwingend repräsentativ für alle. So gaben in unserer Umfrage z.B. 72% an, gewählt zu haben, während es in der Realität nur 49% waren. Wir haben diese Verzerrungen in der Beteiligung sowie Verzerrungen im Parteientscheid durch Gewichtung ausgeglichen (vgl.

Abschnitt Gewichtungen). All diese Fehlerquellen bedeuten, dass man bei der Interpretation und Darstellung von Ergebnissen zurückhaltend vorgehen muss.

Wir verwenden verschiedene Kriterien, um möglichst nur gesicherte Ergebnisse zu interpretieren. In erster Linie müssen Unterschiede statistisch signifikant bzw. überzufällig sein, damit wir sie als Unterschiede interpretieren. Bei Zeitreihen über mehrere Befragungen muss zudem ein nachvollziehbarer Trend erkennbar sein.

Allerdings ist auch bei signifikanten Unterschieden zwischen zwei Merkmalsausprägungen noch Vorsicht bei der Interpretation angebracht. Ergebnisse liegen innerhalb einer Fehlermarge, welche die Bandbreite angibt, in welcher sich der reale Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegt. Dieser ist abhängig von der Anzahl der untersuchten Fälle sowie von der Verteilung der Werte. Je weniger Fälle man untersucht und je mehr sich eine Verteilung in Richtung 50:50 bewegt, desto grösser ist die mögliche Verzerrung. Wenn wir alle 5'300 Befragten in eine Auswertung einbeziehen, ist der Stichprobenfehler mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit innerhalb einer Grenze von $\pm 1,5\%$ bei einer 50:50 Verteilung. Untersucht man nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen, von denen 176 befragt wurden, steigt der Stichprobenfehler auf $\pm 7,5\%$. Deshalb ist auch die Angabe eines globalen Stichprobenfehlers wenig sinnvoll, da er in Abhängigkeit der einbezogenen Fälle variiert und in der Regel grösser ist als der global ausgewiesene Stichprobenfehler. Da der mögliche Fehler bei unserer Stichprobengrösse von über 5'000 Befragten fast immer grösser als 1% ist, verzichten wir auch darauf, Ergebnisse mit Kommastellen anzugeben, um nicht den Eindruck einer Genauigkeit zu wecken, die nicht gegeben ist.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Datenzugang. Es ist nur dann möglich, Ergebnisse zu verifizieren – oder zu falsifizieren – und nachvollziehbar zu machen, wenn der Zugang zu den Rohdaten gewährleistet ist und die Auswertungsmethoden nachvollziehbar beschrieben sind. Diesem Prinzip sind auch wir verpflichtet. Die ausführlich dokumentierten Daten der Befragung 2015 sowie aller früheren Befragungen sind über den Datenservice DARIS beim Schweizerischen Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften (FORS) öffentlich verfügbar (www.forscenter.ch).

7.3 Die Datenbasis

Im Rahmen von Selects 2015 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, die im Folgenden dargestellt werden.

7.3.1 Nachwahlbefragung

Im Rahmen der Nachwahlbefragung bei den Wählenden wurden binnen sechs Wochen nach den Wahlen 5'337 Interviews von etwas über 30 Minuten Dauer realisiert. Die Feldarbeit für diese Studie wurde vom Befragungsinstitut DemoSCOPE durchgeführt.

Die Stichprobe für die Nachwahlbefragung ist kantonal geschichtet, d.h. die Personen wurden nicht zufällig in der ganzen Schweiz, sondern zufällig innerhalb der 26 Kantone gezogen. Bei der Stichprobekonzeption waren folgende Kriterien relevant: Eine Grundstichprobe von rund 2600 Interviews war für jeden Kanton so berechnet, dass die Varianz bezüglich Partizipation sowie Parteientscheid möglichst klein wird. In den kleinen Kantonen wurden die Stichproben in einem zweiten Schritt so aufgestockt, dass in jedem Kanton rund 80 Personen befragt werden konnten. Zudem wurden die Stichproben in drei ausgewählten Kantonen (Zürich, Tessin und Genf) auf insgesamt je rund 800–1'000 Interviews erweitert. Diese zusätzlichen Interviews wurden von den erwähnten Kantonen zusätzlich finanziert.

Als Stichprobenbasis stand für die Befragung 2015 der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltsbefragungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik zur Verfügung. Als Nebenprodukt der registerbasierten Volkszählung nutzt das BFS die Angaben aus dem harmonisierten Einwohnerregister als Basis für die Stichprobenziehung bei den eigenen Befragungen. Sie wird, gestützt auf Art. 13 der Statistikerhebungsverordnung, auch zugäng-

lich gemacht für „regelmässige Forschungsvorhaben, die vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert und als Forschungsvorhaben von nationaler Bedeutung“ sind.¹ Diese Kriterien erfüllt Selects. Die vom BFS gelieferten Stichproben beinhalten neben Namen und Adressen auch verschiedene andere Angaben wie Alter, Zivilstand und Geburtsort. Zudem wurden die gleichen Angaben auch für die weiteren Haushaltsmitglieder geliefert.

Nachdem 1995 und 2011 die Interviews immer telefonisch durchgeführt worden waren, erfolgte 2015 eine Umstellung auf eine mixed-mode Befragung (online/CATI). Reine Telefonbefragungen leiden zunehmend darunter, dass viele Haushalte nicht mehr über einen Festnetzanschluss verfügen bzw. über diesen nicht erreichbar sind, da die Telefonnummer nicht eingetragen ist oder der Anschluss nur für Internet oder TV genutzt wird. Ein Grossteil der Befragten nutzte zudem die Möglichkeit, online teilzunehmen. Unter den 5'337 vollständigen Interviews waren 4'683 Online-Interviews (82% %) und 951 Telefoninterviews (CATI, 18%). Die Interviews wurden in Deutsch, Französisch oder Italienisch durchgeführt.

Für die Befragung erhielten die Teilnehmenden ca. eine Woche vor der Wahl einen Ankündigungsbrief mit Informationen zum Projekt. Sodann erhielten sie am Montag nach der Wahl einen Teilnahmebrief, auf dem eine spezielle Website und ein persönliches Login mit der Bitte angegeben waren, an der Befragung online teilzunehmen. Ab der dritten Woche nach der Wahl begann der CATI-Teil und jene, die noch nicht teilgenommen hatten, wurden vom Befragungsinstitut DemoSCOPE angerufen. Die Befragung wurde sechs Wochen nach der Wahl abgeschlossen.

Tabelle A.1 gibt die Ausschöpfung der Stichprobe wieder. Insgesamt wurden 12'239 Personen gezogen. Damit wurden 5'337 Interviews realisiert, was einer Ausschöpfung von 44% der Bruttostichprobe entspricht. Ausfälle gab es, weil für die Personen keine Tel.-Nr. vorhanden (20%) oder weil die Person nicht erreichbar war (14%). Diese Personen hätten allerdings trotzdem online teilnehmen können. 12% wollten nicht an der Befragung teilnehmen; bei 10% gab es andere Gründe für die Nicht-Teilnahme (Gesundheit, Termine, die nicht realisiert werden konnten etc.).

Tabelle A.1 Ausschöpfung der Adressen Nachbefragung.

	Anzahl	In %	Interviews in %
Ausgangsstichprobe: Gezogene Personen	12'239	100	
Keine Tel.-Nr.	2'501	20	
Person nicht erreichbar	1'762	14	
Aktive Verweigerung	1'471	12	
Andere Gründe (Gesundheit, Termine, etc.)	1'168	10	
Interviews	5'337	44	100
Davon Web	4'386		82
Davon CATI	951		18

7.3.2 RCS/Panel-Befragung

Neben der Nachwahlbefragung wurde im Rahmen von Selects eine kombinierte *Rolling Cross-Section/Panel*-Befragung (*RCS/Panel*) durchgeführt. Sie erfolgte ausschliesslich online. Stichprobenbasis war, wie auch für die Nachbefragung, das SRPH des Bundesamtes für Statistik. Diese Befragung umfasste vier Wellen, d.h. die gleichen Personen wurden vier Mal befragt:

- In der ersten Welle wurden im Juni/Juli 2015 11'009 Interviews realisiert. Für die erste Welle wurden insgesamt 29'548 Personen in einer gesamtschweizerischen Stichprobe zufällig ausgewählt (Antwortrate 37%). Die Zielpersonen wurden per Brief aufgefordert, an der Befragung teilzunehmen, danach gab es noch zwei Erinnerungsschreiben. Am Ende des Interviews wurden die Befragten gebeten, eine E-Mail-Adresse anzugeben, damit sie auf diesem Weg für die weiteren Interviews kontaktiert werden können. 90% der Antwortenden gaben eine gültige E-Mail-Adresse an.

¹ http://www.admin.ch/ch/d/sr/431_012_1/index.html

- In der zweiten Welle (RCS-Welle), die vom 17. August bis 18. Oktober dauerte, wurden 7'295 Personen ein zweites Mal befragt (Antwortrate 74%). Während dieser 61 Tage wurden täglich rund 120 Interviews durchgeführt, wobei es grosse Schwankungen in der Anzahl Interviews gab. Wichtig bei dieser Art von Befragung ist, dass jede Tagesstichprobe eine eigene Zufallsstichprobe bildet. Um dies zu erreichen, wurden die E-Mail-Adressen aus der ersten Welle zufällig aufgeteilt. Täglich wurden dann rund 160 neue E-Mails mit der Bitte verschickt, an der Befragung teilzunehmen; es folgte nach jeweils vier bzw. sieben Tagen eine Erinnerungsmail,
- Die dritte Welle erfolgte nach den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2015. In dieser Welle wurden alle, die in der ersten Welle teilgenommen hatten, per E-Mail bzw. per Brief gebeten, erneut an der Befragung teilzunehmen. Von diesen 10'937 Personen nahmen 7'601 an der dritten Welle teil (69%). Insgesamt waren 6'500 Personen bei allen drei Wellen dabei.
- Die vierte Welle wurde nach den Bundesratswahlen vom 9. Dezember realisiert. Aufgefordert dazu wurden jene, die in der dritten Welle mitgewirkt hatten. Von diesen 7'220 Personen konnte mit 5'411 ein Interview durchgeführt werden (Antwortrate 75%).

Tabelle A.2 Ausschöpfung der Adressen in den verschiedenen RCS/Panel-Wellen.

	Welle 1 (Juni/Juli)		Welle 2 (August bis Oktober 2015)		Welle 3 (Oktober/November)		Welle 4 (Dezember)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anzahl Adresse	29'548	100						
Kein Kontakt	16'446	56						
Brief zurückgesandt	354	1						
Verweigerung/Gesundheit	1'181	4						
Unvollständige Interviews	558	2						
Vollständige Interviews	11'009	37						
Ausgangsadressen			9'863	100	10'937	100	7'220	100
Kein Interview			2'366	24	3'088	28	1'637	23
Unvollständige Interviews			202	2	248	2	172	2
Vollständige Interviews			7'295	74	7'601	69	5'411	75

7.3.3 Kandidierendenbefragung

2015 wurden wie bei den Wahlen zuvor auch sämtliche *Kandidatinnen und Kandidaten* befragt. Diese Befragung wurde mittels eines online-Fragebogens sowie durch den Versand eines schriftlichen Fragebogens im Rahmen einer Erinnerung an jene durchgeführt, die sich nicht online beteiligt hatten. Dies erfolgte durch das gleiche Team, welches auch für die Online-Plattform smartvote zuständig ist.

Von den 3'873 Kandidierenden für den National- und Ständerat nahmen 1'744 teil, was einem Rücklauf von 45% entspricht.

7.4 Gewichtung

7.4.1 Nachbefragung

Die effektiv Befragten sind aufgrund der nach Kantonen aufgestockten Stichprobe sowie aufgrund der selektiven Ausfälle nicht repräsentativ. Diese Verzerrungen gleicht man jeweils mittels Gewichtungen aus. Das Problem dabei ist, dass die Gewichtung eines Merkmals jeweils neue Verzerrungen produzieren kann. Ob und auf Basis welcher Merkmale gewichtet werden soll, ist in der Literatur nicht unumstritten. Wir haben in allen bisherigen Befragungen das Prinzip angewandt, dass stichprobenbedingte Verzerrungen (Designgewichte) sowie untersuchungsrelevante Merkmale gewichtet werden (Befragungsverzerrungen).

- Designgewichte: Stichprobenbedingte Verzerrungen entstehen durch die Aufstockung der kantonalen Stichproben.
- Befragungsverzerrungen: Untersuchungsrelevant für unsere Fragen sind vor allem zwei Merkmale: Beteiligung und Parteientscheid. Diese beiden Verzerrungen haben wir ebenfalls in die Gewichtung einbezogen.

Tabelle A.3 gibt die Verteilung der Befragten 2015 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten, welche gemäss Bundesamt für Statistik in den jeweiligen Kantonen stimmberechtigt waren, und die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / Sample_k$. Dieses Gewicht stellt ex post die gleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Tabelle A.3 Kantongewichtung (w_k) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) über die Kantone 2015 (in %).

Kanton	GG	Sample	w_k	Kanton	GG	Sample	w_k
ZH	17.2	16.9	1.02	SH	1.0	1.2	0.79
BE	13.8	7.7	1.79	AR	0.7	1.4	0.51
LU	5.1	2.6	1.96	AI	0.2	1.2	0.18
UR	0.5	1.5	0.33	SG	6.0	3.0	2.02
SZ	1.9	1.6	1.23	GR	2.6	1.9	1.37
OW	0.5	1.3	0.37	AG	7.8	3.8	2.08
NW	0.6	1.6	0.37	TG	3.2	1.5	2.09
GL	0.5	1.2	0.43	TI	4.1	15.2	0.27
ZG	1.4	1.4	0.99	VD	8.1	3.7	2.18
FR	3.7	1.6	2.36	VS	4.1	2.1	1.97
SO	3.4	1.6	2.13	NE	2.1	1.6	1.35
BS	2.2	1.3	1.64	GE	4.7	19.9	0.24
BL	3.6	1.9	1.90	JU	1.0	1.5	0.66

Während das kantonale Gewicht die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Dieser Ausfallprozess ist systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Beteiligungsverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus Tabelle A.4 ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei der Befragung angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben, wesentlich höher ist als die offizielle Beteiligung an den Wahlen. Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 2015 bei 48,5% lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 71,9%. Dieses Phänomen, das bei allen politischen Befragungen in der Schweiz feststellbar ist, hat unterschiedliche Ursachen.

Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es sehr viel schwieriger, politisch nicht Interessierte zu einer Teilnahme an den Befragungen zu bewegen.

Wenn man derartige Verzerrungen durch Gewichtungen korrigiert, geschieht dies auf Basis bestimmter Annahmen. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung w_b wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantonsengewichtung als $w_b = GG_b / \text{Sample}_b$ berechnet.

Tabelle A.4 Beteiligungsgewichtung (w_b) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2015 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet.

Teilnahme	GG	Sample	w_b
Ja	48.5	71.9	0.67
Nein	51.5	28.1	1.83

Wie Tabelle A.5 zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwahl in den Selects-Daten etwas weniger gravierend. Hier wird wiederum angenommen, dass die Parteiwählerschaften, welche an den Befragungen teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind. Die Parteiengewichtung w_p wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen als $w_p = GG_p / \text{Sample}_p$ berechnet. Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Studie präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_b$ verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde im Fall der Wählerwanderungen das Gewicht $w_k \times w_b \times w_p$ benutzt, bei den übrigen Analysen $w_k \times w_p$.

Tabelle A.5 Parteiengewichtung (w_p) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2015 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet.

Partei	GG	Sample	w_p
SVP	29.4	25.0	1.18
FDP	16.4	18.1	0.90
BDP	4.1	4.8	0.85
CVP	11.6	10.1	1.15
GLP	4.6	6.0	0.78
SP	18.8	22.0	0.86
GPS	7.1	6.2	1.14
Übrige	8.1	7.7	1.03

7.4.2 Rolling Cross-Section/Panel-Befragung (RCS/Panel)

Da es sich bei der RCS/Panel-Befragung um eine gesamtschweizerische Stichprobe handelte, war es nicht notwendig, Designgewichte zu berechnen.

Bei den Partizipations- und den Parteigewichten (Tabelle A.6 und A.7) wurde, wie oben vorgegangen, wobei jeweils die Gewichte berechnet wurden für jene, die an der Wahl teilgenommen hatten oder nicht. Jene aus der ersten Welle, über die wir in den Folgewellen

keine Teilnahme erfassen konnten, wurden auf den Wert 1 gesetzt. Die in der Stichprobe angegebene Beteiligung ist noch höher als bei der Nachbefragung, da einige durch die Befragung selber zu einer Wahlteilnahme motiviert worden sind und zudem die Ausfallquote beim zweiten und dritten Interview wahrscheinlich bei jenen grösser ist, die sich nicht an der Wahl beteiligt haben. Das RCS-Design ist deshalb eher ungeeignet, um kurzfristige Mobilisierungs- und Demobilisierungsprozesse zu untersuchen. Zudem ist die Verzerrung der Parteien etwas grösser und musste deshalb durch die Gewichtung etwas stärker ausgeglichen werden als bei der Nachbefragung.

Tabelle A.6 Beteiligungsgewichtung (w_b) der RCS/Panel-Befragung auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2015 (in %).

<i>Teilnahme</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_b</i>
Ja	48.5	80.8	0.60
Nein	51.5	19.2	2.68

Tabelle A.7 Parteiengewichtung (w_v und w_i) der RCS/Panel-Befragung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2015 (in %).

<i>Partei</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_p</i>
SVP	29.4	22.7	1.29
FDP	16.4	20.0	0.82
BDP	4.1	3.9	1.05
CVP	11.6	9.3	1.25
GLP	4.6	5.4	0.85
SP	18.8	24.6	0.76
GPS	7.1	6.8	1.05
Übrige	8.1	7.3	1.09

7.4.3 Kandidierende

Analog zu den Verzerrungen in der Wählerbefragung haben wir auch die Verzerrungen in der Kandidatenbefragung ausgeglichen, um die Stichprobe nach Kanton, für Gewählte und Nicht-Gewählte sowie nach Parteizugehörigkeit repräsentativ zu machen/korrigieren. Auch hier treffen wir die Annahme, dass die Antwortenden jeweils repräsentativ für alle in der entsprechenden Gruppe sind.

Tabelle A.8 gibt die Kantonsengewichtung für die Kandidierenden bei den Nationalratswahlen wieder (w_{cc}).

Tabelle A.8 Gewichtung der Kantone (nur Nationalrat).

Kanton	Kandidierende		Anteil Kandidierende		W_{kandc}
	Total	Befragte		Befragte	
ZH	873	320	23.0	18.6	1.23
BE	567	267	14.9	15.5	0.96
LU	159	88	4.2	5.1	0.82
UR	3	2	0.1	0.1	0.68
SZ	50	23	1.3	1.3	0.98
OW	2	1	0.1	0.1	0.90
NW	2	1	0.1	0.1	0.90
GL	2	0	0.1	0.0	1.00
ZG	50	21	1.3	1.2	1.08
FR	131	62	3.4	3.6	0.96
SO	147	75	3.9	4.4	0.89
BS	122	60	3.2	3.5	0.92
BL	112	46	2.9	2.7	1.10
SH	21	11	0.6	0.6	0.86
AR	3	1	0.1	0.1	1.36
AI	2	1	0.1	0.1	0.90
SG	198	88	5.2	5.1	1.02
GR	70	33	1.8	1.9	0.96
AG	288	133	7.6	7.7	0.98
TG	123	58	3.2	3.4	0.96
TI	122	53	3.2	3.1	1.04
VD	173	87	4.6	5.1	0.90
VS	326	157	8.6	9.1	0.94
NE	54	34	1.4	2.0	0.72
GE	178	81	4.7	4.7	0.99
JU	24	17	0.6	1.0	0.64
Total	3802	1720			

Die Beteiligung an der Befragung war unter den Gewählten etwas niedriger als unter den Nicht-Gewählten. Grössere Verschiebungen gab es zwischen den Parteien. Kandidierende der SVP beteiligten sich unterdurchschnittlich, Kandidierende der SP, der GPS, der GLP und der CVP hingegen überdurchschnittlich an der Befragung. Für die Gewählten und Nicht-Gewählten sowie nach Parteien wurden die Daten wie folgt gewichtet (Tabelle A.9):

Tabelle A.9 Gewichtung der Kandidatenbefragung nach Gewählt-/Nicht-Gewählt (W_{kandg}) und Partei (W_{kandp}) auf der Basis der effektiv Kandidierenden (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) (in %).

	GG	Sample	W_{kandg}	Partei	GG	Sample	W_{kandc}
Nicht-Gewählt	94.7	95.3	0.99	SVP	11.3	9.7	1.16
Gewählt	5.3	4.7	1.12	FDP	11.7	11.4	1.02
				BDP	6.0	5.5	1.08
				CVP	11.7	12.9	0.90
				GLP	9.5	10.7	0.89
				SP	12.8	14.6	0.88
				GPS	10.1	11.7	0.86
				Übrige	26.9	23.5	1.15